

# Handelsblatt

## Linksbündnis

Rot-Rot-Grün erscheint nun rechnerisch möglich – aber auch inhaltlich?

► 8

## André Schwämmlein

Der Flix-Mobility-Chef über die Chancen der Bahn-Digitalisierung.

► 26

## Nachhaltiges Investieren

Führt mehr Regulierung zu einer Blase bei grünen Aktien?

► 36

## Tijen Onaran

Die Unternehmerin über Diversität und soziale Herkunft.

► 48



Stau auf der A8: 60 bis 100 Milliarden Euro Schaden durch Stillstand auf den Straßen schon vor Corona.

## Corona

### Mehrheit für 3G-Regel in Zügen

Eine Mehrheit der Deutschen würde laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Handelsblatts eine sogenannte 3G-Regel in Fernzügen befürworten. 64 Prozent der Befragten fanden es richtig, wenn nur noch Corona-Geimpfte, -Genesene oder -Getestete (3G) Züge nutzen dürften. Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Freitag bestätigt, dass die Bundesregierung eine entsprechende Regel prüfe. Das Ergebnis liegt nun offenbar vor. Demnach sei das Vorhaben nur schwer umsetzbar, heißt es in einem Bericht. Baden-Württemberg plant unterdessen, bei steigenden Corona-Infektionszahlen mit Kontaktbeschränkungen nur für Ungeimpfte zu reagieren. ► 11

## IG-Metall-Chef

### „Deutschland hat schlechte Karten“

IG-Metall-Chef Jörg Hofmann fürchtet, dass die deutsche Industrie auf dem Weg ins klimaneutrale Zeitalter ins Hintertreffen geraten könnte. Das sagte er im Gespräch mit dem Handelsblatt. Man erlebe gerade einen immensen Subventionswettbewerb in Europa, etwa bei der Batteriezellfertigung. „Hier hat Deutschland als Standort schlechte Karten“, so Hofmann. Für die Jahre bis 2030 rechnet er mit einem Investitionsbedarf von 500 Milliarden Euro. Deshalb lehnt er Steuerentlastungsprogramme für Hochverdiener und Kapitalgesellschaften ab. ► 12

## Thyssen-Krupp

### Loslösung der Stahlsparte stockt

Thyssen-Krupp will seine Stahlsparte verkaufen oder an die Börse bringen. Doch mit diesem Plan geht es nur schleppend voran. Die Sparte mit dem wichtigsten Standort in Duisburg ist in wirtschaftlich schlechter Verfassung, was einen Börsengang nahezu unmöglich macht. Auch ein Verkauf gilt nach mehreren gescheiterten Anläufen momentan als aussichtslos. Thyssen-Krupp müsse den Geschäftsbereich Stahl daher zunächst in Eigenregie runderneuern und zugleich eine neue Strategie entwickeln, heißt es im Unternehmen. ► 18



## Märkte

**Dax**  
15.852 Pkt.  
+0,37 %

**MDax**  
36.127 Pkt.  
+0,48 %

**TecDax**  
3.919 Pkt.  
+0,89 %

**E-Stoxx 50**  
4.191 Pkt.  
+0,51 %

**Dow Jones**  
35.456 Pkt.  
+0,69 %

**Nasdaq**  
15.130 Pkt.  
+1,23 %

**S&P 500**  
4.509 Pkt.  
+0,88 %

**Nikkei**  
27.641 Pkt.  
-0,36 %

**Euro/Dollar**  
1,1795 US\$  
+0,37 %

**Gold**  
1.817,58 US\$  
+1,40 %

**Öl**  
71,29 US\$  
+1,74 %

## Dax Gewinner

**1 Infineon**  
+1,85 %  
36,09 €

**2 Vonovia**  
+1,29 %  
58,30 €

**3 Siemens**  
+1,16 %  
140,68 €

## Verlierer

**1 FMC**  
-1,75 %  
66,16 €

**2 RWE**  
-0,76 %  
32,80 €

**3 Dt. Bank**  
-0,47 %  
10,52 €

Schlusskurs Freitag

# Verpasste Verkehrswende

Die Zahl der Lastwagen auf deutschen Straßen übersteigt den Stand von vor der Pandemie – ein Ende des Lkw-Booms ist nicht in Sicht. Die Politik agiert hilflos.

**W**ährend Schiene und Binnenschifffahrt in den ersten Monaten 2021 gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 erheblich an Transportvolumen verloren haben, erreicht der Lkw-Verkehr neue Rekordmarken. Schon im März lag die Verkehrsleistung der Lastwagen in Deutschland wieder ein Prozent über dem Vorkrisenniveau, errechnet das von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) beauftragte Forschungsinstitut Intraplan Consult. Insgesamt erwarte man beim Lkw-Frachtaufkommen 2021 einen deutlichen Anstieg um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr.

„Der Lkw-Verkehr ist in den vergangenen Monaten sprunghaft gewachsen“, sagt auch Frank Huster, Hauptgeschäftsführer des Speditionsverbands DSLV. Dabei entsprach das Lkw-Ladevo-

# 85

**Prozent**  
des Frachtvolumens in Deutschland 2020 wurde auf Straßen transportiert.

Quelle:  
Intraplan Consult

lumen von 3,77 Milliarden Tonnen schon 2020 mehr als 85 Prozent des gesamten Transportaufkommens in Deutschland.

Statt eine „leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur“ zu befördern, die CDU/CSU und SPD als „Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft“ im Koalitionsvertrag 2013 versprochen haben, machte die Bundesregierung in den vergangenen acht Jahren den Weg frei für einen ungebremsen Anstieg der Lkw-Transporte – und hinterlässt eine Republik im Dauerstau. 60 bis 100 Milliarden Euro jährlich haben die Verkehrsstillstände Deutschland schon vor Corona gekostet, hat der Duisburger Verkehrsforscher Michael Schreckenbach für das Handelsblatt berechnet. Inzwischen liege diese Zahl sogar noch höher. C. Schlaumann ► Fortsetzung auf Seite 4

# USA: Lage in Kabul „extrem gefährlich“

In Deutschland wird die Kritik an Außenminister Heiko Maas (SPD) schärfer.

Kurz vor dem Rückzug des US-Militärs aus Afghanistan herrscht rund um den Flughafen in Kabul Alarmstimmung. Die Lage sei „extrem gefährlich“, erklärte US-Präsident Joe Biden. Am Sonntagnachmittag gab es Berichte über eine Explosion nahe dem Flughafen der Hauptstadt. Einen weiteren Selbstmordanschlag konnte das US-Militär nach eigenen Angaben vereiteln. Die USA haben die Rettungsaktion von Menschen aus Afghanistan

fortgesetzt. Seit dem Start des Einsatzes Mitte August haben die USA und ihre Verbündeten mehr als 110.000 Menschen ausgeflogen.

Deutschland hatte seine Rettungsflüge am Donnerstag beendet. Nun wird um Strategien gerungen, wie verbliebene Deutsche und Ortskräfte aus Afghanistan evakuiert werden könnten. Es werde weiterhin „intensiv“ daran gearbeitet, die Ausreise zu ermöglichen, sagte Entwicklungshilfeminister

Gerd Müller (CSU) dem Handelsblatt. Außenminister Heiko Maas (SPD) trat eine Reise in die Region an.

Mehrere Regierungs- und Oppositionspolitiker sprachen Maas die Eignung als Außenpolitiker ab und forderten seinen Rücktritt. Laut einer Umfrage im Auftrag des Handelsblatts spricht sich inzwischen auch eine Mehrheit der Deutschen für einen Rücktritt des Ministers aus.

S. Kersting, A. Meiritz, D. Neuerer ► 6, 7

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 €  
/ 3,90 €; Frankreich 4,10 € / 4,50 €; Großbritannien  
3,70 GBP / 3,90 GBP; Schweiz 5,80 CHF / 6,20 CHF;  
Polen 22,90 PLN / 23,90 PLN

**Monatsabonnements:**  
Handelsblatt Print: 66,70 Euro  
Handelsblatt Print + Premium: 76,60 Euro  
www.handelsblatt.com/angebot

**Handelsblatt GmbH Kundenservice**  
Tel. 021 1 897 3602  
kundenservice@handelsblatt.com

10035  
4 190253 103309

PREIS  
3,30 €

Handelsblatt

Politik



Afghanistan  
Der bittere Rückzug  
des Westens

Die letzten US-Soldaten verlassen Kabul, die USA fürchten neue Anschläge. Doch die Folgen des Abzugs aus Afghanistan könnten hunderttausende Menschen zur Flucht treiben. ► 6

**Heiko Maas** Die Katastrophe von Kabul bringt den Bundesaußenminister schwer unter Druck. ► 7

**Rot-Rot-Grün** Die Grünen legen sich nicht fest, stehen einem Linksbündnis aber immer ablehnender gegenüber. ► 8

**Vermögensteuer** Laut einer Studie ist sie eine schwere Belastung für die Unternehmen – und bringt dem Staat wenig. ► 9

**Bundeskartellamt** Union und SPD wollen aus dem Amt eine schlagkräftige Verbraucherschutzbehörde machen. ► 10

**Corona** Der Druck auf Ungeimpfte steigt. Baden-Württemberg will sie im Notfall in den Lockdown schicken. ► 11

**IG-Metall-Chef** Jörg Hofmann hält die Klima-Transformation der Industrie für äußerst schwierig. ► 12

**Südkorea** Mit vielen Milliarden will die Regierung das Land zum Weltmarktführer bei Akkus und Chips aufbauen. ► 14

Meinung & Analyse  
Politik

**Afghanistan** 20 Jahre nach Beginn des Feldzugs gegen al-Qaida hat der Terror wieder eine Basis. ► 16

**Lkw-Staus** Berlin hat es versäumt, für eine faire Kostenverteilung zu sorgen. ► 17

**Koalitionsoptionen** Als Wahlsieger ist man in Deutschland noch lange nicht Bundeskanzler. ► 17

Unternehmen



Thema  
Thyssen-Krupps  
Mission Impossible

Der Ruhrkonzern fällt gegenüber der Konkurrenz weiter zurück. Für einen Börsengang oder Verkauf des schwer angeschlagenen Stahlgeschäfts heißt das nichts Gutes. ► 18

**Apple** Der iPhone-Hersteller geht nach einem langen Hin und Her auf die Entwickler der Apps zu. Kritiker sprechen von einem „Scheinangebot“. ► 20

**Dieselskandal** Aktionärsschützer wenden sich gegen einen Vergleich mit den Top-Managern von Volkswagen. ► 21

**Deutsche Bahn** Das Schienennetz muss schneller digitalisiert werden, fordern die Grünen. Helfen soll ein Fonds. ► 21

**Fußball** Es gibt kaum noch Zweifel, dass die Weltmeisterschaft 2006 gekauft war. Ein neuer Untersuchungsbericht schildert die Rolle von Adidas und dem FC Bayern München. ► 22

**Airbus-Tochter** Die Arbeitnehmervertreter fordern für die Beschäftigten von Premium Aerotec einen Sozialplan. ► 24

**Andre Schwämmlein** Der Flix-Mobility-Chef kritisiert im Interview, dass viele Investitionen direkt in die Deutsche Bahn fließen und nicht ins Netz. ► 26

Unternehmen & Finanzen

**US-Notenbank** US-Präsident Joe Biden sollte Fed-Chef Jerome Powell für eine weitere Amtszeit nominieren ► 28

**Apple** Bei seiner Gebühr für den App-Store verrenkt sich der amerikanische Tech-Konzern immer mehr ► 29

**DWS** Die Ermittlungen im Fall der ESG-Anlagen sind ein Warnschuss ► 29

Finanzen



Geldpolitik  
Jerome Powell bereitet  
auf Wende vor

Der Chef der US-Notenbank sucht nach Wegen, die Anleihekäufe zu beenden, ohne die Märkte zu verschrecken. In seiner Rede auf der Jackson-Hole-Konferenz gibt er ein Signal. ► 30

**Wertpapierbrokerage** Der Trading-Hype ebbt ab. Dennoch sehen sich die Neobroker auf Kurs. ► 32

**Finanzaufsicht** Sparkassen und Landesbanken haben eine milliardenschwere Reform auf den Weg gebracht. ► 33

**Darlehensmarkt** Ex-Deutscherbanker Markus Pertlwieser baut das Kreditangebot von Penta aus. ► 34

**Grüne Aktien** Am Markt hat sich eine Kluft aufgetan zwischen erneuerbaren und fossilen Energien. ► 36

**Fan-Token** Der Wechsel von Fußballstar Cristiano Ronaldo bewegt den Kryptomarkt. ► 37

**Marktausblick** Stärkere Schwankungen an den Börsen sind in den kommenden Wochen vorprogrammiert. ► 38

**Edelmetall** Deutsche Anleger kaufen so viel Gold wie lange nicht mehr. Der Absatz von Barren und Münzen boomt. ► 39

Gastkommentar

„Nach wie vor werden viele Spitzenposten nur innerhalb eines geschlossenen Netzwerks weitergegeben.“

**Tijen Onaran**  
Geschäftsführerin Global Digital Women  
► 48



Digital

Meistgelesen

**1 SPD vorn**  
Erstmals liegen die Sozialdemokraten mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz in Meinungsumfragen mit drei Prozentpunkten deutlich vor der Union.

**2 Aktienmarkt**  
Viele Dax- und MDax-Unternehmen steigern ihre Gewinne rasant. Doch nur wenige sind günstig bewertet. Die fünf aussichtsreichsten Werte im Porträt.

**3 Neuer Mietspiegel**  
Vor wenigen Tagen wurde das Gesetz zur Mietspiegelreform veröffentlicht, das mehr Durchblick bei den Wohnungspreisen bieten soll. Was kommt auf die Betroffenen zu?

**4 Afghanistan**  
Wie geht es nach dem Ende der Evakuierungsflüge in Afghanistan mit den verbliebenen Deutschen und Ortskräften weiter? Außenminister Heiko Maas gerät immer stärker unter Druck.

**5 Angela Merkel**  
Deutschlands erste Bundeskanzlerin prägte 16 Jahre lang eine Ära – das Handelsblatt analysiert sie in 16 Grafiken.



Podcast

Handelsblatt Today  
Rendite steigern  
durch  
Strategiewechsel?

Für den Aktienmarkt sieht Jens Ehrhardt, Chef von DJE Kapital, weniger Euphorie. Wie Anleger mit einem neuen Aktien-Fokus trotzdem hohe Renditen erzielen können.

ddp/Newscom, imago images/Kirchner-Media, Bloomberg

<b>In dieser Ausgabe</b>	In, Moon Jae.....14	Mundt, Andreas.....10	Schulze, Svenja.....4	Audi.....21	Google.....14	Siemens Healthineers.....38
	Junge, Holger.....24	Osburn, Bernhard.....18	Schwämmlein, André.....26	Axel Springer.....46	Hellofresh.....38	SK Innovation.....14
<b>Namensindex</b>	Karliczek, Anja.....47	Özdemir, Cem.....5	Stadler, Rupert.....21	Bank of America.....14	Hoyer.....4	Symrise.....38
Allbritton, Robert.....46	Keysberg, Klaus.....18	Pertlwieser, Markus.....34	Bertschi.....10	Bertschi.....4	Hyundai.....14	Tata Steel.....18
Barnier, Michel.....47	Kirch, Leo.....22	Plaß, Axel.....4	Podzuweit, Erik.....32	Werneke, Frank.....12	LG Chem.....14	Tesla.....19
Beckenhauer, Franz.....22	Knaebel, Hanns-Peter.....45	Podzuweit, Erik.....32	Powell, Jerome.....30, 38	Wild, Noah.....44	Penta.....34	Thyssen-Krupp.....18
Cook, Tim.....46	Lange, Ulrich.....15	Radmann, Fedor.....22	Willkomm, Katharina.....10	Winterkorn, Martin.....21	Politico.....46	Trade Republic.....32
Engelhardt, Dirk.....4	Leyen, Ursula von der.....15	Rixinger, Bernd.....4	Zaccour, Elias.....22	FC Bayern München.....22	Premium Aerotec.....24	Rivian.....19
Faury, Guillaume.....24	Lühmann, Kirsten.....5	Ronaldo, Cristiano.....37	Sahin, Ugur.....46	Flix Mobility.....26	Röchling.....45	Robinson.....32
Fechner, Johannes.....10	Luksic, Oliver.....47	Scheuer, Andreas.....4, 5	Schick, Gerhard.....21	Flixbus.....26	Salzgitter.....18	Samsung.....14
Ferber, Markus.....15	Merkel, Angela.....12, 47	Schulz, Rainer.....45	Schulze, Svenja.....4	Airbus.....24, 38	Scalable Capital.....32	Siemens Healthineers.....38
Friedrich, Daniel.....24	Merz, Martina.....18			Amazon.....14, 19		SK Innovation.....14
Hidalgo, Anne.....47	Mifsud, Joseph.....22			Apple.....20, 46		Symrise.....38
Hoeneß, Uli.....22						Tata Steel.....18
						Tesla.....19
						Thyssen-Krupp.....18
						Trade Republic.....32
						TSMC.....14
						Volkswagen.....21, 23
						Wild Beauty.....44
						Zalando.....38
						Zippel.....4

Leseraktion Bundestagswahl 2021

SIE HABEN  
FRAGEN –  
SPITZENPOLITIKER  
DIE ANTWORTEN.



Was erwarten Sie von der neuen Bundesregierung?

Vor der Bundestagswahl führt das Handelsblatt u. a. Interviews mit den Spitzenpolitikern **Olaf Scholz, Christian Lindner, Markus Söder, Katrin Göring-Eckardt** und **Friedrich Merz**. Vorab sind Sie gefragt: Welche Themen bewegen Sie am meisten? Schicken Sie uns Ihre Fragen und wir stellen sie unseren Gesprächspartnern.

Jetzt Fragen einreichen unter:  
[handelsblatt.com/leseraktion](https://handelsblatt.com/leseraktion)





Hafen Köln:  
Auch beim Kombi-  
verkehr hakt es.

SZ Photo

► Fortsetzung von Seite 1

Ein gewöhnlicher Werktag Mitte August am Duisburger Hafen. Auf der Autobahn 40 herrscht auf den zwei rechten Fahrstreifen schon mehrere Kilometer vor der Ausfahrt zur A 59 Stillstand. Sattelschlepper mit Containern, Transporter mit Schlachtvieh und Tieflader mit Industriemaschinen reihen sich aneinander, dazwischen entnervte Pendler in ihren Pkws. Wer im Schrittempo auf der dritten Spur vorbeizieht, steht wenige Augenblicke später ebenfalls im Stau.

Nur ein Stautag von vielen, die Deutschlands Fernstraßen in diesem Jahr erleben. Auf über 30 Kilometern staute sich der Verkehr laut ADAC am 23. Juli auf der A 3 kurz hinter Köln bis in den Westerwald. In der Stau-Hochburg Nordrhein-Westfalen zählte der Verkehrsverein allein in den Sommerferien 30.357 Stillstände auf den Autobahnen – 55 Prozent mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019. 16.472 Stautunden seien damit in dem industriereichen Bundesland zusammengekommen, errechnete der ADAC. Auch dies ist ein Plus von 29 Prozent gegenüber 2019.

Dass die Stillstände Deutschland jährlich bis zu 100 Milliarden Euro kosten, wie Schreckenbergs errechnet hat, ist eher noch eine optimistische Annahme. Die Abnutzung der Autobahnen, Umweltschäden durch den zusätzlich Spritverbrauch und Ausfallkosten in der Industrie, die nicht rechtzeitig beliefert wird, hat Verkehrsforscher Schreckenbergs noch nicht einmal berücksichtigt.

Begünstigt wird das Chaos auf Deutschlands Fernstraßen durch die Halbherzigkeit der Gegenmaßnahmen. Der Anfang 2021 verordnete Zuschlag von sieben Cent auf Benzin und Diesel zeigt sich als Maßnahme gegen die Lkw-Lawine nahezu wirkungslos. „Die Verteuerung aufgrund der CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird in der Nachfrage nur sehr begrenzt sichtbar“, heißt es im Gutachten des Verkehrsministeriums.

Gleichzeitig fallen alternative Verkehrsträger seit Jahren zurück. Der Schienengüterverkehr be-

finde sich bei der Tonnage „im laufenden Jahr noch um vier Prozent unter dem Vorkrisenniveau“, errechnete Intraplan Consult. Die Binnenschifffahrt werde selbst 2024 das Vorkrisenniveau noch um drei Prozent unterschreiten. „Dies stellt die höchste Abnahme zwischen 2019 und 2024 aller Güterverkehrsträger dar“, heißt es in der Mittelfristprognose.

Das Handeln der Bundesregierung, die seit Jahren mit immer neuen „Masterplänen“ die Verkehrswende herbeiführen will, erscheint rückblickend als glücklos. „So viel Güterverkehr wie möglich muss auf die Schiene“, forderte bereits 2010 der damalige Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Parteifreund Andreas Scheuer, zu jenem Zeitpunkt dessen Staatssekretär und gleichzeitig Logistikbeauftragter der Bundesregierung, sekundierte mit dem Versprechen, durch „einen Neuanfang in der Verkehrspolitik Mobilität zu ermöglichen, statt sie zu behindern“.

Zehn Jahre später ist die Bilanz verheerend. Von 2010 bis 2020 schnellte das Lkw-Transportvolumen in Deutschland um 34,5 Prozent auf 3,66 Milliarden Tonnen nach oben. Gleichzeitig verlor die Binnenschifffahrt 18,1 Prozent ihrer Tonnage.

Nur auf den ersten Blick sah es auf der Schiene besser aus. Dort landete zwar 1,3 Prozent mehr an Volumen. Da der gesamte Gütertransport aber mit einem Plus von 30 Prozent weitaus stärker zunahm, schrumpfte der Anteil der Bahn von 10,7 auf 8,4 Prozent. Ihr Beitrag zur gesamten deutschen Transportleistung, gemessen in Tonnenkilometern, sank seit 2010 von 23,8 auf knapp unter 18 Prozent.

## Verpasste Verkehrswende

”

Wenn wir alle mit anderen Antriebsarten im Stau stehen, dann ist immer noch nichts gewonnen.

Svenja Schulze  
Bundesumweltministerin

Nun soll es der im Juni 2020 verkündete „Schienenpakt“ samt „Masterplan Schienenverkehr“ richten. Die Schiene solle ihren Anteil am Güterverkehr bis 2030 auf 25 Prozent erhöhen, erklärte Scheuer. Neben Milliarden für die Schienensanierung stellte der Minister dazu ein Bundesförderprogramm bereit, aus dem zunächst jährlich 34 Millionen Euro an Zuschüssen für private Investitionen in Gleisanschlüsse winken.

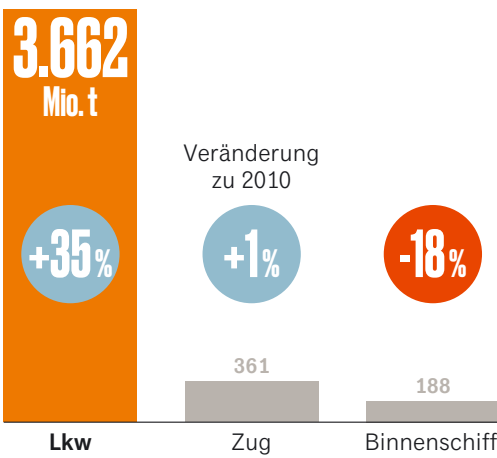
Auch den Wasserstraßenverkehr will Scheuer mit dem im Mai 2019 vorgelegten „Masterplan Binnenschifffahrt“ fördern. Die darin enthaltene „Förderrichtlinie für die nachhaltige Modernisierung von Binnenschiffen“ wurde kürzlich von der EU-Kommission genehmigt und umfasst Hilfen in Höhe von 95 Millionen Euro. „Der Minister setzt die richtigen Akzente“, lobt Speditions-Verbandschef Huster.

Doch ein Blick auf die mit Bahn und Schifffahrt rivalisierende Lkw-Branche zeigt, wohin der Löwenanteil der Steuergelder tatsächlich fließt. Mitte November 2020 sagte Scheuer auf dem „Nutzfahrzeuggipfel“ zu, den Straßengüterverkehr bis 2023 mit über fünf Milliarden Euro zu subventionieren, um ihn „fit für den Klimaschutz“ zu machen. Von den Mehrkosten für alternative Antriebe zum Diesel für Lkws will er bis zu 80 Prozent übernehmen; dafür sind 1,16 Milliarden Euro eingeplant. Weitere 4,1 Milliarden will der CSU-Minister für den Aufbau der Tank- und Ladestruktur ausgeben.

Aus anderen Bundestagsparteien hagelte es deshalb Kritik. „Wenn wir alle mit anderen An-

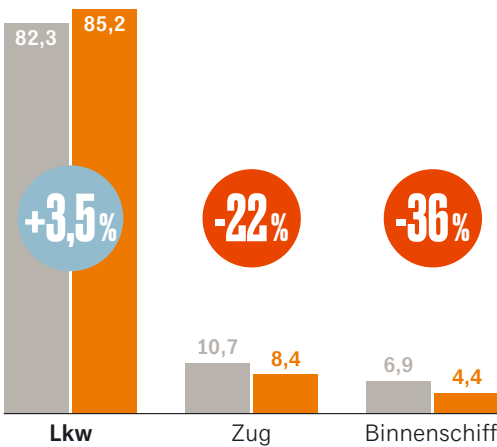
### Keine Konkurrenz zum Lkw

Beförderte Gütermenge 2020 nach Verkehrsträgern in Mio. Tonnen

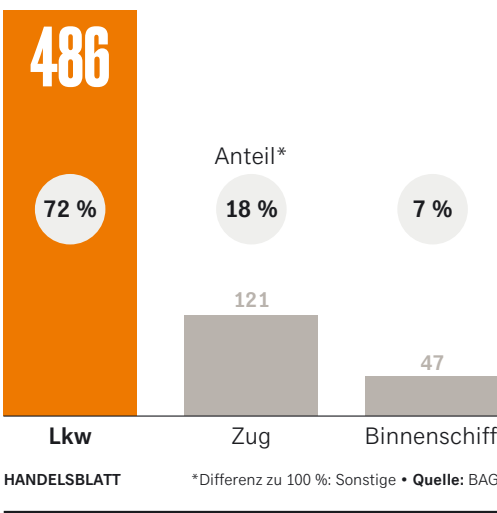


### Anteil der Verkehrsträger am Frachtvolumen in Prozent

■ 2010 ■ 2020



### Transportleistung nach Verkehrsträgern 2020 in Mrd. Tonnenkilometern



triebsarten im Stau stehen, dann ist immer noch nichts gewonnen“, erklärte SPD-Umweltministerin Svenja Schulze. Es sei wenig hilfreich, „wenn die Autobahnen statt voll mit alten Lkws voll mit neuen Lkws sind“, sagte Bernd Riexinger von der Linkspartei. Der Güterverkehr gehöre auf die Schiene, nicht auf die Straße.

Doch von diesen Postulaten aus der Politik merken die Spediteure in ihrem Alltag nichts. Rund zwei Drittel aller Befragten berichteten dem Bundesamt für Güterverkehr (BAG) Mitte August von einer guten Auftragslage, knapp ein Drittel von einem immerhin „saisonüblichen“ Geschäft. Weil angesichts der hohen Nachfrage Laderaum fehlt, schießen die Frachtraten derzeit am Spotmarkt in die Höhe. Zuletzt waren es insbesondere Privatkunden, die dank des Online-Bestellbooms das Geschäft trieben. „Ihr Anteil an den Stückgutzustellungen ist während der Corona-Zeit von zehn auf

17 Prozent gestiegen“, berichtet DSLV-Geschäftsführer Huster. Kam Deutschland zuletzt auf 116 Millionen Stückgut-Zustellungen im Jahr, könnten es 2021 bis zu 130 Millionen werden.

Bei der Großspedition DB Schenker führte der Run sogar dazu, dass man ab Juni Aufträge von Neukunden ablehnte, um Stammkunden nicht mit Lieferverzögerungen zu enttäuschen. Doch ein Ausweichen auf die Schiene kommt selbst für die Bahn-Tochter nicht infrage. „Wir haben das vor einigen Jahren getestet“, berichtet ein Schenker-Stationsleiter in Ostdeutschland, der nicht genannt werden möchte. „Aber für eine zeitgenaue Zustellung ist die Schiene einfach zu störanfällig und nicht konkurrenzfähig.“

Als erfolgreiche Alternative zum Straßenverkehr erwies sich in den vergangenen Jahren allein der sogenannte Kombiverkehr, bei dem Lkw-Chassis meist per Kran auf Fernstreckengüterzüge verladen werden. Doch auch hier hakt es. Nur Großspeditionen wie Dachser, Hoyer oder Bertsch, die in den Exportländern Niederlassungen unterhalten, sorgen am Bestimmungsort der Züge für den Weitertransport per Lkw zum Endkunden. „Die Bahn selbst bietet das nicht an“, erklärt Dirk Engelhardt, Vorstandssprecher des Bundesverbands Güterkraftverkehr und Logistik (BGL). Nun will der Verband gemeinsam mit der Allianz pro Schiene an den Auslandsstandorten selbst Lkw-Partnerfirmen ausfindig machen, um die Sendungen vom Gleis zum Endkunden zu befördern.

### Warnung vor Versorgungskollaps

Die aktuellen Streikaktionen der Lokomotivführergewerkschaft GDL lassen das Vertrauen auf den Schienengüterverkehr in diesen Tagen zusätzlich schwinden. „Die Arbeitsniederlegungen bei der Bahn sind ein wiederkehrendes Übel“, sagt Axel Plass, Geschäftsführer der Spedition Zippel, die jährlich rund 3000 Züge auf die Reise schickt. „Streiks bleiben offensichtlich eine Achillesferse des Systems Schiene.“

Doch auch dem Straßenverkehr droht der Kollaps. „Bislang war die Zuverlässigkeit im Lkw-Lieferverkehr noch erstaunlich hoch“, sagt DSLV-Hauptgeschäftsführer Huster. „Doch das Einhalten von Just-in-time-Zusagen und vereinbarten Lieferslots wird angesichts der Verkehrssituation zunehmend zur Herausforderung.“ BGL-Vorstandschef Engelhardt warnt: „Wir laufen sehenden Auges in den Versorgungskollaps.“ Durch die Ausweitung des Lkw-Verkehrs und die Stau-bedingt sinkende Produktivität der Nutzfahrzeuge mangle es zunehmend an Fahrern. „60.000 Trucker fehlen schon jetzt“, mahnt Engelhardt, „Jahr für Jahr wird die Lücke um 15.000 größer.“

Trotz solcher Widrigkeiten bleiben Lkw-Transporte konkurrenzlos günstig – und nehmen deshalb stetig weiter zu. Zu verdanken ist dies ausländischen Billiganbietern, die zu Stundenlöhnen von 1,80 Euro aus Bulgarien oder knapp über drei Euro aus dem Baltikum ins Land fahren. Zwar ist ihnen offiziell nur erlaubt, nach dem Grenzübergang drei Zusatzfahrten innerhalb von sieben Tagen zu absolvieren. Doch kontrollieren lässt sich das kaum. Ausländische Lkws genießen zudem seit Jahresbeginn einen weiteren Wettbewerbsvorteil: Tanken sie vor dem Grenzübergang in die Bundesrepublik, sparen sie sich den deutschen CO<sub>2</sub>-Aufschlag an der Zapfsäule.

Die verschärften Bestimmungen des Brüsseler „Mobilitätspakets I“, die ab August 2020 das Lohndumping einschränken sollten, erwiesen sich bislang als wenig wirkungsvoll. Der Anteil mittel- und osteuropäischer EU-Lastwagen an den deutschen Mautkilometern, berichtet Engelhardt, habe in den ersten fünf Monaten 2021 mit 33,8 Prozent einen neuen Höchststand erreicht. Nun fordert die EU ab Februar 2022 nicht mehr nur eine Rückkehrpflicht der Fahrer. Auch die in Osteuropa gemeldeten Fahrzeuge, die bislang nicht selten dauerhaft in Deutschland stationiert sind, sollen alle acht Wochen in die Heimat zurückkehren müssen. Eine Folge dieser Regelung ist schon absehbar: An Grenzübergängen Richtung Osten wie Passau und Frankfurt/Oder dürfte eine Rückkehrpflicht zu neuen Staus führen. C. Schlaumann, D. Delhaes

### Verkehrspolitik

## Die Pläne der Parteien gegen den Lkw-Infarkt

Mehr Güter auf Schiff und Schiene, darin sind sich alle Parteien einig. Bei der Umsetzung hakt es seit Jahren.

Seit Jahren werden deutlich mehr Güter auf der Straße transportiert als auf der Schiene. Die Parteien wollen das ändern. Was die Union, die SPD, Grüne und FDP im Einzelnen vorsehen, zeigt die folgende Übersicht:

#### ■ CDU/CSU

Die Union kündigt an, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße zu verlagern. Dazu soll in saubere Fahrzeuge und leistungsfähige Infrastruktur investiert werden. Für die Verkehrsverlagerung brauche es einen „langen Atem“, sagte Ulrich Lange, Vize der Unions-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. Lange forderte eine Optimierung der Planungsverfahren, „sonst kommt es zum Stillstand“. Als Beispiele nannte er weniger Instanzen bei Gerichtsverfahren und den Ausschluss von verspäteten Einwendungen.

#### ■ SPD

Die Sozialdemokraten wollen bis 2030 mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren. Mehr Güterverkehr soll vom Lkw auf die Binnenschifffahrt verlagert werden. Kirsten Lühmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Aufsichtsrätin der Deutschen Bahn AG, erklärte, es sei wichtig, weiter „zügig“ ins Bahnnetz zu investieren und die Attraktivität zu steigern, „etwa über Gleisanschlussprogramme für Unternehmen und einfache Buchungssysteme für Slots auf dem Netz“. Der Güterverkehr, sagte sie, werde in den kommenden Jahren weiter steigen – „stärker als das System Schiene Kapazitäten hat“.

#### ■ Grüne

Die Ökopartei kündigt an, Industrie und Gewerbe wieder verstärkt ans Bahnnetz anzuschließen. Der „ausufernde Lkw-Verkehr“ soll durch eine CO<sub>2</sub>-orientierte Maut so reguliert werden, dass die Kosten von den Verursachern getragen werden.

Alternative Schiffsantriebe und klimaneutrale Treibstoffe sollen durchgesetzt, marode Wasserstraßen saniert werden. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) rede zwar gern über die Verlagerung auf die Schiene, torpediere sie aber mit seiner Politik, kritisiert Cem Özdemir (Grüne), Vorsitzender des Bundestags-Verkehrsausschusses, gegenüber dem Handelsblatt. Wer den Anteil der Schiene wirklich stärken wolle, so Özdemir, müsse endlich auch den Infrastrukturausbau anpacken. 125 Kilometer Autobahnen oder Bundesstraßen seien im vergangenen Jahr neu gebaut oder erweitert, aber keine neuen Bundes-schiennetze in Betrieb genommen worden. Die Zahl der Gleisanschlüsse für Unternehmen sei von mehr als 11.000 im Jahr 1994 auf gut 2000 im Jahr 2018 geschrumpft. Seit 1994, kritisiert Özdemir, „wurden in Deutschland rund 5400 Kilometer Bahnstrecke stillgelegt“.

#### ■ FDP

Auch die Liberalen betonen die Notwendigkeit einer „leistungsstarken Infrastruktur“. Auf vollen Schienen oder in maroden und engen Schleusen komme die Transportkapazität bereits heute an ihre Grenzen, so der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Oliver Lüksic. Durch eine „gezielte Planungsbeschleunigung“, „einfachere Verfahren“, mehr Personal für besseren Mittelabruf im Haushalt und die flächendeckende Nutzung digitaler Innovationen könnten gerade Schiene und Schifffahrt gestärkt werden, sagte Lüksic dem Handelsblatt. „Insbesondere auf der Schiene fehlt zudem aus Sicht der Wirtschaft ein flexibleres Angebot als Alternative zur Straße“, so Lüksic. Die verschiedenen Verkehrsträger dürften jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden, mahnt die FDP. Eine planwirtschaftliche Verlagerung und eine Politik gegen die Straße werde es mit der FDP nicht geben. D. Delhaes, S. Kersting, R. Laubach



Dattehn-Hamm-Kanal: Der Transport per Schiff geht zurück.

Annett Meiritz Washington

Als Joe Biden im Frühjahr den Abzug aus Afghanistan ankündigte, versprach der US-Präsident das „Ende von 20 Jahren Blutvergießen“. Nie wieder wollte er Angehörigen des Militärs sein Beileid aussprechen müssen. Doch am Sonntag musste Biden seine bislang schwerste Reise zu trauernden Familien antreten. Auf dem Luftwaffenstützpunkt in Dover nahm er die sterblichen Überreste der 13 amerikanischen Soldaten und Soldatinnen in Empfang. Die jungen Männer und Frauen waren am Donnerstag am Kabuler Flughafen getötet worden, als sich ein Selbstmordattentäter in die Luft sprengte. Dazu starben mehr als 170 Afghanen, die sich in der Hoffnung auf Evakuierung vor den Sicherheitsschleusen versammelt hatten.

Am Freitag hatte Washington erstmals einen Luftschlag gegen den afghanischen Zweig des Islamischen Staats (IS-K) verübt. Die Terrorgruppe reklamiert die Attacken in Kabul für sich. Das US-Militär griff am Sonntag nach eigenen Angaben mit einer Drohne ein möglicherweise mit Sprengstoff gefülltes Auto des örtlichen IS-Ablegers in Kabul an. Nach dem Anschlag vom Donnerstag wurde damit möglicherweise ein weiterer schwerer Terrorangriff verhindert. Die Lage vor Ort sei „äußerst gefährlich“, sagte der US-Präsident und kündigte weitere Vergeltungsschläge an. Zugleich stieg die Gefahr weiterer Anschläge: In der Nacht zum Sonntag verkündete die US-Vertretung, alle Amerikaner in der Nähe des Flughafens sollten das Gelände „sofort verlassen“.

Der endgültige Rückzug des Westens aus Afghanistan läutet jetzt eine neue Phase der Unsicherheit und Angst in Afghanistan ein. Während Großbritannien seine letzte Maschine mit Zivilisten aus Kabul gestartet hat, konzentrieren sich die USA auf den finalen Abzug ihrer Truppen. Rund 5000 Armeemitglieder hatten bislang den Flughafen in der Hauptstadt Kabul gesichert und die Evakuierungen durchgeführt. Bis Dienstag sollen auch sie das Land verlassen haben, laut des Pentagon werden bereits Teile der militärischen Ausrüstung Richtung Heimat verladen.



ddp/Newscom

Afghanistan

# Der bittere Rückzug des Westens

Die letzten US-Soldaten verlassen Kabul, die USA fürchten neue Anschläge. Doch die Folgen des Abzugs aus Afghanistan könnten Hunderttausende Menschen zur Flucht treiben.



Es ist in ihrem eigenen Interesse, dass wir das Land verlassen und dass wir so viele unserer Leute wie möglich rausholen.

Joe Biden  
US-Präsident



ddp/Michael Brochstein

innenministeriums. Demnach befanden sich unter den bis Mitte der Woche Ausgeflogenen nur rund 100 Ortskräfte mit ihren Familien. Insgesamt machten sie rund 500 der 4500 Personen aus.

Aus dem Auswärtigen Amt verlautete, in der Nacht zum Sonntag sei ein von der Deutsche-Post-Tochter DHL organisierter Konvoi mit 147 Personen zum Flughafen Kabul gebracht worden, darunter Ortskräfte und DHL-Mitarbeiter, die im Auftrag der Bundesregierung tätig gewesen seien. Sie hätten am Morgen Richtung Deutschland ausreisen können.

Die Terrorattacken vom Donnerstag haben die Verwundbarkeit der USA in Afghanistan entblößt, die nach 20 Jahren Kriegseinsatz die größte Luftbrücke in der Geschichte der Nato koordinierten. Bislang weiß man laut US-Medien nur so viel: Der Selbstmordattentäter wartete bis zum letzten Moment, um möglichst viele Opfer mit in den Tod reißen zu können. Am Abbey Gate, einer Hauptschleuse am Kabuler Flughafen, führten US-Soldaten Sicherheitskontrollen durch. Der Attentäter sei gezielt auf die Amerikaner zugegangen und habe beim Abtasten eine mehr als zehn Kilo schwere Sprengstoffweste gezündet.

Künftige Vergeltungsangriffe der USA könnten laut Experten von Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder von Schiffen im Ara-

bischen Meer aus gestartet werden. Allerdings hält John R. Allen, Präsident von Brookings und früherer ISAF-Befehlshaber, die Pläne für höchst riskant. „Es fehlt eine feste regionale Basis, dazu machen potenzielle Überflugbeschränkungen solche Strategien unglaublich herausfordernd, wenn nicht unmöglich“, schrieb er.

Es droht außerdem eine Spirale der Gewalt, die Biden mit seinem Abzug eigentlich stoppen wollte. Die Gefahr durch den afghanischen Zweig des IS wurde bei vielen Anschlägen in diesem Jahr deutlich, unter anderem auf eine Mädchenschule und eine Entbindungsklinik. Laut Christopher Harnisch, ehemaliger Vize-Koordinator für Terrorismusbekämpfung im US-Außenministerium, sei die Attacke in Kabul nur ein erster Warnschuss des Islamischen Staats in Afghanistan. „Der Angriff war ein riesiger Propaganda-Sieg“, sagte er dem Sender Fox News. „Der eigentliche Zweck bestand darin, potenzielle neue Kämpfer zu locken. Sie wollen einen Bürgerkrieg gegen die Taliban und andere Gruppen in der Peripherie anzetteln“.

IS-K entstammt einer Splittergruppe pakistischer Taliban-Kämpfer, die sich 2015 zusammenschlossen. „Nach dem Rückzug des Westens aus Afghanistan wollen sie ein Vakuum füllen und werden letztendlich versuchen, an die Macht zu kommen“, so Harnisch. Zahlenmäßig ist IS-K den Taliban weit unterlegen. Doch laut der UN strömten allein in den vergangenen Monaten Tausende Dschihadisten aus Zentralasien, dem Nordkaukasus, Pakistan und der chinesischen Region Xinjiang nach Afghanistan. Der Terrorspezialist Bruce Hoffman von der Denkfabrik Council on Foreign Relations sagte dem Magazin Politico, dass auch Anschläge in den USA drohten. Verbündete zur Terrorabwehr hat Washington jedenfalls nicht mehr vor Ort. Zwar sind die Taliban und der IS verfeindet, das heißt aber nicht, dass die Taliban plötzlich zum verlässlichen Partner der USA werden: Es gibt unzählige Berichte über Taliban, die im ganzen Land Verbündete des Westens aufspüren und foltern oder töten.

## Neue Debatte um Flüchtlinge

Die Terrorattacken lassen an Bidens Strategie zweifeln, die Taliban strategisch in die Evakuierungen mit einzubeziehen – und sie womöglich offiziell anzuerkennen, sobald die Taliban eine Regierung formen. So waren die Taliban für die Sicherung des Kabuler Flughafens mitverantwortlich, trotzdem konnte der Selbstmordattentäter ungehindert durch mehrere Kontrollpunkte laufen. „Eines ist klar: Wir können den Taliban die Sicherheit der Amerikaner nicht anvertrauen“, warnte der demokratische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat, Bob Menendez. Doch in der Realität halten die USA die Kommunikationskanäle offen. Biden bleibt dabei, es sei „richtig gewesen“, mit den Taliban im Sinne der Evakuierungen zu kooperieren. „Es ist in ihrem eigenen Interesse, dass wir das Land verlassen und dass wir so viele unserer Leute wie möglich rausholen.“

In den USA ist, ebenso wie in Europa, eine Debatte um die Verteilung der afghanischen Flüchtlinge entbrannt. Der linke Flügel der Demokraten im Repräsentantenhaus forderte von Biden, die Obergrenze für Flüchtlinge – derzeit sind es rund 60.000 pro Jahr – mehr als zu verdreifachen. Ex-Präsident Donald Trump schürt Ängste vor einer neuen Flüchtlingskrise und „Hunderte neue Terroristen“ im Land. Auch die EU signalisiert Abschottung. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte, Europa müsse sich „schützen“. Griechenland hat einen Grenzzaun zur Türkei errichtet, um afghanische Migranten abzusichern. Die Türkei, die Millionen syrischer Flüchtlinge beherbergt, hat ihre Grenzen mit Mauern, Gräben und Stacheldraht aufgerüstet. Und das am Afghanistan-Einsatz beteiligte Australien hat eine Kampagne gestartet, in der Afghanen aufgefordert werden, die gefährliche Seereise gar nicht erst anzutreten. Die UN geht davon aus, dass viele Afghanen voraussichtlich in Nachbarländer fliehen werden – allein in Pakistan leben bereits rund 1,4 Millionen afghanische Flüchtlinge.



image images/photobek

Außenminister unter Druck: Heiko Maas wird angelastet, keine Ausstiegsstrategie für Afghanistan entwickelt zu haben.

Afghanistan-Strategie

# Kritik an Maas wird schärfer

Der Außenminister hatte keine Evakuierungsstrategie – das lasten ihm Politik und Bevölkerung an. Rufe nach einem Rettungsplan werden lauter.

Silke Kersting, Dietmar Neuerer  
Berlin

Die Bundesregierung steht angesichts der Entwicklungen in Afghanistan unter massivem Druck. Die Bundeswehr hat wie viele weitere Staaten ihre Luftbrücke aus Kabul beendet und auch die Amerikaner stehen vor dem Abzug. Doch noch immer versuchen zahlreiche Afghanen und Ausländer, das Land zu verlassen. Deutschland will nun auf anderen Wegen versuchen, schutzbedürftigen Menschen bei der Ausreise zu helfen. Nach der militärischen Evakuierung gehe „unsere Hilfsaktion“ in eine „neue Phase“, sagte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD).

Nach Aussage von Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) wird weiter „intensiv“ daran gearbeitet, die Ausreise der Ortskräfte und ihrer Familien auf verschiedenen Wegen zu ermöglichen. Gleichzeitig würden Ortskräfte unterstützt, die in Afghanistan aus den verschiedensten Gründen bleiben wollen, etwa zur Pflege von Familienangehörigen, sagte Müller dem Handelsblatt.

Besonders in der Kritik steht Außenminister Maas. Der menschenrechtspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Brand (CDU), sprach dem SPD-Politiker die Eignung als Außenminister ab. „Heiko Maas wird bald schon Geschichte sein und als zu schwacher Außenminister in den Geschichtsbüchern stehen“, sagte Brand dem Handelsblatt. „Da wäre schon seit Jahren deutlich mehr strategische Außenpolitik mit Mumm für ein starkes Land wie unseres notwendig gewesen.“

Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Gyde

Jensen (FDP), sprach von einem „Komplettversagen“ der Bundesregierung und forderte zumindest indirekt Rücktritte. Sie erwarte, dass die zuständigen Minister „in den nächsten Tagen persönliche Konsequenzen aus ihrer koordinierten Verantwortungslosigkeit ziehen“, sagte sie. Etwaige Rücktritte dürften allerdings nicht zu einer schlechteren Ausgangslage für die noch in Afghanistan zurückgebliebenen Menschen führen.

60

Prozent der Deutschen fordern inzwischen den Rücktritt von Außenminister Heiko Maas (SPD). Bei der SPD sind es 44 Prozent.

Quelle: Civey im Auftrag des Handelsblatts

Am Freitag hatte das Auswärtige Amt mitgeteilt, dass nach der Rettung von 5347 Menschen aus Afghanistan und dem Ende des Evakuierungseinsatzes der Bundeswehr noch immer rund 300 Deutsche und mehr als 10.000 Afghanen auf Ausreise nach Deutschland warten. Am Sonntag begann der Bundesaußenminister eine viertägige Reise in mehrere Länder, um Gespräche zur künftigen Afghanistan-Politik zu führen.

Der FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki erhob schwere Vorwürfe gegen Maas. „Es ist erschütternd, mit wie wenig Weitblick und mit wie viel Ignoranz die Spitze des Auswärtigen Amtes in dieser Frage vorgegangen ist“, sagte Kubicki. Die Bundesregierung habe

lange die Auffassung vertreten, die Ortskräfte sollten möglichst vielzählig vor Ort bleiben. „Letztlich bedeutete dies aber, dass wir sie dort im Stich gelassen haben“, sagte Kubicki. „Es ist aus humanitärer Sicht beschämend.“

Kubicki sprach von einem „Ausweis von Hilflosigkeit“ und forderte den Rücktritt von Maas. „Die Menschen in Deutschland können erwarten, dass zumindest Heiko Maas als Außenminister die Konsequenzen aus dem völligen Desaster zieht und zurücktritt.“ Inzwischen fordern annähernd 60 Prozent der Deutschen den Rücktritt des Außenministers. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des Handelsblatts. Nur 30 Prozent der Deutschen erklärten, der Minister sollte „eher nicht“ oder „auf keinen Fall“ zurücktreten.

Der Grünen-Außenexperte Jürgen Trittin kritisierte, dass es noch keinen Plan für die Rettung der Verbliebenen gebe, obwohl dies „überlebensnotwendig für die Betroffenen“ sei. „Weil zu spät gehandelt wurde, hängt nun die Rettung am guten Willen der Taliban“, sagte er. Das werde seinen Preis haben. „Es ist schon erschütternd: Das Versagen der Regierung Merkel/Scholz hat Deutschland erpressbar gemacht.“

Es sei nun notwendig, dass sich die Regierung und ihre Partnerstaaten über rote Linien in der Verhandlungsführung mit den Taliban verständigt, „und nicht kopflos in die Gespräche hinein geht“, sagte der außenpolitische Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, Omid Nouripour. Die Taliban seien keine Verhandlungspartner wie andere. „Wir haben es mit einer Terrororganisation zu tun“, sagte er und warnte davor, mit Hilfszusagen an die Taliban sich deren Kooperation zu erkaufen.

Homo oeconomicus

## Sinnloser Kampf

Die Chancen stehen gut, dass die FDP wieder in einer Bundesregierung vertreten sein wird. Weder für Schwarz-Grün noch für Rot-Grün dürfte es nach den derzeitigen Umfragen reichen. Doch was bedeutet eine Regierungsbeteiligung der Liberalen? Blickt man in die Wahlprogramme, fällt auf: Die FDP ist die einzige Partei, die nicht auf den Staat als Löser aller Probleme setzt. Eine Haltung, die angesichts des eklatanten Versagens des Staates in den vergangenen Jahren bei entscheidenden Themen durchaus berechtigt ist. Auch liegt der Schwerpunkt im Programm der Liberalen allen Vorurteilen zum Trotz nicht bei den Ideen zur Steuer- und Abgabensenkung, sondern bei den nötigen Reformen, um Deutschland zukunftsfest zu machen: mehr staatliche und private Investitionen, regelmäßige Stress-tests für eine sichere Energieversorgung, eine Orientierung der Zuwanderung an unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen und als Schwerpunkt bessere Bildung. In der Klimapolitik setzen die Liberalen auf ein hartes CO<sub>2</sub>-Limit, das über ein umfassendes Emissionshandelssystem eingehalten wird. Wie die Einsparungen realisiert werden, bleibt dem Markt überlassen. Sicherlich besser als die Vorstellung, Politiker könnten den Weg zur CO<sub>2</sub>-Einsparung definieren.

Koalitionen erfordern Kompromisse. Im Sinne der Sicherung unseres Wohlstands wäre es gut, wenn die genannten Punkte Regierungsprogramm würden. Kompromissbereit sollte die FDP an anderer Stelle sein: der Verschuldung des Staates. Trotz steigender Ausgaben und der Senkung von Steuern und Abgaben hält die FDP am Ziel des ausgeglichenen Haushalts fest. Sie will die Schuldenstandquote rasch wieder unter das Maastricht-Niveau von 60 Prozent des BIP drücken. Das ist weder realistisch noch sinnvoll.

Allein aufgrund der demografischen Entwicklung wird das Wachstum in den kommenden Jahren zurückgehen. Gleichzeitig werden die verdeckten Verbindlichkeiten für Renten und Pensionen offensichtlich. Ein Herauswachsen aus den Schulden wird deutlich schwerer. Zum anderen teilen wir unsere Währung mit Staaten, die wesentlich höher verschuldet sind und keinerlei ernsthafte Absicht haben, ihre Neuverschuldung zurückzufahren. Diese Länder leiten aus unserer geringen Staatsverschuldung die Forderung nach höheren Transfers und gemeinsamer Schuldenaufnahme ab. Sie fordern zusätzlich die Garantie der Europäischen Zentralbank, die Zinsen tief zu halten. Wer in diesem Umfeld auf Sparen setzt, agiert wie ein Geisterfahrer auf der Autobahn.

Es kommt nicht darauf an, dass der Staat keine Schulden macht. Es kommt darauf an, wofür er diese Schulden macht. Hier sollte die FDP ihr politisches Kapital einbringen und dafür sorgen, dass nicht Konsum und ideologische Projekte finanziert werden, sondern die Sicherung künftigen Wohlstands. Genug zu tun gibt es.



action press



Getty Images

Rot-Grün-Rot

## Widerstand der Grünen gegen Linksbündnis wächst

SPD und Grüne wollen sich nicht festlegen, mit wem sie am ehesten koalieren würden. Ein Bündnis mit der Linken wird aber immer unrealistischer.

Silke Kersting, Jürgen Klöckner  
Berlin

Vier Wochen vor der Bundestagswahl wächst die Kritik der Grünen an der Linken und damit auch an einem rot-rot-grünen Bündnis mit der Partei. „Die Linke ist aus meiner Sicht kein stabiler Partner für eine mögliche Koalition“, sagte der industriepolitische Sprecher der Grünen, Dieter Janecek, dem Handelsblatt.

Janecek sieht dabei nicht nur außenpolitische Hürden für ein Bündnis, wie sie in der Afghanistan-Politik sichtbar wurden. Es gibt zudem ein gegensätzliches Verständnis von Innovation und Markt“, sagte Janecek. „Die Linke ist eine Partei, die aus dem Sozialismus kommt und möglichst hohe Steuern und regulatorische Hürden fordert.“ Das mache Unternehmen Angst und sei nicht mit grüner Politik vereinbar, die Unternehmen auch Freiräume lasse.

Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock kritisierte am Wochenende gegenüber der Funke Medien-gruppe, die Linke habe sich „ins Abseits geschossen“, weil sie gegen die Rettungsmission der Bundeswehr für Ortskräfte gestimmt habe.

In der Regel übten sich die Grünen bislang in Zurückhaltung und gaben sich schmallippig, wenn sie auf ein mögliches Linksbündnis angesprochen wurden. Man wolle keine „Ausschleißeritis betreiben“, betonten der Co-Vorsitzende Robert Habeck und Kanzlerkandidatin Baerbock unisono. Zudem will sich die Partei vor etwaigen Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl keiner Option berauben. Dass viele Wähler, darunter vor allem in der Wirtschaft, extrem skeptisch auf ein mögliches Linksbündnis schauen, überzeugt die Grünen nicht.

Lange Zeit schien ohnehin klar, dass es auf ein Bündnis zwischen Union und Grünen hinauslaufen würde. Doch inzwischen ist das Rennen wieder offen. Aus dem Zweikampf ist ein

Dreikampf geworden. Union, SPD und Grüne stehen eng beieinander. Umfragen zufolge wäre auch ein Linksbündnis derzeit rechnerisch möglich – wenn auch unter Führung der SPD, die im Sonntagstrend der „Bild am Sonntag“ mit 24 Prozent drei Prozentpunkte vor der Union und sieben vor den Grünen liegt. Ihr Kanzlerkandidat Olaf Scholz wick eine Frage nach dem Bündnis in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zuletzt mehrmals aus. Nur die Wählerinnen und Wähler trafen diese Entscheidung. Es sei allerdings unabdingbar, dass sich die Linke – anders als in ihrem Wahlprogramm – zur Nato bekenne.

### Knappe Mehrheit

Verglichen damit wirken die jüngsten Aussagen der Grünen geradezu ablehnend. Sie sind zwar immer noch kein Ausschluss an ein Linksbündnis, zeigen aber, wie groß die Ablehnung der Grünen ist. „Die Linkskoalition ist von allen Optionen auf dem Tisch die unwahrscheinlichste“, sagt auch der Po-

litikwissenschaftler Heinrich Oberreuter dem Handelsblatt.

Es sei ein großes Rätsel, wie diese Koalition zusammenhalten solle, etwa mit Blick auf die außenpolitischen Gräben. Die Aussagen von Baerbock zu Russland und China seien konsequente und durchaus harte Einschätzungen der Ideologie- und Machtpolitik der beiden Länder.

„Da gibt es aber keine Verwandtschaft zu den Linken, und selbst mit der SPD gäbe es Schwierigkeiten“, sagte Oberreuter. „Wie die Linken mit ihrer einseitigen, eher ideologisch angehauchten Sozialpolitik koalitionsfähig mit Grünen und SPD sein wollen, ist mir auch ein Rätsel“, so Oberreuter.

Vor diesem Rätsel stehen offenbar auch die Grünen. Die Linken müssten sich dazu bekennen, dass der industrielle Kern dieser Republik nicht zerstört werde, sagte der Co-Vorsitzende Habeck mal. Ihm und anderen führenden Grünen ist nur zu gut bewusst, dass der jahrelange Annäherungskurs an die Wirtschaft zunichte wäre, würden die Grünen mit den Linken gemeinsame Sache machen.

Weder Habeck noch Baerbock wurde bislang eine besondere Vorliebe für ein Linksbündnis nachgesagt, und das gilt umso mehr, wenn es unter Führung der SPD gebildet werden müsste – auch wenn in beiden Fällen die Union aus dem Kanzleramt verdrängt werden würde. Bei Rot-Grün-Rot würde auch aus Baerbock keine Regierungschefin werden.

Wahrscheinlicher ist da eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP. Wobei es auch bei den Grünen Befürworter eines Linksbündnisses gibt. Ende Juli sprach sich Ricarda Lang, stellvertretende Bundesvorsitzende, für Grün-Rot-Rot aus. Auf die Frage, für wen sie sich entscheide, wenn sie zwischen einer schwarz-grünen Koalition oder einem Linksbündnis unter grüner Führung entscheiden dürfte, sagte sie dem „Spiegel“: „Grün-Rot-Rot, aber mit einer guten Außenpolitik.“

Neue Studie zur Vermögensteuer

## Viel Aufwand, wenig Ertrag

Ifo-Präsident Fuest hat die Vermögensteuer untersucht. Ergebnis: eine schwere Belastung für die Unternehmen – und dem Staat bringt sie wenig.

Olaf Scholz ist eigentlich kein Politiker, vor dem sich Unternehmer besonders fürchten. Doch als SPD-Kanzlerkandidat hat er sich eine Forderung seiner Partei zu eigen gemacht, die der Wirtschaft Angst bereitet: Der Vizekanzler plädiert für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Als Bundesfinanzminister hat Scholz zur Bekämpfung der Coronapandemie in den Jahren 2020 bis 2022 rund 470 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Und im Wahlkampf wird nun diskutiert, wer die Krisenrechnung begleichen soll. SPD, Grüne und Linke schlagen in ihren Wahlprogrammen eine Vermögensteuer vor.

Eine neue Studie des Ifo-Präsidenten Clemens Fuest im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen bestätigt die Sorgen der Wirtschaft. Der Ökonom untersucht die Auswirkungen einer solchen Steuer und kommt zu einem vernichtenden Urteil: Die Vermögensteuer würde großen Schaden anrichten und dem Staat gleichzeitig geringere Einnahmen bescheren als erhofft. „Insgesamt birgt das Projekt der Einführung einer Nettovermögensteuer für Deutschland erhebliche öko-



Imago/IFO

nomische und fiskalische Risiken“, schreibt Fuest in der 50-seitigen Studie. „Die Kombination aus Ertragsteuern und der neuen Vermögensteuer würde die effektive steuerliche Belastung von Investitionen massiv erhöhen.“

Jahrzehntelang hatte es in Deutschland eine Vermögensteuer gegeben, bis das Bundesverfassungsgericht 1995 in einem Urteil bemängelte, Immobilien würden wegen veralteter Bewertungsmaßstäbe bei der Vermögensteuer deutlich bevorzugt.

Ökonom Fuest: Studie im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen.

Die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) handelte nicht, ab 1997 wurde die Steuer nicht mehr erhoben. In den vergangenen Jahren erlebte die Steuer mit dem Aufkommen einer neuen Ungleichheitsdebatte in Deutschland ein Comeback. Auch die Kosten durch die Coronakrise haben den Ruf nach einer Vermögensteuer wieder lauter erklingen lassen.

Ökonom Fuest hält die Begründung, mit der Steuer sollten die Kosten der Coronakrise gerecht verteilt werden, für nicht überzeugend. Denn dabei werde übersehen, dass die Ertragsteuern bereits dafür sorgen, dass Steuerzahler, die in der Krise keine Verluste erlitten oder sogar Gewinne erzielt haben, einen entsprechenden Beitrag leisten würden. „Außerdem ist der Bestand des Nettovermögens kein angemessener Indikator für krisenbedingte Gewinne oder Verluste“, heißt es in der Studie weiter.

Die SPD will Nettovermögen ab zwei Millionen Euro mit einem Prozent besteuern, Vermögen ab einer Milliarde Euro mit zwei Prozent. Zwischen 17 und 24 Milliarden Euro würde die Steuer nach Schätzung des Deut-

schen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Jahr einspielen. Die Pläne der Grünen sehen ähnlich aus, das Konzept der Linken sieht vor, Vermögen ab einer Million Euro mit ein bis fünf Prozent zu besteuern.

Auch wenn ein Steuersatz von einem oder zwei Prozent gering klingt, nach Berechnungen von Fuest würden sie die Unternehmen trotzdem stark belasten. „Die ökonomischen Wirkungen der Einführung von Nettovermögensteuern sind bereits bei gering erscheinenden Steuersätzen signifikant“. Bei sehr profitablen Investitionen (Rendite 13 Prozent) erhöhe eine Vermögensteuer von einem Prozent die effektive Durchschnittssteuer von rund 30 auf 38 Prozent. Bei weniger rentablen Investitionen (Rendite drei Prozent) steige die Steuerbelastung auf 65 Prozent. Die Stiftung Familienunternehmen, die die Studie in Auftrag gegeben hat, sieht sich in ihrer Ablehnung der Vermögensteuer bestätigt. Die Steuer würde „gerade die Familienunternehmen mit ihrem oft hohen Eigenkapitalanteil in ihrer Solidität angreifen“, so Vorstand Rainer Kirchdörfer. Martin Greive, Jan Hildebrand

Anzeige

## DAS ORIGINAL PELOTON BIKE

ULTIMATIVES LIVE CARDIO-TRAINING FÜR ZUHAUSE.  
JETZT ZU UNSEREM BESTEN PREIS.

2.145 €  
1.495 €

Peloton-Mitgliedschaft (39 €/Monat) separat.

IM PELOTON-STORE GANZ IN DEINER NÄHE  
ODER UNTER [ONEPELOTON.DE/BIKE](https://onepeloton.de/bike)



PELOTON



Andreas Mundt vor seinem Dienstsitz: Die Kartellwächter dürfen Untersuchungen ganzer Branchen einleiten.

Dietmar Neuerer Berlin

Verbraucherschutz

# Bundeskartellamt soll mehr Befugnisse bekommen

Union und SPD wollen Deutschlands obersten Wettbewerbschüter zu einer schlagkräftigen Verbraucherschutzbehörde ausbauen.

In der Großen Koalition gibt es Bestrebungen, die Befugnisse des Bundeskartellamts im Online-Bereich weiter auszubauen. „Bei der Durchsetzung von Verbraucherschutz gegen schwarze Schafe in der Digitalwirtschaft sollte das Bundeskartellamt eine wichtigere Rolle spielen als bisher“, sagte der SPD-Rechtspolitiker Johannes Fechner dem Handelsblatt. „Wir werden deshalb in der nächsten Wahlperiode beraten, wie genau die Befugnisse des Bundeskartellamts zur Durchsetzung von digitalem Verbraucherschutz ausgebaut werden müssen.“ Klar sei, dass dann auch die personelle und die technische Ausstattung des Kartellamts verbessert werden müsse.

Auch die Union zeigte sich offen für eine Stärkung der Behörde. „Überall dort, wo strukturelle Ungleichgewichte entstehen, die Verbraucherinnen und Verbraucher benachteiligen, sind wir offen, über Verbesserungen zu sprechen“, sagte der Verbraucherschutzbeauftragte der Unions-Bundestagsfraktion, Sebastian Steineke (CDU), mit Blick auf jüngste Äußerungen von Kartellamtschef Andreas Mundt.

Mundt hatte im Interview mit dem Handelsblatt auf Lücken in der Rechtsdurchsetzung hingewiesen. So könne seine Behörde nicht aktiv gegen Defizite etwa bei Preisvergleichsportalen, Nutzerbewertungen, Smart-TVs oder sogenannten Mobilien Apps vorgehen. Man könne Mängel über Sektoruntersuchungen feststellen, habe aber bislang „keine Befugnisse, die Unternehmen zu zwingen, ihr Verhalten zu ändern“, sagte Mundt.

Steineke sagte dazu: „Die Hinweise von Herrn Mundt sollte die nächste Bundesregierung zum Anlass nehmen, die Möglichkeit einer effektiven Rechtsdurchsetzung für Verbraucherinnen und Verbraucher im Online-Bereich weiter auf den Prüfstand zu stellen.“ Mit dem Thema Internetvergleichsportale habe man sich in dieser Legislaturperiode bereits beschäftigt. „Bei den Beratungen hatte sich schon

herauskristallisiert, dass es an weiteren Stellen noch Nachholbedarf gibt“, sagte der CDU-Politiker.

Das Bundeskartellamt hatte im Jahr 2017 mehr Rechte beim Verbraucherschutz erhalten – vor allem gegen Abzocke im Internet. Die Kartellwächter dürfen seitdem Untersuchungen ganzer Branchen einleiten, wenn es Hinweise auf die Benachteiligung von Verbrauchern gibt, und vor Gericht mit ihrem Fachwissen Stellungnahmen abgeben. Direkte Eingriffsmöglichkeiten gegen schwarze Schafe – etwa das Abschöpfen widerrechtlicher Gewinne – bekam das Kartellamt aber nicht.

FDP sieht keinen Handlungsbedarf

Die FDP-Verbraucherpolitikerin Katharina Willkomm zeigte wenig Verständnis für die Forderung des Kartellamtschefs. Es sei zwar „gut und richtig, wenn das Bundeskartellamt Wettbewerbsverstöße nicht nur ermitteln, sondern auch dagegen vorgehen kann“, sagte Willkomm. „Mich wundert allerdings der Zeitpunkt von Herrn Mundts Forderung.“ Denn der Gesetzgeber habe die Kompetenzen des Kartellamts gegenüber der Digitalwirtschaft erst Anfang des Jahres erweitert.

Mit der seinerzeit beschlossenen Reform des Gesetzes gegen Wett-

Überall dort, wo strukturelle Ungleichgewichte entstehen, die Verbraucher benachteiligen, sind wir offen, über Verbesserungen zu sprechen.

Sebastian Steineke Verbraucherschutzbeauftragter der Unions-Bundestagsfraktion (CDU)

bewerbsbeschränkungen (GWB) kann die Behörde leichter gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgehen, wenn marktbeherrschende Digitalunternehmen ihre Position ausnutzen. Mehr Rechte beim Verbraucherschutz in der digitalen Welt umfassen die neuen Befugnisse nicht.

Die Neuerung besteht darin, dass die Kartellwächter bestimmte Verhaltensweisen der Big-Tech-Unternehmen schon früher untersagen können. Sie können vorbeugend einschreiten. Die klassische Missbrauchsaufsicht der Wettbewerbsbehörden war bislang darauf ausgerichtet, wettbewerbsfeindliches Verhalten von marktmächtigen Unternehmen erst im Nachhinein abzustellen oder zu sanktionieren.

Willkomm erwartet von Mundt, dass er präzise sagt, inwiefern ihm der vollzogene „Machtausbau“ nicht ausreicht. Abgesehen davon gab die FDP-Politikerin zu bedenken, dass weitere Veränderungen beim behördlichen Verbraucherschutz derzeit nicht auf Bundesebene anstünden, sondern im Rahmen des „Digital Services Act“ (DSA), mit dem die EU die Geschäftspraktiken von Onlineplattformen regulieren will, verhandelt würden.

Gerade in der Internetwirtschaft gibt es Fälle, in denen Unternehmen durch eine einzige rechtswidrige Maß-

nahme Millionen Verbrauchern auf einmal schaden können. Vor diesem Hintergrund kann sich auch der Chef des Verbraucherzentrale-Bundesverbands (VZBV), Klaus Müller, eine Stärkung des Kartellamts vorstellen. „Mit Blick auf die private Rechtsdurchsetzung könnten gezielte Befugnisse des Bundeskartellamts etwa zum Erlass einer Allgemeinverfügung bei Massenverstößen sinnvoll sein“, sagte Müller dem Handelsblatt.

Zwar sei die zivilrechtliche Rechtsdurchsetzung durch zivilgesellschaftlich organisierte Verbraucherschutzorganisationen ein „sehr wirksames Instrument, um schnell und effizient gegen Rechtsverstöße vorzugehen und offene Rechtsfragen gerichtlich zu klären“. Doch stoße auch diese Form der Rechtsdurchsetzung an ihre Grenzen.

Effektive Rechtsdurchsetzung nicht immer einfach

Als Beispiel nannte Müller Erfahrungen seines Verbands bei der juristischen Verfolgung des Dieselskandals. Der VZBV habe von den zuständigen Behörden, dem Kraftfahrt-Bundesamt oder dem Bundesverkehrsministerium, zum Großteil geschwärzte Unterlagen erhalten. „Es gibt zwar gesetzliche Auskunftsansprüche, die aber mit der pauschalen Berufung auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnis konterkariert werden“, sagte Müller. Unter solchen Voraussetzungen sei eine effektive Rechtsdurchsetzung nicht immer einfach.

Müller appellierte an die Politik, dies zu ändern und die zivilrechtliche Rechtsdurchsetzung zu stärken. Ein weiterer wichtiger Schritt dafür wäre aus seiner Sicht die Einführung einer EU-Verbandsklage.

Die Einführung von EU-weiten Sammelklagen ist Ende 2020 final beschlossen worden. Verbraucher sollen künftig überall in der EU gemeinsam juristisch gegen Unternehmen vorgehen können. Nun muss das neue Instrument noch in nationales Recht umgesetzt werden. Ab dem Jahr 2023 sollen dann Sammelklagen in allen 27 EU-Staaten möglich sein.

Coronakrise

# Druck auf Ungeimpfte steigt

Die Regierung rückt von einer Testpflicht für Ungeimpfte in Zügen vorsichtig ab. Dabei wollen fast zwei Drittel der Bürger diese Regel. Baden-Württemberg prüft derweil Lockdown-Maßnahmen für Ungeimpfte.

Fast zwei Drittel der Deutschen (64 Prozent) finden es richtig, wenn nur noch Corona-Geimpfte, -Genesene oder -Getestete (3G) Fernzüge nutzen dürfen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des Handelsblatts. 31 Prozent der Befragten sprachen sich hingegen gegen die Regel aus, fünf Prozent waren unentschieden. Repräsentativ befragt wurden im Zeitraum vom 27. bis 28. August rund 5000 Wahlberechtigte ab 18 Jahren. Vor allem Wähler der SPD (78 Prozent), der Union (76 Prozent) und der Grünen (75 Prozent) sprachen sich in der Umfrage für eine 3G-Regel in Fernzügen aus. Unter FDP-Wählern (52 Prozent) und AfD-Wählern (20 Prozent) war die Zustimmung am niedrigsten. Über-65-Jährige waren mit 77 Prozent dafür, in der Gruppe zwischen 18 und 29 Jahren war es hingegen nur jeder Zweite.

Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Freitag bestätigt, dass die Bundesregierung im Kampf gegen die Pandemie eine 3G-Regel für Fernzüge prüfe. Es müsse alles getan werden, um die hohen Corona-Fallzahlen einzudämmen, betonte Seibert. Vor allem bei jungen Menschen zwischen null und 14 Jahren gebe es derzeit hohe Ansteckungszahlen, sie könnten sich in den meisten Fällen noch gar nicht impfen lassen. Die Bundesregierung prüfe deshalb, ob die 3G-Regel auch in Fernzügen und im inländischen Flugverkehr angewendet werden könne.

3G-Regel „nicht durchführbar“

Das Ergebnis des Prüfverfahrens liegt laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung nun offen vor. Demnach sei die Regel „praktisch nicht durchführbar“, zitiert die Zeitung aus einem Entwurf der beteiligten Ressorts, dem Gesundheits-, Innen- und Verkehrsministeri-

Wenn bis zu 250 Intensivbetten belegt sind, erwägen wir erste Kontaktbeschränkungen für ungeimpfte Erwachsene.

Uwe Lahl Landesregierung Baden-Württemberg

um. Fahrgäste würden nicht beim Einstieg kontrolliert und „müssen sich nirgendwo registrieren bzw. einen festen Sitzplatz reservieren“, heißt es. Eine Kontrolle beim Einstieg sei aufgrund der kurzen Haltezeiten ausgeschlossen. Auch während der Fahrt finde bereits heute weder im Fern- noch im Nahverkehr eine vollständige Kontrolle von Tickets statt.

In Deutschland gilt die 3G-Regel bislang nur bei Auslandsflügen und in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens – etwa beim Restaurantbesuch in Innenräumen. Nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen geht die Initiative für diese Regelung von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) aus. Er habe das Thema im Corona-Kabinett zur Sprache gebracht. Merkel habe daraufhin gesagt, das Verkehrsministerium könne die Möglichkeiten prüfen.

Im Verkehrsministerium war die Zurückhaltung jedoch groß. Zum einen gibt es mehrere Studien, auch vom Robert Koch-Institut (RKI), die zeigen, dass Masken in der Bahn und in Zügen schützen und das Infektionsgeschehen deutlich verringern. Zum anderen gibt es die Auffassung des Justizministeriums, dass es gar keine Rechtsgrundlage für eine solche Verordnung gibt.

Die Regelungen im Infektionsschutzgesetz beziehen sich allein auf den internationalen Reiseverkehr. Darüber hinaus war das Verkehrsministerium skeptisch, was die Kontrollmöglichkeiten angeht. So gebe es datenschutzrechtliche Fragen, wenn ein Bahn-Kunde eine Fahrkarte kaufe und dann seinen Impfstatus nachweisen müsse. Das umso mehr, da Transportleistungen zur Daseinsvorsorge gehören.

Vor allem aber dürften die Bahn-Gewerkschaften auf die Barrikaden gehen, wenn ihre Mitglieder nicht nur Fahrkarten, sondern auch Hygieneregeln kontrollieren müssen. Das ha-

ben sie bereits im Dezember deutlich gemacht, als es um die Kontrolle der Maskenpflicht ging.

Kristian Loroch, Vorstandsmitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), warnte bereits: „Die Einführung der 3G-Regelung im Fernverkehr darf nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen. Für solche staatlich verordneten Kontrollen ist auch der Staat zuständig, etwa durch die Bundespolizei.“ Hinzu komme, dass die Deutsche Bahn das Personal in den Zügen reduzieren wolle, was ohnehin zu einer erhöhten Belastung für die Beschäftigten führen werde. „Eine 3G-Kontrolle würde diese Situation weiter verschärfen und ist deshalb für uns nicht tragbar“, sagte Loroch. Die EVG begrüße Maßnahmen, die der Pandemie entgegenwirken. Allerdings müssten diese Maßnahmen auch umsetzbar und praktikabel sein.

Lockdown für Ungeimpfte

Weder bei Lufthansa noch bei der Deutschen Bahn wollte man sich auf Anfrage zu den Überlegungen äußern. Im Luftverkehr wären von einer solchen Regelung ausschließlich die Inlandsflüge betroffen. Wer aus dem Ausland nach Deutschland einreist, muss bereits seit Längerem verpflichtend einen Negativtest vorweisen können. Da hier sowieso Zugangskontrollen erfolgen, wäre eine Kontrolle der 3G-Vorgaben wahrscheinlich umzusetzen.

Kirsten Lüthmann, Bundestagsabgeordnete der SPD und Aufsichtsrätin der Deutschen Bahn AG, lehnt die Pläne ab. „Diese Regel brauchen wir nicht“, sagte sie dem Handelsblatt. Die Luft werde im Zug „alle sieben-einhalb Minuten ausgetauscht“. Sie verwies zudem auf die bestehende Maskenpflicht, die bereits gut umgesetzt werde.

Auch an anderer Stelle steigt der Druck auf Ungeimpfte. In Baden-

Württemberg drohen ihnen schon Anfang September neue Einschränkungen. „Wenn 200 bis 250 Intensivbetten belegt sind, erwägen wir erste Kontaktbeschränkungen für ungeimpfte Erwachsene zu erlassen“, sagte Uwe Lahl, Amtschef im Ministerium, der Deutschen Presse-Agentur.

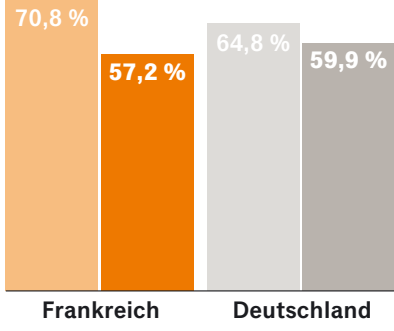
Die Grenzwerte könnten nach Prognosen des Landesgesundheitsamtes bereits Ende dieser Woche erreicht werden. Der Grund seien unter anderem Reiserrückkehrer aus dem Ausland. Die Landesregierung erwäge laut Lahl Maßnahmen, „die man schon aus den Lockdowns der zweiten und dritten Welle kennt, etwa dass sich nur zwei Familien treffen dürfen“.

Das Ministerium rechnet damit, dass etwa drei Millionen ungeimpfte Erwachsene von diesen Einschränkungen betroffen wären. „In dieser Situation muss man als Landesregierung etwas machen. Ich sehe keine Alternative.“

Das Konzept müsse aber noch in der grün-schwarzen Regierung abgestimmt werden. Würde die Zahl von

Pandemiebekämpfung

Anteil der gegen Covid-19 Geimpften an der Bevölkerung  
Einmal geimpft Vollständig geimpft



Stand: 25.8. (F), 26.8. (D)  
HANDELSBLATT • Quellen: RKI, Our World in Data, JHU

300 Intensivbetten überschritten, könne für eine Zeit 2G für Ungeimpfte eingeführt werden. Das würde bedeuten, dass nur noch Geimpfte oder Genesene ins Restaurant oder ins Konzert dürfen, erläuterte der Ministerialdirektor. Auch die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock sprach sich dafür aus, Geimpften und Genesenen schon jetzt mehr Freiheiten zu geben als Ungeimpften. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) erteile der Forderung nach weiteren Einschränkungen für Ungeimpfte hingegen vorerst eine Absage. Der nordrhein-westfälische Städtetag hatte sich dafür ausgesprochen, dass der Freizeitbereich nur noch für Geimpfte und Genesene (2G) zugänglich sein solle – statt wie bisher auch für Getestete (3G). „Ich möchte zum jetzigen Zeitpunkt nicht 2G. Ich möchte jetzt erst einmal beim Testen bleiben“, sagte Laumann. Die Sieben-Tage-Inzidenz stieg nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) vom Sonntagmorgen auf 74,1 – am Vortag hatte der Wert 72,1 betragen, vor einer Woche 54,5. Daniel Delhaes, Jürgen Klöckner, Jens Koenen, Tanja Kuchenbecker



action press

Bahnfahren zu Corona-Zeiten: Künftig womöglich nur noch für Geimpfte, Genesene oder Getestete?

Gewerkschaft

# Immer weniger Tarifverträge

Laut einer Verdi-Umfrage sollte der Staat mehr dafür tun, den Abwärtstrend zu stoppen.

Die Stärkung der Tarifautonomie war Bundeskanzlerin Angela Merkel ein wichtiges Anliegen – zumindest fehlte das Bekenntnis in kaum einer ihrer Reden bei Arbeitgebern und Gewerkschaften. Doch wenn die Regierungschefin nach der Bundestagswahl nach 16 Jahren aus dem Amt scheidet, dann fällt die Bilanz auf diesem Feld ernüchternd aus. Arbeiteten bei Merkels Regierungsantritt 2005 noch 67 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 53 Prozent im Osten in einem Betrieb mit Tarifvertrag, so ist die Quote bis 2020 auf 53 Prozent im Westen und 43 Prozent im Osten gesunken. Und das, obwohl die Große Koalition etwa die Hürden dafür gesenkt hatte, dass die Regierung einen Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklären kann. Nach Ansicht der Bürger sollte die künftige Bundesregierung mehr dafür tun, den Abwärtstrend zu stoppen. In einer Umfrage im Auftrag der Gewerkschaft Verdi bewerteten 86 Prozent der Befragten die abnehmende Tarifbindung kritisch. Bei den Anhängern von SPD und Grünen liegt die Quote bei über 90 Prozent, bei den Anhängern von Union und Linken bei über 80 Prozent.

Für die Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut Kantar Public Anfang Juli 1038 in einer repräsentativen Zufallsauswahl ermittelte Wahlberechtigte telefonisch befragt. Fast zwei von drei Befragten gaben an, dass der Gesetzgeber eingreifen sollte, wenn immer mehr Firmen aus der Tarifbindung aussteigen. 31 Prozent sind der Meinung, dass die Politik den Abschluss von Tarifverträgen Arbeitgebern und Gewerkschaften überlassen sollte. Die meisten Befürworter einer starken Rolle des Staates finden sich mit Abstand bei Anhängern der Linken, gefolgt von jenen der SPD und Grünen. Von den potenziellen FDP-Wählern halten nur 38 Prozent einen stärkeren Staat für gerechtfertigt. Von den Bürgern, die die Politik aus dem Tarifgeschehen heraushalten wollen, sprechen sich aber 55 Prozent dafür aus, dass der Staat in Ausnahmefällen ein Eingriffsrecht haben sollte. Das gilt etwa für Branchen mit geringer Tarifbindung wie die Pflege oder den Einzelhandel. Kurz vor Ende der Legislaturperiode hatte die Große Koalition ein Gesetz verabschiedet, wonach Pflegekassen ab September 2022 nur noch Altenheime und ambulante Dienste finanzieren dürfen, die nach Tarif zahlen.

Druck auf Firmen bei öffentlichen Aufträgen könnte steigen

Für Verdi-Chef Frank Werneke sind die Ergebnisse der Umfrage ein „klarer Handlungsauftrag an die künftige Bundesregierung“. In ihren Programmen haben sich die Parteien durchaus zum Thema positioniert. So machen sich Linke, SPD, Grüne und die Union mit unterschiedlicher Nuancierung dafür stark, dass Tarifverträge künftig noch leichter für allgemein verbindlich erklärt werden können. Die Politik könnte bestimmen, dass Tarifverträge, die die Sozialpartner in einzelnen Bereichen oder Branchen abgeschlossen haben, auch von nicht tarifgebundenen Firmen angewendet werden müssen. SPD, Linke und Grüne wollen sich, sollten sie in Regierungsverantwortung kommen, für ein sogenanntes Bundestariftreuegesetz starkmachen. Tritt es in Kraft, dürfte der Bund nur noch öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. In den meisten Bundesländern existieren solche Regelungen. Angesichts öffentlicher Aufträge im Volumen von rund 400 Milliarden Euro erhoffen sich die Gewerkschaften eine starke Anreizwirkung.

Von den Parteien mit Chance auf eine Regierungsbeteiligung findet sich im Programm der Liberalen am wenigsten zur Tarifbindung. FDP-Chef Christian Lindner hatte aber vor wenigen Tagen bei einer Konferenz des DGB gesagt, die Sozialpartnerschaft und die Mitbestimmung seien ein „Standortfaktor für Deutschland“, weil so beispielsweise der Betriebsfrieden gesichert werde. F. Specht



IG Metall / Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann

# „Wir erleben einen Subventionswettbewerb in Europa“

Der Gewerkschaftschef warnt vor teuren Illusionen bei der Klima-Transformation der Industrie. Er bemängelt Deutschlands schlechte Karten im Standortwettbewerb.

Jörg Hofmann ist besorgt. Der IG-Metall-Chef fürchtet, dass die deutsche Industrie auf dem Weg ins klimaneutrale Zeitalter ins Hintertreffen geraten könnte. Und mit ihr die Beschäftigten. Vehement fordert er, die künftige Regierung müsse vor allem eins tun – geeignete arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickeln.

**Herr Hofmann, Deutschland hat die längste Industrierezession der Nachkriegsgeschichte hinter sich, für dieses Jahr wird wieder Wachstum erwartet. Ist der Industriestandort über den Berg?**  
Konjunktuell ja – wenn uns Lieferkettenprobleme nicht noch länger daran hindern, die gute Auftragslage über fast alle Branchen hinweg auch auszuspielen. Bei den strukturellen Fragen bin ich skeptischer.

**Sie haben die Lieferschwierigkeiten etwa bei Halbleitern angesprochen. Haben wir uns da zu sehr auf andere Länder verlassen?**  
Wir erleben gerade einen Hallo-wach-Effekt, welche Relevanz souveräne europäische Wertschöpfungsketten ha-

ben. Auf für die Industrie relevanten Feldern – beispielsweise bei Halbleitern oder Batteriezellen – brauchen wir Wertschöpfung in Europa. Wir müssen uns zudem unabhängiger davon machen, ob im Suezkanal ein Frachter quersteht oder nicht, und auch Wertstoffkreisläufe stärker nutzen – auch um Abhängigkeiten im Bezug von Rohstoffen zu minimieren.

**Die Dekarbonisierung und die Digitalisierung sind die großen Herausforderungen für die Industrie von morgen. Was erwarten Sie als Gewerkschafter hier von der künftigen Bundesregierung?**  
Wir brauchen die richtigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, damit in der Transformation niemand entlassen werden muss. Als IG Metall haben wir das Transformationskurzarbeitergeld oder die Vier-Tage-Woche in die Debatte eingebracht. Jeder und jede Erwerbstätige sollte auch die Chance haben und es sich finanziell leisten können, im Laufe seines Berufslebens noch eine zweite Ausbildung zu machen.

**Was zeichnet aus Ihrer Sicht gute Industriepolitik aus?**

## Vita

**Der Gewerkschafter**  
Der Schwabe Jörg Hofmann ist seit Oktober 2015 Erster Vorsitzender der IG Metall, der mit 2,2 Millionen Mitgliedern größten deutschen Gewerkschaft. Der 65-Jährige ist SPD-Mitglied und sitzt im Aufsichtsrat von Bosch und Volkswagen.

**Der Berater**  
Der Ökonom ist Berater der Bundesregierung, etwa als Mitglied im Lenkungskreis der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität oder bei der Plattform Arbeiten 4.0 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

**über steigende Benzinpreise auf. Brauchen wir mehr Ehrlichkeit?**  
Wenn man die CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Verkehr will, kann man nicht gleichzeitig sagen, dass niemand daraus Nachteile haben soll. Denn sonst nehme ich jede Lenkungswirkung. Richtig ist, darüber nachzudenken, wie wir den Elektroantrieb noch schneller in die Breite bringen und es schaffen können, die Bestandsflotte schneller zu verjüngen.

**Brauchen wir eine Abwrackprämie?**

stark den Aufbau von Batteriezellfertigung. Hier hat Deutschland als Standort schlechte Karten. Das europäische Beihilferecht ist komplett kontraproduktiv, wenn es darum geht, an einem bestehenden Standort etwas Neues aufzubauen und Wertschöpfung zu erhalten. Die von der Bundesregierung initiierten IPCEI-Programme (geförderte, länderübergreifende Projekte von europäischem Interesse, d. Red.) etwa für Batteriezellproduktionen sind hilfreich, aber können diesen Konstruktionsfehler nicht ausgleichen. Und hinzu kommen noch die hohen Energiekosten in Deutschland.

**Die Regierung hat gerade eine Milliarde Euro für den Zukunftsfonds Automobilindustrie bereitgestellt. Das ist doch nicht wenig Geld, oder?**  
Die Fördertöpfe sind größer geworden, aber ohne Ideen helfen sie wenig. Und ich sehe das Risiko, dass Mittel bei den üblichen Beutegemeinschaften landen und nur teilweise dazu beitragen, Beschäftigung zu stärken. Der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu den Fördertöpfen ist weiter nicht zufriedenstellend.

**Die IG Metall fordert, Ökologie und Soziales nicht gegeneinander auszuspielen. Kann das überhaupt gelingen, wenn die Klimaziele immer weiter verschärft werden?**  
Es kann gelingen, aber es wird immer anspruchsvoller. Wenn ich bis 2030 rund 14 bis 16 Millionen Elektroautos auf die Straße bringen will, müssen die auch irgendwo Strom tanken. Die EU-Kommission hat den Ausbau der europäischen Ladeinfrastruktur zumindest als Thema adressiert, das deutsche Klimaschutzgesetz sagt dazu leider gar nichts. Und ob sich die Batteriezellfertigung so schnell aufbauen lässt, bezweifle ich auch.

**Auch die Stahlindustrie, die für 30 Prozent der industriellen CO<sub>2</sub>-Emissionen steht, soll grün werden. Haben deutsche Produzenten da eine Chance?**  
Die Technik ist da. Die Unternehmen müssen jetzt die Investitionsentscheidungen treffen und beim Umbau gefördert werden. Aber dann fangen die Fragen erst an: Woher kommt der Wasserstoff? Akzeptieren wir für eine Übergangsphase auch „blauen“ Wasserstoff, und wo kommt der her? Es wird ja gern vergessen, dass wir 70 Prozent unseres Energiebedarfs durch Importe decken.

**Lachen sich Stahlhersteller in China oder Südkorea nicht ins Fäustchen, wenn europäischer Stahl durch die Klimaschutzauflagen immer teurer wird?**  
Wir brauchen im Außenhandel Instrumente, die europäische Hersteller vor Dumpingimporten schützen, die unter niedrigeren Klimastandards produziert wurden. Aber es gibt noch ein ganz anderes Problem: In Schweden entsteht erstmals seit Jahrzehnten ein neues Stahlwerk auf Basis von grünem Wasserstoff. Die Kunden werden diesen Stahl fordern, um ihre eigene Klimabilanz zu verbessern. Das Hauptrisiko für deutsche Produzenten besteht darin, dass sie bei „grünem“ Stahl gar nicht zum Zuge kommen, weil der in Kanada oder Skandinavien produziert wird.

**SPD-Kanzlerkandidat Scholz hat als Vizekanzler die CO<sub>2</sub>-Abgabe mitbeschlossen, regt sich dann aber**

# 450

**Milliarden Euro**  
muss Deutschland bis 2030 investieren, um nicht im Standortwettbewerb zurückzufallen, so Ökonomen.  
Quelle: Handelsblatt

Die heutige Subventionierung wird irgendwann auslaufen und durch ein neues Instrument ersetzt werden müssen. Wir brauchen ein Instrument, das den Umstieg auf die E-Mobilität auch bei Menschen, die weniger verdienen, beschleunigt.

**Damit Deutschland im Standortwettbewerb nicht zurückfällt, halten Ökonomen bis 2030 staatliche Investitionen in Höhe von 450 Milliarden Euro für erforderlich. Diese Rechnung stammt aus einer**

Zeit, als wir noch nicht die neuen Klimavorgaben hatten. Ich würde den Bedarf heute eher bei 500 Milliarden und mehr sehen. Deshalb muss die Schuldenbremse korrigiert werden. Und es ist auch nicht Zeit für Steuerentlastungsprogramme für Hochverdiener und Kapitalgesellschaften, wie einige Parteien es fordern.

**Herr Hofmann, vielen Dank für das Interview.**

Die Fragen stellte Frank Specht.



# Weil die Straße keine gute Adresse ist.

Die Gründe und Schicksalsschläge, die zu Obdachlosigkeit führen, sind vielseitig. HOME STREET HOME unterstützt obdachlose Menschen auf ihrem Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben.

Mehr Infos zur Initiative unter [homestreethome.de](https://homestreethome.de)

Eine Kooperation von **Immo Scout24**

**ONE WARM WINTER**

Serie: Das bessere Wachstum

# Südkoreas New Deal

Mit mehr als 100 Milliarden Euro an Investitionen will die Regierung das Land zum Weltmarktführer bei Akkus und Chips aufbauen. Es geht dabei um weit mehr als nur Innovations- und Wachstumspolitik.

Martin Kölling Tokio

Südkoreas Präsident Moon Jae In hat den Ort für Koreas Angriff auf den Autoakku-Markt mit Sinn für Symbolik ausgesucht. Seine K-Battery-Strategie stellt er Anfang Juli in der größten Fabrik des Batterieherstellers LG Energy Solutions vor. „Unser Land will bis 2030 ein globales Kraftzentrum der Batterieproduktion werden“, verspricht Moon den Vertretern von Südkoreas Batterieindustrie im Publikum.

40 Billionen Won (rund 30 Milliarden Euro) will der Staat in die heimische Batterieindustrie investieren, davon die Hälfte als Zuschüsse für neue Werke. Und Südkoreas Industrie zieht mit. Gastgeber LG Chem, dem LG Energy Solutions gehört, kündigt zur Feier des Tages an, 15,1 Billionen Won in den Aufbau eines Batterie-Hubs zu investieren.

Die Chefs der lokalen Akkurivalen Samsung SDI und SK Innovation applaudieren. Es wird erwartet, dass sie mit ähnlichen Investitionen nachziehen. Denn die K-Battery-Initiative ist Teil eines noch ambitionierteren Entwicklungsplans, des „Korean New Deals“.

Das historische Vorbild hatte die USA aus der Weltwirtschaftskrise vor dem Zweiten Weltkrieg geführt – zu neuen Höhen. Moon will die Coronakrise „in eine Gelegenheit“ verwandeln, um die zehntgrößte Volkswirtschaft in der Nach-Corona-Welt zum Weltmarktführer bei Akkus, Chips, Mobiltechnik und Umwelttechnologien aufzubauen. „Mit innovativen Risikofirmen und Start-ups als Hauptantriebskräfte wird Korea zu einem ‚digitalen Powerhouse‘ aufsteigen, das die Welt anführt“, so seine Vision.

Das Programm findet international Beachtung. Moon stellt immerhin ins-



## Das bessere Wachstum

**Serie:** Weltweit wollen Staaten ihre Wirtschaft nach der Corona-Pandemie digitaler und grüner, widerstandsfähiger und gerechter gestalten. Beispielsweise staatliche Investitionen sollen dies ermöglichen. Das Ringen um ein besseres Wirtschaftswachstum wird dieses Jahrzehnt prägen. Das Handelsblatt zeigt, mit welchen Ideen Länder ihr Wachstum verbessern wollen – und was Deutschland inspirieren könnte.

gesamt Investitionen in Höhe von 160 Billionen Won (117 Milliarden Euro) in Aussicht, acht Prozent von Südkoreas Bruttoinlandsprodukt. Allein bis 2025 sollen 900.000 Jobs geschaffen werden. Und der Präsident läutete damit eine industriepolitische Wende ein.

Der New Deal stelle nach Jahren kurzfristiger Konjunkturprogramme „den Wechsel in eine positive politische Richtung hin zu langfristigen Investitionsprojekten dar“, sagt Kathleen Oh, Korea-Volkswirtin der Bank of America. Und Randall Jones, der Chef des Japan/Korea Desks bei der OECD, sieht im New Deal des Landes „ein starkes Fundament für die Nach-Covid-19-Welt“.

Das Besondere ist, dass die Regierung nicht allein auf die Macht des Staats vertraut. „Die koreanische Version des New Deals zeichnet sich dadurch aus, dass sie von der Regierung geführt wird, aber private Investitionen fördert“, erklärt das Korea Institute of Economic Research in einer Analyse. Die Großkonzerne stehen national in der Pflicht, mit Investitionen in Fabriken und Start-ups zu helfen.

Die deutsche Wirtschaft, die schon jetzt mehr nach Südkorea als ins größere Japan exportiert, hofft, von der Strategie profitieren zu können. „Da könnten sich Chancen für Kooperationen bieten“, meint Martin Henkelmann, der Chef der deutschen Auslandschandelskammer in Korea. Deutschland und Korea hätten starke Industriebereiche, die teilweise konkurrierten, sich aber auch oft ergänzten. „Es ist faszinierend wie die Koreanerinnen und Koreaner die Zukunft willkommen heißen und neue Technologien annehmen.“

Die enge Kooperation zwischen Staat und den Familienkonglomeraten des Landes hat schon Südkoreas Auf-



Vertreter von Samsung und Hyundai, Präsident Moon Jae In: Rund 30 Milliarden Euro will Südkorea in die heimische Batterieindustrie investieren.



LG Chem Batterien: Kampf mit asiatischen Rivalen um die Weltmarktführung.

stieg von einem armen Bauernstaat zu einer Industrienation innerhalb einer Generation ermöglicht. „Dabei haben systematische Investitionen in Forschung und Entwicklung das Land von einem Nachzügler in einen Innovationsführer verwandelt“, sagt Anders Karlsson, Ostasien-Experte beim globalen Forschungsanalytiker Elsevier.

Laut einer Elsevier-Studie machten die Forschungs- und Entwicklungsausgaben von Staat und Konzernen zwischen 2015 und 2019 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Ein hoher Wert, übertroffen nur vom kleinen Israel. In Japan und Deutschland lag der Wert bei knapp über drei Prozent.

Südkorea hat schon jetzt Batterie- und Displayhersteller von Weltrang. Die Chiphersteller Samsung Electronic und SK Hynix dominieren den Weltmarkt für Speicherchips, Samsung ist

zudem Weltmarktführer bei Smartphones. Autobauer Hyundai ist einer der Technologieführer bei Brennstoffzellautos. Zudem ist Südkorea Pionier bei den superschnellen 5G-Netzwerken und hat schon die ersten Schritte zu 6G-Netzen getestet.

Das Land hat auch eine sehr aktive heimische Internetwirtschaft. Naver dominiert statt Google die Internet- und Kartensuche. Der Chat-App-Riese Kakao hält die globalen Riesen fern, während Amazon wegen großer heimischer Lieferivalen wie Coupang den Markt meidet. Auch die Start-up-Szene boomt. Doch will Korea mehr. In der Vergangenheit flossen die Gelder oft in angewandte Forschung, berichtet Karlsson. „Aber das Land verschiebt die Investitionen immer mehr zur Grundlagenforschung, die die Saat für neue Technologien darstellt.“ Und der

## Südkorea will Halbleiterschmiede der Welt werden

Die größten Halbleiterproduzenten weltweit nach Marktanteil 2020 in Prozent

1.	Intel	USA	15,6 %
2.	Samsung	Südkorea	12,4 %
3.	SK Hynix	Südkorea	5,5 %
4.	Micron	USA	4,7 %
5.	Qualcomm	USA	3,8 %
6.	Broadcom	USA	3,4 %
7.	Texas Instrum.	USA	2,9 %
8.	Mediatek	Taiwan	2,4 %
9.	Kioxia	Japan	2,3 %
10.	Nvidia	USA	2,2 %

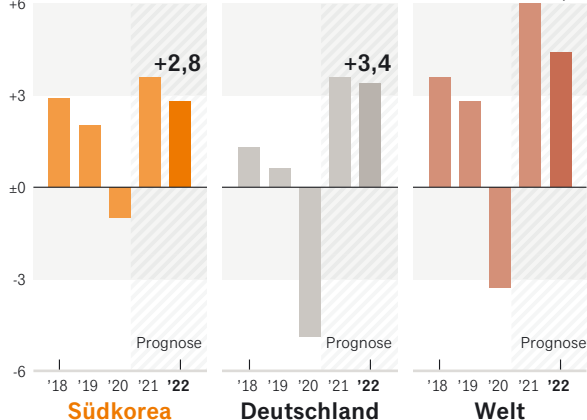
Südkoreas Weltmarktanteil 2020: 18,4%

Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 2019 in Prozent

1.	Israel	4,9 %
2.	Südkorea	4,6 %
3.	Taiwan	3,5 %
4.	Japan	3,2 %
5.	Deutschland	3,2 %
6.	USA	3,1 %
7.	OECD	2,5 %
8.	China	2,2 %
9.	Frankreich	2,2 %
10.	EU-27*	2,1 %

Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



\*2020 • Quellen: Gartner, OECD, Statistikbehörde Südkorea, NIPA, Korea Semiconductor Industry Association, IWF

Corona-Wiederaufbaufonds

# Polen und Ungarn warten auf ihr Geld

Die EU-Kommission konnte sich noch nicht dazu durchringen, Corona-Hilfen an die beiden Länder auszuzahlen.

In den vergangenen Monaten reiste EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kreuz und quer durch die Hauptstädte der EU-Länder und verteilte Geld aus dem Wiederaufbaufonds. Die Botschaft war eindeutig: Jetzt wird angepackt, aufgebaut, transformiert. Die insgesamt 800 Milliarden Euro sollen dem Einbruch der Wirtschaft durch Corona entgegenwirken und den Kontinent gleichzeitig digitaler und klimafreundlicher machen. Einige der Übergabetermine stehen aber noch aus. Und mindestens zwei davon werden für Ursula von der Leyen unangenehm: Polen und Ungarn warten weiter auf ihr Geld.

Beide Staaten liefern sich ein Kräftemessen mit Brüssel. Polen baut seine Justiz so um, dass die Regierung freie Hand hat und stellt den Europäischen Gerichtshof infrage. Die ungarische Regierung arbeitet seit Jahren daran, Forschung und Medien auf ihre Linie zu bringen. Dicke Schecks nach Warschau und Budapest zu bringen wird für von der Leyen zum Balanceakt. Denn sie müsste längst Verfahren gegen diese Staaten eingeleitet haben. Seit dem 1. Januar hat die EU das Recht, ihren Mitgliedstaaten Gelder zu kürzen, wenn diese gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Betroffen wären auch die Mittel des Wiederaufbaufonds.

Das EU-Parlament zieht nun sogar vor Gericht, um die Kommission zu zwingen, gegen Polen und Ungarn vorzugehen. Diese wiederum wartet nur, weil der Europäische Gerichtshof das neue Gesetz noch prüft. Die Entscheidung könnte im Herbst fallen. Beide Ereignisse rücken darum nahe aneinander: Die Bewilligung des Geldes aus dem Wiederaufbaufonds und die Drohung, EU-Zahlungen generell auszusetzen.

## Riskanter Entzug der Fördergelder

„Wie wird das aussehen, wenn Ursula von der Leyen Geld an Polen und Ungarn überbringt und kurz später ein Verfahren einleitet, das zum Ziel hat, EU-Gelder für Polen und Ungarn zu sperren?“, sagt Monika Hohlmeier (CSU), die Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Europaparlament. Aber so könnte es kommen. Polen und Ungarn kein Geld aus dem Wiederaufbaufonds zu geben wäre riskant. Denn beide Länder sind auf das Geld angewiesen bei der



Ursula von der Leyen: Die EU kann ihren Mitgliedstaaten Gelder kürzen.

teuren Umstellung auf eine klimafreundliche Wirtschaft. Polen bezieht seinen Strom vor allem aus Kohlekraft. In Ungarn sind die Automobilzulieferer wichtig, die sich auf Bauteile für Elektroautos umstellen müssen.

„Die Regierungen in Ungarn und Polen werden Druck bekommen, das Geld abzuholen“, sagt der CSU-Abgeordnete Markus Ferber. „Alle Länder haften ja für die anderen mit. Darum lässt es sich kaum rechtfertigen, nicht auch von dem Geld zu profitieren.“

Die Summen sind gewaltig: Ungarn hat 7,2 Milliarden Euro an Zuwendungen beantragt. Das wären fünf Prozent des jährlichen BIP. Verteilt auf einen Auszahlungszeitraum von sechs Jahren würde das Land 0,8 Prozentpunkte Wachstum geschenkt bekommen. In Polen ist der Effekt sogar noch größer.

Das Land will 36 Milliarden Euro haben, davon 12,1 Milliarden als Kredit. Kommt das Geld, macht es jährlich 1,2 Prozent des BIP aus. „Die direkte ökonomische Auswirkung wäre enorm“, sagt der Ökonom Zsolt Darvas von der Denkfabrik Bruegel. „Die indirekten Folgen wären aber noch stärker: Die Märkte könnten reagieren und die Zinsen für Staatsanleihen steigen lassen.“ Dann, so Darvas, könnte der Streit mit Ungarn eskalieren, Polen könnte sogar anstreben, die EU zu verlassen.

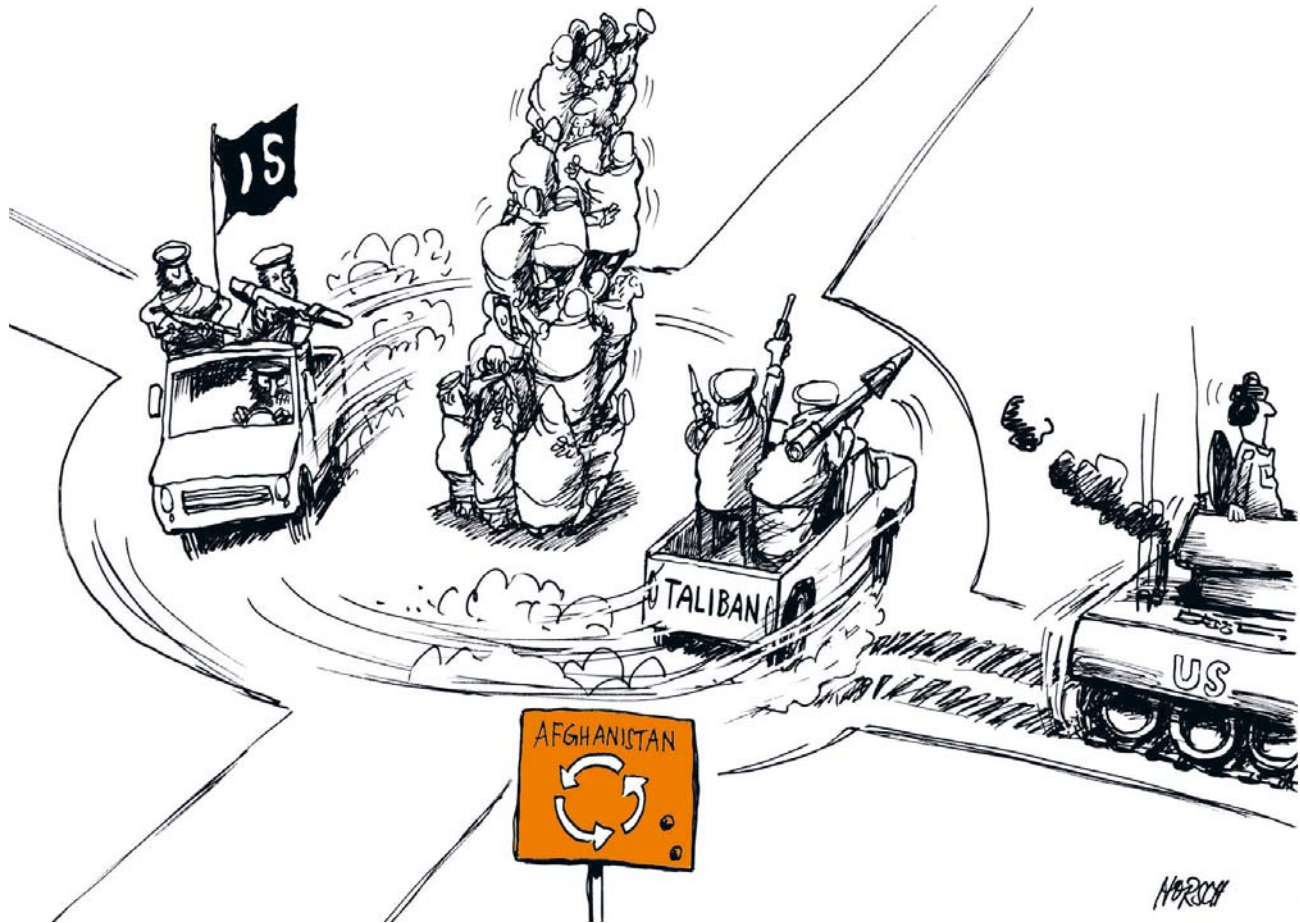
## Länder müssen Investitionspläne vorlegen

Daran will man in der EU-Kommission nicht schuld sein. Es muss also Geld geben für Polen und Ungarn. Jedes Land sollte einen Plan vorlegen, wie es investieren will. Gerade Polen und Ungarn sind damit spät dran. „Bisher gibt es nur Ideenskizzen“, sagt Ferber. In der Kommission heißt es offiziell, man arbeite eng mit den Regierungen zusammen, um „mögliche offene Fragen zu klären und zusätzliche Informationen zu bekommen“. Worum es dabei genau geht, will man nicht sagen.

Der Grünen-Abgeordnete Daniel Freund sagt: „Wenn Ungarn Geld aus dem Wiederaufbaufonds kriegen soll, müssen damit sehr konkrete Zusagen verknüpft sein, die das Land wieder an Europa heranführen.“ Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte Ungarn seiner Meinung nach gar keine Mittel aus Brüssel bekommen, auch nicht für Landwirtschaft und Strukturförderung. „Die Korruptionsrate in Ungarn ist zehn Mal so hoch wie im Rest der EU“, sagt er. „Es gibt nachgewiesene Betrugsfälle, an denen Orbáns Vater beteiligt war, sein Schwiegersohn, sein Schulfreund.“

Konservative und Liberale sehen im Wiederaufbaufonds ein einmaliges Projekt, das nicht als Vorbild für eine weitere gemeinsame Verschuldung herhalten soll. Der Grund dafür sind nicht die Probleme mit Ungarn und Polen, eher geht es um die grundsätzliche Überzeugung, dass die EU die falsche Ebene ist, um Schulden aufzunehmen.

Grüne und Sozialdemokraten sehen das anders. „Wir wollen in 30 Jahren klimaneutral sein“, sagt Freund. „Dafür brauchen wir Investitionen. Darum ist eine gemeinsame Verschuldung auch weiter sinnvoll.“ Christoph Herwartz



Afghanistan

## Der Terror hat wieder eine Basis

Vor 20 Jahren begann der Feldzug gegen den Terrorismus. Nun endet er in einer schmachvollen Niederlage.

Der 20-jährige Einsatz des Westens in Afghanistan endet, wie er begonnen hat: mit Terror und Vergeltung. Nachdem US-Präsident Joe Biden Rache für das Bombenattentat am Flughafen Kabul geschworen hatte, soll eine US-Drohne einen Drahtzieher des Anschlags getötet haben. Es war einer der blutigsten Tage der USA in Afghanistan. 13 US-Soldaten und 170 Zivilisten sind tot.

Aber nicht nur Biden steht unter Druck. Der Anschlag hat den Schleier weggerissen, mit dem auch die Europäer versucht haben, ihr Scheitern in Afghanistan zu bemänteln. Selbst sein Minimalziel hat der Westen nicht erreicht: zu verhindern, dass am Hindukusch erneut ein Rückzugsgebiet für Terroristen entsteht. Im Herbst 2001 zog Amerika aus, um den Terror zu besiegen. Das Ergebnis ist eine schmachvolle Niederlage, die weit über die Region hinausstrahlen wird. Die erfolgreiche Vertreibung der Weltmacht und ihrer Bündnispartner bestärkt Fundamentalisten in aller Welt in ihrem Glauben, das unaufhaltsame Werk Gottes zu verrichten. Im Nahen Osten, in Afrika, in Südostasien feiern Islamisten den Triumph der Taliban daher wie ihren eigenen.

In Afghanistan sind die Aussichten für die neue Generation von Extremisten besonders günstig. Selbst wenn die Taliban dem Terrorismus abschwören – es wird ihnen kaum gelingen, das Land zu kontrollieren. Andere Gruppen stehen bereit, die Marktlücke für terroristische Wahnvorstellungen zu füllen. Der Dschihadismus wird in Afghanistan eine Basis finden, von der aus neue Anschläge geplant werden können.



Das Modell Jemen und Somalia soll künftig auch in Afghanistan zur Anwendung kommen – Krieg per Fernsteuerung.

Moritz Koch

Trotzig behauptet Biden, Amerika habe sein Kriegsziel erreicht: Al-Qaida sei zerschlagen. Der verzweifelte Versuch, den fluchtartigen Abzug in einen militärischen Erfolg umzuwandeln, ist jedoch nur Ausdruck der Ratlosigkeit. Es spielt keine Rolle, unter wessen Banner sich Terroristen sammeln, entscheidend sind ihre ideologischen Ziele, ihre Mordlust und die Möglichkeiten, um sie auszuleben.

Die Terrorsekte Islamischer Staat (IS) hat das Erbe von al-Qaida angetreten, sie ist noch radikaler, noch gewalttätiger als die Bande, die einst Osama bin Laden um sich scharte. Nach der Zerschlagung ihres Kalifats in den Staatsruinen Syriens und des Iraks lag der IS am Boden, er verlor seine Anziehungskraft auf Rekruten. Nun kann er zu neuer Stärke finden und dürfte auch im Westen wieder Kämpfer inspirieren. Ja, die Taliban und der IS sind verfeindet. Doch darauf zu vertrauen, dass die Taliban dem Westen die Terrorbekämpfung abnehmen, wäre fürchterlich naiv. Zumindest das hat Biden erkannt. Er setzt auf Drohnen, Marschflugkörper und Spezialkräfte, um die Terrorgefahr in Schach zu halten.

Das Modell Jemen und Somalia soll künftig auch in Afghanistan zur Anwendung kommen – Krieg per Fernsteuerung. Vielleicht wird diese Strategie zusammen mit den verbesserten Sicherheitsmaßnahmen in den USA und in Europa ausreichen, ein zweites 9/11 zu verhindern. Doch Biden geht ein hohes Risiko ein, um sein Wahlkampfversprechen, die Truppen heimzuholen, zu erfüllen. In jedem Fall, und das ist der Kern der Tragödie in Afghanistan, ist der neue Zustand nicht besser, sondern um ein Vielfaches schlechter als der Status quo ante – die Lage vor Anordnung des Abzugs der US-Truppen. Den USA

war es in den vergangenen Jahren gelungen, die Hauptlast des Kampfs gegen die Taliban auf afghanische Regierungstruppen abzuwälzen und sich weitgehend auf eine Unterstützungsrolle zurückzuziehen.

Daher ist es irreführend, wenn Biden, wie am Donnerstag erneut, von einem 20-jährigen Krieg spricht. Die Intensität der Intervention war zuletzt erheblich gesunken, nicht mehr vergleichbar mit früheren Phasen des Militäreinsatzes. Und doch ermöglichte die amerikanische Minimalpräsenz, zumindest in den urbanen Zentren des Landes, relative Stabilität. Frauen konnten studieren und arbeiten, Mädchen zur Schule gehen. Erst als klar wurde, dass die Amerikaner mit ihrer Ankündigung Ernst machen würden, ihre gesamten Truppen abziehen, kollabierte die Kampfmoral der afghanischen Armee.

Das Ende der strategischen Geduld in Washington hat Folgen für Europa, deren Dimensionen sich erst erahnen lassen. Für Amerika ist Afghanistan weit weg, für Europa nicht. Schon jetzt beginnt die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen, und der eigentliche Migrationsstrom wird erst noch kommen.

Die EU ist darauf ebenso wenig vorbereitet wie auf die wachsende Terrorgefahr. Dabei ist die Erkenntnis, dass sich Europa nicht mehr blind auf Amerika verlassen kann, schon lange nicht mehr strittig. Doch geschehen ist so gut wie nichts. Europa scheitert an sich selbst, und das wiegt noch schwerer als das Scheitern in Afghanistan.

Der Autor ist Büroleiter in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: koch@handelsblatt.com

Lkw-Staus auf den Autobahnen

## Bürger zahlt für Effizienz

Der Steuerzahler trägt die Kosten des Just-in-time-Mantras.



Die Große Koalition hat es versäumt, für einen fairen Kostenausgleich zu sorgen.

Christoph Schlautmann

Die geniale Idee kam aus Japan, genauer gesagt von Toyota, und zwar mitten in der Ölkrise 1973: keine teuren Lagerstätten, keine Zulieferteile in den Werksregalen, keine überschüssigen Bestellmengen, die später niemand mehr gebrauchen kann. Damit die eilige Fracht direkt ans Produktionsband wandert, hat der Lieferanten-Lkw exakt zum gewünschten Zeitpunkt an der Laderampe anzudocken. Lagerhallen? Bestenfalls noch ein Ort für Galerien oder Diskotheken.

Den weltgrößten Autobauer machte „just in time“ derart erfolgreich, dass der Westen das Konzept mit Freude kopierte. Eisenbahn- und Binnenschifftransporte wurden abbestellt, weil sie sich für zeitgenaue Lieferungen kaum eignen. Seither rühmen sich auch deutsche Konzerne, mit welchem Schwung sie ihre Kapitalbindung in den vergangenen Jahren reduzierten. Ein mit viel Geld aufgebautes Warenlager, vermutlich noch finanziert durch eine geringe Bank, bedeutet seither für jeden Finanzchef den sicheren Karriereknick.

Das alles könnte eine wunderbare Erfindung sein, müsste nicht die Allgemeinheit dafür zahlen. Weil Deutschland seine Firmenlager faktisch auf die Autobahn verlegte, regiert auf bundesdeutschen Fernstraßen nun der Stillstand. Endlose Lkw-Schlangen verstopfen seit dem Ende des Corona-Lockdowns wieder täglich in Zweierreihen die Hauptverbindun-

gen zwischen Deutschlands Industriezentren.

Gerechnet in verlorener Arbeitszeit verursachen die Staus nach Einschätzung von Wissenschaftlern jährlich mindestens 60 bis 100 Milliarden Euro Zusatzkosten. Der wirkliche Schaden ist noch viel höher. Die jährlich fast 3,8 Milliarden Tonnen an Lkw-Gütern haben das deutsche Autobahn- und Brückennetz derart ruiniert, dass endlose Baustellen zu Umwegen zwingen, deren Zusatzverkehr die Schäden noch vergrößert. Die Autobahnparkplätze, in Wahrheit längst ein öffentlich finanzierter Ersatz für die eingesparten Lagerhallen, quellen über, der ungeheure Schadstoffausstoß schädigt die Umwelt. Doch die Firmeneinnahmen aus dem Gütertransport wandern nach Osteuropa, von wo aus Billiganbieter den deutschen Brummifahrern per Dumping das Geschäft verhaseln.

Damit hat die Große Koalition nicht nur bei der Verkehrswende versagt, indem sie zuließ, dass der Lkw-Anteil am Transportaufkommen auf einen Rekordwert von über 85 Prozent kletterte. Sie hat es auch verschlafen, durch eine höhere Maut, wirksame Anti-Dumping-Regeln oder eine angemessene Schadstoffabgabe für einen fairen Kostenausgleich zu sorgen.

Der Autor ist Redakteur. Sie erreichen ihn unter: schlaumann@handelsblatt.com

Koalitionsoptionen nach der Bundestagswahl

## Das Duell, das keines ist

Als Wahlsieger ist man in Deutschland noch lange nicht Kanzler.



Entscheidend ist, wer die realistischere Aussicht auf ausreichend starke Bündnispartner besitzt.

Christian Rickens

Scholz vor Laschet? Oder doch Laschet vor Scholz? Auf diese Frage konzentrieren sich im Moment die Debatten rund um die Bundestagswahl. Derzeit sehen die meisten Umfragen die beiden Parteien und ihre Spitzenkandidaten Kopf an Kopf, einige gar einen leichten Vorsprung für Olaf Scholz und die SPD.

Wer am 26. September die Nase vorn hat, wird sich zwar als Wahlsieger feiern lassen. Doch ob er auch ins Kanzleramt einzieht, hängt weniger von seinem Stimmenanteil als von seinen Koalitionsoptionen ab.

In Deutschland gibt es anders als in manchen anderen Staaten keinen formalen Auftrag zur Regierungsbildung für den Kandidaten der stärksten Partei. Alle Parteien können nach der Wahl zeitgleich miteinander über mögliche Koalitionen sprechen. Erst wenn es wahrscheinlich erscheint, dass ein Kandidat eine absolute Mehrheit der Abgeordneten hinter sich versammeln kann, schlägt ihn der Bundespräsident dem Bundestag für die Wahl zum Bundeskanzler vor.

Entscheidend ist also, wer die realistischere Aussicht auf ausreichend starke Bündnispartner besitzt. Da hat nach derzeitigem Stand der Umfragen Unionskandidat Armin Laschet einen klaren Vorteil: Eine Jamaika-Koalition mit Grünen und FDP hat eine sichere absolute

Mehrheit, und keiner der potenziellen Partner hat diese Variante bislang ausgeschlossen. Vor allem FDP-Chef Christian Lindner wäre eine solche Koalition deutlich lieber als eine „Ampel“ mit SPD und Grünen, die ebenfalls eine absolute Mehrheit hätte.

Wenden könnte sich das Blatt aber durch eine absolute Mehrheit für Rot-Rot-Grün, die inzwischen laut einigen Umfragen knapp möglich erscheint. Dann hätte Scholz eine zweite Koalitionsoption und könnte Lindner unter Druck setzen: Entweder der FDP-Chef überwindet seine Abneigung gegen die Ampel und regiert gemeinsam mit SPD und Grünen. Oder Scholz lässt sich von Linkspartei und Grünen zum Kanzler wählen, und die FDP landet wieder in der Opposition – was die Liberalen um jeden Preis vermeiden möchten.

Wohlgemerkt: All diese Bündnisüberlegungen haben wenig damit zu tun, ob Laschet oder Scholz am Wahlabend vorn liegt. Kanzlerrelevant wird dies nur bei einer Neuaufgabe der Großen Koalition, dann wahrscheinlich mit der FDP oder den Grünen als zusätzlichem Koalitionspartner. Lediglich in dieser Konstellation könnte der Spitzenkandidat der stärksten Partei auch tatsächlich das Primat für die Kanzlerschaft beanspruchen.

Der Autor ist Textchef. Sie erreichen ihn unter: rickens@handelsblatt.com

Außenansichten

SonntagsZeitung

Die Schweizer „Sonntagszeitung“ kommentiert die politische Lage nach dem Abzug in Afghanistan:

„Für das Versagen der USA in Afghanistan ist der grauenhafte Selbstmordanschlag vom Donnerstag ein Fanal. Er tötete nicht nur 13 US-Soldaten und etwa 200 Afghaninnen und Afghanen. Im Feuerball vor dem Abbey-Tor explodierte auch die Illusion, die Supermacht sei noch in der Lage, auf der Welt nach dem Rechten zu sehen. Die USA mögen nicht mehr. (...) Kein US-Präsident ist mehr in der Lage, eine außenpolitische Strategie zu entwerfen, die über den nächsten Wahltermin hinausdenkt. Aus demselben Grund ist die teure US-Sicherheitspolitik längerfristig nicht mehr zu finanzieren. Zum Beispiel will die Biden-Regierung Billionen Dollar für Soziales und den Klimaschutz ausgeben, die unweigerlich Kürzungen im Verteidigungsbudget nach sich ziehen werden. Die jammervolle Niederlage von Kabul spiegelt daher mehr wider als bloß ein Zurückpendeln zum Isolationismus.“



THE SUNDAY TIMES

Auch die britische „Sunday Times“ beschäftigt sich mit den Folgen des Bombenanschlags in Kabul:

„Der Bombenanschlag am Flughafen in Kabul war ein feiger Angriff auf muslimische Mitbürger, die einen sicheren Ort suchten. Viele von ihnen Frauen und Kinder, die neben einem offenen Abwasserkanal in den Tod gingen. Auch amerikanische Soldaten verloren ihr Leben, weil sie versuchten, einen chaotischen Rückzug zu überwachen. Keine noch so erfolgreichen US-Drohnenangriffe auf die Isis-K-Terroristen, die für diese Gräueltat verantwortlich sind, können dieses Grauen wettmachen. In der vergangenen Woche war auch zu erleben, wie US-Präsident Joe Biden in einer peinlichen Ansprache an die Nation darauf beharrte, dass seine Strategie richtig sei. Sein größter Vorteil bei den Präsidentschaftswahlen im November letzten Jahres war, dass er nicht Donald Trump war. Es sieht ganz danach aus, dass dies sein einziger Vorteil war, dem viele Nachteile gegenüberstehen.“

la Repubblica

Zur Aufholjagd des SPD-Kandidaten Olaf Scholz vor der Bundestagswahl schreibt die italienische Zeitung „La Repubblica“

„Er solle nicht so „schlumpfig“ grinsen, hatte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder damals gesagt. (...) Es war März, und Olaf Scholz von den Sozialdemokraten sah aus wie ein chancenloser Kandidat für das Kanzleramt in Berlin. (...) Wenig später kam ein tragischer Hochwassersommer in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Für den SPD-Mann Scholz begann sich die Kluft in den Meinungsumfragen zu seinem Rivalen Armin Laschet von den Christdemokraten zu schließen. Dazu beigetragen hat, dass der nordrhein-westfälische Ministerpräsident gefilmt wurde, wie er am Ort der Hochwassertragödie feixte. Das wachsende Gefühl in der Bevölkerung, dass der Erbe der nach 16 Jahren an der Macht abtretenden Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht das nötige Gewicht hat, um Kanzler zu werden, ist für viele Deutsche inzwischen zur Gewissheit geworden. Und Scholz von der SPD begann zu punkten. Ohne etwas zu tun. Nur weil es ihn gibt.“

Kevin Knitterscheidt, Martin Murphy  
Düsseldorf, Berlin

Für die Abspaltung der Stahlsparte hat sich das Management von Thyssen-Krupp einen Namen einfallen lassen, der polarisiert: „Freedom“ heißt das Projekt, mit dem der Stahlhersteller mit 26.000 Mitarbeitern aus der Krupp-Welt gefegt werden soll. In den Reihen von Thyssen-Krupp Steel sorgt die Wahl des Namens für großen Unmut. Nach über 200 Jahren im Verbund wolle der Mutterkonzern das alte Kerngeschäft einfach loswerden, klagen Führungskräfte. Die avisierte Freiheit klingt für die Manager wie ein Aussetzen in der Wildnis. Der Konzern selbst will sich von vermeintlichem Ballast befreien. Vorstandschefin Martina Merz will aus dem Stahl raus, um den Rest von Thyssen-Krupp wirtschaftlich zu stabilisieren. Aber die Umsetzung des „Freedom“-Plans wird nach Informationen des Handelsblatts immer schwieriger. Denn die Stahlsparte mit der Kernhütte in Duisburg ist wirtschaftlich in einer derart schlechten Verfassung, dass an einen Börsengang derzeit kaum zu denken ist. Ein Verkauf gilt nach mehreren gescheiterten Anläufen ohnehin als aussichtslos, im Moment zumindest. Die bittere Konsequenz: Thyssen-Krupp müsse den Geschäftsbereich erst rundemauern und zugleich eine neue Strategie entwickeln, berichten Führungskräfte. Merz droht damit dasselbe Schicksal wie ihren Vorgängern. Seit der Fusion von Thyssen und Krupp vor 22 Jahren wollten die wechselnden Chefs die Sparte wahlweise an die Börse bringen, verkaufen oder mit einem Wettbewerber verschmelzen. Alle Versuche sind aber gescheitert – am Marktumfeld oder schlicht am Willen. Wie es um die Sparte steht, bekamen die Führungskräfte vor wenigen Tagen auf einer Managertagung vor Augen gehalten. Auf einer Folie wurde das operative Ergebnis mit dem der Konkurrenz verglichen. Bis zu sieben Mal mehr pro Tonne Stahl verdienen die Wettbewerber Voestalpine, SSAB und Arcelor-Mittal als der Ruhrkonzern.

**Thyssen-Krupp muss CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern**

Selbst die einst belächelten Konkurrenten Salzgitter und Tata Steel schneiden erheblich besser ab als Thyssen-Krupp. Daran zeige sich der „besondere Handlungsdruck“, erklärte das Management auf der Tagung. Problematisch ist weniger der Vergleich für das letzte Quartal; erschreckender ist die Bilanz der vergangenen Jahre. Seit dem Jahr 2016 liegt Thyssen-Krupp Steel auf den hinteren Plätzen und fällt kontinuierlich immer mehr zurück. Schon längst kann sich das Management am Stahlsitz Duisburg und in der Konzernzentrale in Essen nicht mehr herausreden, der Markt wäre an den schwachen Ergebnissen schuld.

Die Schuld müssen die Vorstände – auch die längst ausgeschiedenen – bei sich selbst suchen. Über die Jahre hat Thyssen-Krupp zu wenig in die Anlagen investiert, sodass die Qualität des Stahls litt. Wenn investiert wurde, dann flossen die Millionen in falsche oder schlecht gemanagte Projekte. So verteuerte sich der Bau einer Anlage in Dortmund dem Vernehmen nach um mehr als 100 Millionen Euro und für ein neues Gewerk in Duisburg fehlen die Kunden. Dass das Management auch noch Lieferverträge mit Kunden schloss, die keine auskömmlichen Gewinne ermöglichen, macht viele in Duisburg und Essen fassungslos. „Das Vertrauen ist dahin“, fasste eine Führungskraft aus der zweiten Reihe die Stimmung auf der Hütte zusammen. Während die Konkurrenz derzeit kräftig von der anziehenden Stahlkonjunktur profitiert, kommt bei Thyssen-Krupp vom Boom nicht viel an. Zwar konnte Thyssen-Krupp zuletzt einige wichtige Kennzahlen verbessern. Doch beim für den Kapitalmarkt wichtigen Cashflow fällt der Bereich ab. Im bisherigen Geschäftsjahr sind knapp 400 Millionen Euro an Kapital abgeflossen. Finanzchef Klaus Keysberg versprach bei der Vorlage der Quartalszahlen kürzlich Besserung: „Der positive Ergebniseffekt kommt. Wir werden ihn bei uns nur später sehen als beim Wettbewerb.“



Stahlproduktion bei Thyssen-Krupp: Mit den Verkaufsplänen geht es nur schleppend voran.

Stahlbranche

# Thyssen-Krupps Mission Impossible

Der Ruhrkonzern fällt gegenüber der Konkurrenz immer weiter zurück. Für einen Börsengang oder Verkauf des wirtschaftlich schwer angeschlagenen Stahlgeschäfts heißt das nichts Gutes.



Rivian-Pläne

## Tesla-Rivale geht an die Börse

Der nächste E-Autohersteller aus den USA soll ungefähr so wertvoll sein wie der Daimler-Konzern.

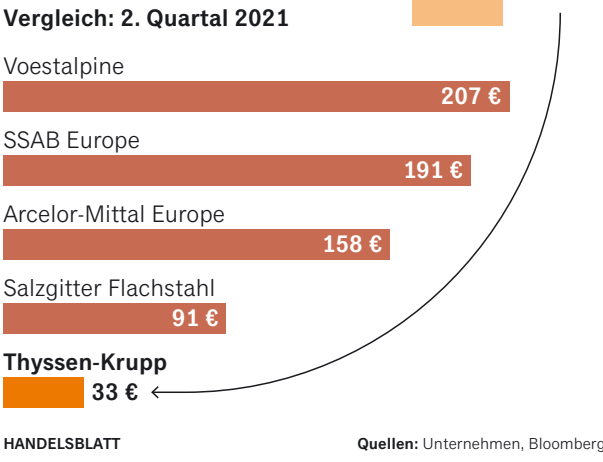
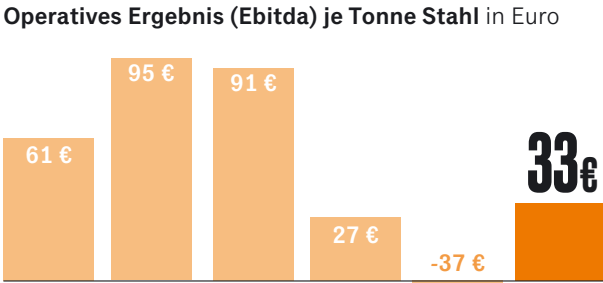
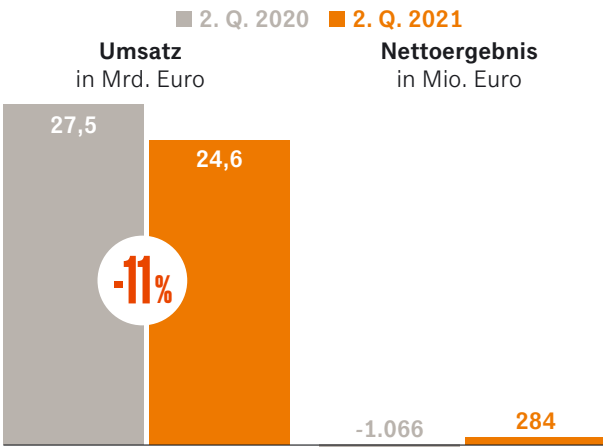
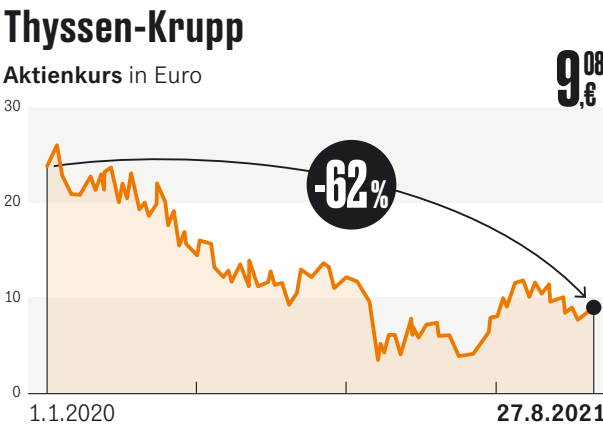
Der E-Auto-Hersteller Rivian hat Ende vergangener Woche in New York bei der Börsenaufsicht SEC seine Unterlagen für einen Börsengang eingereicht. Das junge Unternehmen hat mit Amazon und Ford bereits prominente und potente Geldgeber. Bei dem Börsengang soll es laut Bloomberg mit rund 80 Milliarden Dollar bewertet werden. Das entspricht ungefähr dem Börsenwert von Daimler. Stimmt die Börsenaufsicht dem eingereichten Prospekt („S-1“) zu, dann wäre es einer der größten IPOs im Jahr 2021. Wunschtermin sei um den 25. November herum, also nahe dem wichtigen US-Feiertag Thanksgiving. Das sagte eine nicht

80

Milliarden US-Dollar, soll voraussichtlich die Marktkapitalisierung betragen, wenn der neue E-Autohersteller Rivian im Herbst in den USA an die Börse geht.

Quelle: Bloomberg

näher identifizierte Quelle zu Bloomberg. Rivian bestätigte in einer Stellungnahme lediglich den geplanten IPO, Größe und Preis einer möglichen Aktienemission seien noch nicht festgelegt. Rivian aus dem kalifornischen Irvine hat zwei Modelle in Planung. Der R1T ist ein sogenannter Pick-up-Truck und der R1S ein SUV. Das sind derzeit die mit Abstand bestverkauften Fahrzeugtypen in den USA. Der Produktionsstart für den R1T ist in wenigen Wochen geplant. Der Truck mit einer Reichweite von rund 400 Meilen (640 km) wäre damit aus dem Stand ein ernst zu nehmender Konkurrent für Teslas angekündigten Cybertruck, der noch nicht auf dem Markt ist. Allerdings hat auch Rivian Startschwierigkeiten, nicht zuletzt wegen der Pandemie, die weltweit die Autobranche unter Druck setzt und Lieferketten unterbricht. Der Produktionsstart hat sich bei Rivian schon mehrfach verzögert. Die Einführung des SUV-Modells wurde erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben Tausende Vorbestellungen in den Büchern. Vorzeigekunde ist dabei Großinvestor Amazon, der 100.000 E-Lieferfahrzeuge bei Rivian kaufen will. Angeblich will Rivian auch in Deutschland Fahrzeuge produzieren. Für Privatinvestoren dürfte die Aktie trotz der starken Unterstützer und namhafter institutioneller Geldgeber, zu denen Branchengrößen wie T. Rowe Price, Blackrock, Soros Fund Management, Fidelity, Coatue und Third Point gehören, kein Selbstläufer werden: zum einen wegen der bekannten aktuellen Lieferprobleme der Branche, zum anderen wegen der starken Konkurrenz. GM, Ford und Tesla sind nur die bekanntesten Spieler, die in den Markt für E-Trucks drängen. Jeder Anleger hofft, in „den nächsten Tesla“ zu investieren, aber bisher sind die Ergebnisse gemischt. Der Markt für E-Auto-IPOs hat schon einige prominente Flops gesehen. Das Start-up Nikola wird von der Börsenaufsicht wegen möglicher Betrügereien untersucht, die Aktie ist stark eingebrochen. Das als Tesla-Killer hochgelobte Lucid Motors liegt noch über dem Ausgabekurs, aber weit unter Höchstkursen. Axel Postnnett



Die wirtschaftliche Lage der Stahlsparte muss die Mannschaft um Merz und Keysberg verbessern. Die Neuaufstellung ist zwingend nötig, um einen Weg in eine eigenständige Zukunft zu finden. Die Kunden vor allem aus der Autoindustrie verlangen Stahl, der ohne den Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) produziert wird. In einem Brief an die Belegschaft macht der Stahlvorstand um Spartenchef Bernhard Osburg deutlich, dass die Umstellung auf grünen Stahl elementar für den Fortbestand ist. „Bei keinem anderen Thema drängt die Zeit mehr als hier“, heißt es in dem Schreiben, das die Mitarbeiter zum Feriende in Nordrhein-Westfalen zugestellt bekamen. Die Stahlhersteller gehören neben den Betreibern von Kohlekraftwerken zu den größten Emittenten von CO<sub>2</sub> in Europa. 20 Millionen Tonnen sind es alleine am Standort in Duisburg jedes Jahr. Mit den Verschärfungen der Umweltgesetze wird der Betrieb von Hochöfen de facto unmöglich, wenn nicht verstärkt Wasserstoff in den Produktionskreislauf eingespeist wird. Thyssen-Krupp hat wie andere Produzenten Programme aufgelegt, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Die Umstellung will der Konzern bis zum Jahr 2050 abschließen. Aus Sicht von Investoren und Kunden ist dieses Ziel viel zu weit in der Zukunft. „Wir brauchen jetzt grünen Stahl“, sagte der Chef eines großen deutschen Autoherstellers, der ungenannt bleiben wollte. Wer den nicht liefern könne, der sei halt raus. In der Tat hat etwa Daimler bereits damit angefangen, einen Wechsel der Lieferanten einzuleiten. So beteiligten sich die Schwaben an dem schwedischen Start-up H2 Green Steel, das in einem neuen Werk CO<sub>2</sub>-freien Stahl produzieren will. Andere folgen diesem Weg. Mit seinem Ziel 2050 hängt Thyssen-Krupp weit hinter der Konkurrenz zurück. Die schwedische SSAB oder auch Europas Schwergewicht Arcelor-Mittal haben erheblich ambitionierte Ziele, wollen sie doch schon in diesem Jahrzehnt erheblichen Mengen liefern können. Im Kapitalmarkt kommt der Rückstand bei Thyssen-Krupp nicht gut an. Ohne eine mit Zahlen unterfütterte Strategie für eine Umstellung auf CO<sub>2</sub>-freien Stahl werde ein Börsengang schwer umzusetzen sein, sagte ein Vertreter aus der Bankenwelt. Immer mehr Fonds schließen Investments in Unternehmen aus, die den Kampf gegen den Klimawandel nicht ernsthaft betreiben. Der Führungsmannschaft von Thyssen-Krupp ist dieser Wandel bewusst: So rückte nicht nur der Stahlvorstand das Thema grüner Stahl in seinem Mitarbeiterbrief in den Mittelpunkt. Finanzchef Keysberg stellte kürzlich eine Verschärfung der Reduktionsziele in Aussicht. „Wir werden unsere Ziele auf jeden Fall anpassen“, sagte der Manager. Die Umstellung soll dann deutlich vor dem Jahr 2050 erfolgen, allerdings wird der Konzern auch dann nicht mit SSAB und anderen Schritt halten können. Für eine ambitioniertere Planung fehlt Thyssen-Krupp schlicht das Kapital. Der Umbau wird mindestens einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag kosten. Das Geld hat das Unternehmen nicht, es muss die Investitionen über die Jahre strecken. Der Konzern äußerte sich nicht dazu. Dienlich wäre daher anstelle eines Börsengangs ein Zusammenschluss mit einem Wettbewerber. Vorstandschefin Merz wäre wohl aufgeschlossen. Sie hatte sich wiederholt für eine Fusion von Thyssen-Krupp Steel mit der niedersächsischen Salzgitter AG ausgesprochen. Mehrfach haben Vertreter der Firmen bereits über einen Zusammenschluss verhandelt. Sehr nah seien sich beide Seiten dabei gekommen, hieß es in Konzernkreisen. Allerdings habe Salzgitter letztlich die schwache wirtschaftliche Lage des Wettbewerbers abgeschreckt. Die indes will der Konzern nun verbessern, was die Chancen für eine Neuaufgabe der Gespräche erhöhen dürfte. Der Weg in die Freiheit wäre für die Belegschaft dann nicht der Börsengang, sondern eben eine Fusion mit Salzgitter.



Christof Kerkmann, Marie-A. Langer Düsseldorf, San Francisco

Apple verteidigt die Regeln für den App Store stets vehement – doch um einen Rechtsstreit beizulegen, hat der Technologiekonzern am Donnerstag einige Änderungen vorgeschlagen. So sollen Entwickler ihre Kunden künftig über Alternativen zum internen Bezahlmechanismus informieren dürfen. Das ist allerdings nur außerhalb der App erlaubt, beispielsweise per E-Mail.

Mit dem Kompromissvorschlag will Apple eine Sammelklage kleiner Entwickler vor einem Bezirksgericht in Kalifornien außergerichtlich beilegen. Die Kläger haben bereits zugestimmt, das Votum von Richterinnen Yvonne Gonzalez Rogers steht noch aus.

Die Entscheidung hat Konsequenzen über die USA hinaus: Der Konzern will die Änderungen größtenteils weltweit umsetzen, auch in Europa. Wann genau, steht derzeit noch nicht fest.

Apple erklärte in einer Mitteilung, dass der App Store mit der Umsetzung „zu einer noch besseren Geschäftsmöglichkeit für Entwickler“ werde und gleichzeitig weiter die Nutzer schütze. Dagegen kritisierte die Coalition for App Fairness (CAF), das Angebot trage nicht dazu bei, „die strukturellen, grundlegenden Probleme zu lösen, mit denen alle Entwickler, ob groß oder klein, konfrontiert sind“.

Es handle sich um einen „verzweifelten Versuch, sich dem Urteil von Gerichten, Regulierungsbehörden und Gesetzgebern weltweit zu entziehen“, erklärte die Organisation, in der sich Unternehmen wie Spotify, Epic Games und die Match Group zusammengeschlossen haben, um ihre Interessen gegenüber dem Konzern zu vertreten.

Apple steht mit dem App Store in vielen Ländern in der Kritik. So wirft

Streit um Abrechnungssystem

# Apple geht auf App-Entwickler zu

Der Konzern gibt seinen Partnern im App Store mehr Flexibilität. Kritikern reicht das nicht – sie halten das für ein „Scheinangebot“.

Die EU-Kommission dem Konzern in einem Kartellverfahren unfairen Wettbewerb vor. Im Kern geht es dabei um die Provision von bis zu 30 Prozent, die Entwickler zahlen müssen, wenn Nutzer über den App Store Programme kaufen oder Abos abschließen. Alternative Bezahlssysteme sind nicht zugelassen.

Apple geht an einigen Punkten auf die Beschwerden ein:

- App-Entwickler dürfen nun auf alternative Bezahlssysteme hinweisen, die ihnen die Provision ersparen. Allerdings macht Apple genaue Vorgaben dafür – ein Hinweis oder Link in der App ist weiter verboten.
- Die Anbieter erhalten mehr Flexibilität bei der Preisgestaltung, statt bislang weniger als 100 wird es künftig 500 Stufen geben.
- Apple veröffentlicht jährlich einen Transparenzbericht mit Angaben zur Begutachtung von Apps – die sorgt in Entwicklerkreisen immer wieder für Kontroversen, weil die Entscheidungen teils als intransparent gelten.
- In diesem Zuge soll auch das Freigabeverfahren für Apps transparenter werden. Die Website für die Entwickler soll mehr Informationen enthalten, die den Ablauf bei Einsprüchen erläutern.
- Zudem will Apple einen Fonds



schaffen, um amerikanischen Entwicklern mit bis zu einer Million Dollar Jahresumsatz eine Entschädigung zu zahlen. Diese beträgt bis zu 30.000 Dollar.

Dieser Katalog ändert allerdings nichts an den grundsätzlichen Mechanismen des App Store. Die Apple-Kritiker in der Coalition for App Fairness sprechen daher von einem „Scheinangebot“: „Wir lassen uns nicht durch leere Gesten besänftigen und werden unseren Kampf für faire und offene digitale Plattformen fortsetzen.“

Sollte der Vergleich gelingen, hätte Apple ein womöglich deutlich härteres Grundurteil abgewendet. Andere Verfahren und Gesetzgebungsverfahren bleiben davon jedoch unberührt. Und davon gibt es derzeit einige.

So prozessiert der Videospielenentwickler Epic Games gegen den Elektronikhersteller – im Raum steht der Vorwurf, dass der Konzern über ein Monopol verfügt. Ein Urteil wird in den kommenden Wochen erwartet. Auch hier ist übrigens Richterin Gonzalez Rogers am Bundesbezirksgericht für Nordkalifornien zuständig.

In Europa ermittelt neben der EU-Kommission auch das Bundeskartellamt gegen Apple. Ein Schwerpunkt werde auf dem App Store liegen, erklärte Andreas Mundt, Präsident des

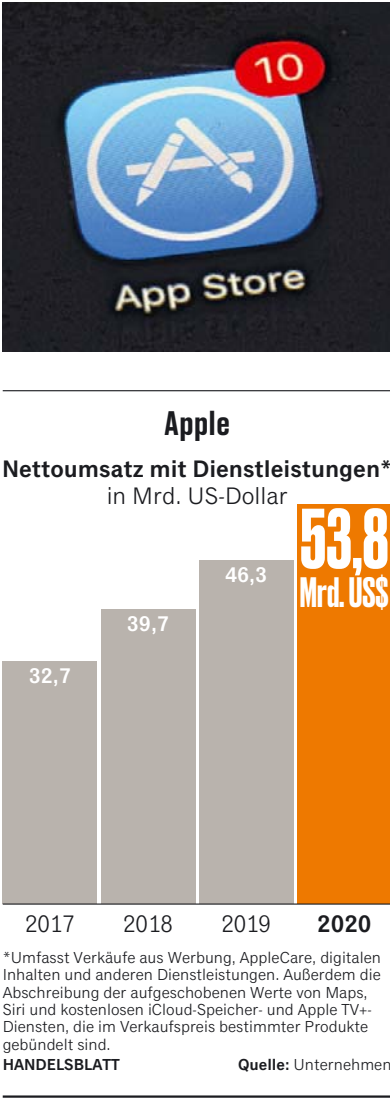
Bundeskartellamts, bei der Ankündigung im Juni. Die Behörde hat seit einer Gesetzesnovelle weitreichende Eingriffsmöglichkeiten.

Der politische Druck wächst ebenfalls. So hat in Washington der Unmut über die Praktiken von Apple und anderen Tech-Konzernen, die man lange unbehelligt gelassen hatte, zuletzt zugenommen: Vor einigen Wochen brachten Republikaner und Demokraten im US-Senat einen neuen Gesetzesvorschlag ein, der es Firmen verbieten soll, die Entwickler dazu zu zwingen, ihre eigenen Bezahlplattformen zu nutzen.

In Brüssel arbeitet die EU-Kommission derzeit am Digital Services Act, der eine strenge Kontrolle von „sehr großen Plattformen“ vorsieht, zu denen Apple mit dem App Store ohne Zweifel zählt. Auch der Abschluss von Abos außerhalb von App Stores steht dabei im Blick. Und in Südkorea soll ein Gesetz IT-Konzernen vollständig untersagen, eine Provision für Käufe innerhalb von Apps zu verlangen – das ist global einmalig. Die Abstimmung im Parlament steht noch aus.

Wie sich der nun vorgeschlagene Kompromiss auf den Umsatz von Apple auswirkt, lässt sich nicht genau beziffern. Beobachter gehen davon aus, dass der App Store die Haupteinnahmequelle der Dienstleistungsparte ist, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Im letzten Quartal erwirtschaftete der Konzern mit seinen Services 17,5 Milliarden Dollar, 33 Prozent mehr als im Vorjahr. Kurz: Es geht um ein Milliardengeschäft.

Am Donnerstag kündigte Apple unabhängig von dem Gerichtsstreit eine weitere Änderung für den App Store an: Medienunternehmen zahlen bei Käufen innerhalb von Apps künftig nur noch eine Provision von 15 Prozent, wenn sie ihre Artikel in Apple News veröffentlichen.



Dieselskandal

# Aktionärsschützer im Clinch mit VW-Eignern

Der Autobauer wollte mit einem Vergleich den Rechtsstreit mit seinen ehemaligen Topmanagern beilegen. Die SdK klagt gegen einen entsprechenden Beschluss der Hauptversammlung.

Gegen den von den VW-Aktionären im Dieselskandal beschlossenen Vergleich mit dem ehemaligen Vorstandschef Martin Winterkorn und Ex-Audi-Chef Rupert Stadler formiert sich juristischer Widerstand. Die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) ficht die Beschlüsse der Hauptversammlung dazu an und reichte Klage beim Landgericht Hannover ein, wie sie am Freitag mitteilte.

Volkswagen wollte mit dem Vergleich mit den beiden früheren Spitzenmanagern einen Schlussstrich unter die zivilrechtliche Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern in dem Skandal um millionenfache Abgasmanipulation ziehen. Der Autobauer zeigte sich am Freitag überzeugt, dass die Beschlüsse vor Gericht Bestand haben werden. Die von der SdK genannten Anfechtungsgründe entbehren jeder Grundlage.

Die Schutzgemeinschaft hielt dem entgegen, weder sei der Dieselskandal abschließend untersucht noch sei der genaue Schaden absehbar. So könnten etwa in den USA noch weitere Sanktionen auf Volkswagen und seine früheren Organmitglieder zukommen. Sie kritisiert außerdem, dass Winterkorn und Stadler zwar zur Kasse gebeten wurden, zum großen Teil allerdings durch den Verzicht auf ausstehende Boni.

Bereits vor der Hauptversammlung hatte es Kritik an dem Deal gegeben. „Aus Sicht der Aktionäre ist es nicht hinnehmbar, dass Volkswagen den Fall jetzt abschließt“, sagt Christian Stenger, selbst langjähriger VW-Aktionär und einer von Deutschlands profiliertesten Corporate-Governance-Experten. Auch er argumentiert, dass die Schuldfrage, also das Fundament für den Vergleich, noch gar nicht geklärt sei.

VW wehrt sich gegen externe Prüfung

Die SdK-Anwälte nahmen auch den mit der Management-Haftpflichtversicherung (D&O) ausgehandelten Vergleich ins Visier. Rund 30 Versicherungsgesellschaften wie Zurich, Allianz Global Corporate & Specialty oder die XL Insurance Company stimmten einer Zahlung von 270 Millionen Euro an den Autohersteller zu. Aus dem Konsortium scherte nur US-Versicherer Berkshire Hathaway aus.

Mit dem Deal sollten nicht nur die Ansprüche gegen die Versicherungen geregelt werden, sondern auch alle an-

deren amtierenden und früheren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Ansprüchen freigestellt werden.

VW verwies darauf, sämtliche Beschlüsse der Hauptversammlung seien mit je mehr als 99 Prozent der Stimmen beschlossen worden. Man werde die von der SdK erhobenen Vorwürfe im Einzelnen prüfen.

Ihre Klage verband die Anlegergemeinschaft mit der grundsätzlichen Kritik an solchen Vergleichsvereinbarungen mit Managern. Vorstände erhielten eine außerordentlich hohe Vergütung, mit der auch Haftungsrisiken abgegolten werden sollten. „Leider ist immer wieder zu beobachten, dass diese Haftung nur theoretischer Natur ist“, sagte SdK-Rechtsvorstand Markus Kienle. Unterstützung erhielt die SdK von der Bürgerbewegung Finanzwende. „Hohe Managergehälter werden immer mit der hohen Verantwortung gerechtfertigt. Doch die Beispiele Winterkorn und Stadler zeigen erneut, dass im Ernstfall häufig keine Verantwortung übernommen wird“, sagte Finanzwende-Vorstand Gerhard Schick.

Die Summe, mit der sich die Top-Manager von jeder weiteren Schadenersatzforderung freikaufen könnten, sei lächerlich gering, sowohl im Vergleich zu den erhaltenen Gehältern als auch im Vergleich zum Schaden für VW und Audi, den sie mit zu verantworten haben. „Ein Erfolg der SdK wäre auch ein Zeichen an andere Manager, die Unternehmen und teils auch der Gesellschaft Schaden zufügen“, sagte Schick.

Aus Sicht der SdK greifen die HV-Beschlüsse auch deshalb nicht, weil das Oberlandesgericht Celle vor Längerem bereits eine externe Prüfung der Vorgänge um den Dieselskandal angeordnet hat. „Es kann doch wohl nicht sein, dass eine rechtskräftig angeordnete Sonderprüfung durch einen Vergleich von hinten aus den Angeln gehoben wird“, sagte Anwalt Oliver Wilken, dessen Kanzlei die Klage führt. Volkswagen wehrt sich seit Jahren mit Händen und Füßen gegen eine solche Prüfung.

Initiiert wurde die Sonderprüfung durch die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Sie hält den Vergleich ebenfalls für inakzeptabel. VW müsse die von den Aktionärsvertretern durchgesetzte Sonderprüfung abwarten. Die DSW hatte ebenfalls rechtliche Schritte angekündigt.

Die Aktionäre hatten auf der Hauptversammlung im Juli den mit Winterkorn, Stadler und zwei weiteren Ex-Vorständen ausgehandelten Vergleich trotz Kritik von Investoren und Aktionärsvereinigungen durchgewunken. Demnach zahlt Winterkorn 11,2 Millionen Euro, auf Stadler entfallen 4,1 Millionen. 270 Millionen fließen von der D&O-Versicherung, die Volkswagen für das Management abgeschlossen hat.

Mehr als 90 Prozent der Stammaktien liegen bei der Familienholding Porsche SE, dem Land Niedersachsen und dem Emirat Katar. Die Aufarbeitung des Abgasskandals kostete den Wolfsburger Autohersteller mehr als 32 Milliarden Euro. Volker Votsmeier



Martin Winterkorn: Aktionärsschützer wollen den Diesel-Vergleich mit dem früheren Konzernchef kippen.

Deutsche Bahn

# „Stellwerke aus dem Kaiserreich“

Das Schienennetz der Bahn muss schneller digitalisiert werden, fordern die Grünen. Helfen soll ein Fonds.

Die nordrhein-westfälische Stadt Lübbecke und die Gemeinde Winden in Rheinland-Pfalz sind Rekordhalter auf der Deutschlandkarte der Bahn. An den beiden Orten sind die ältesten Stellwerke des Staatskonzerns in Betrieb. Beide stammen aus dem Jahr 1899. Sie sind also seit 122 Jahren im Einsatz. Auch wenn das Ausreißer sind, das Durchschnittsalter der Stellwerke lag im vergangenen Jahr immerhin bei stolzen 49 Jahren. Die Zahlen verdeutlichen den Investitionsbedarf bei der Bahn.

Sie stammen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen. „Mit Stellwerken aus dem Kaiserreich fährt die Bahn nicht in die Zukunft“, sagte der bahnpolitische Sprecher der Grünen, Matthias Gastel. Die Stellwerkstechnik werde immer maroder. Das Sorge für Verspätungen und Störungen im Netz. „Wir brauchen jetzt einen Digitalisierungsimpuls bei der Bahn“, erklärte Gastel. Der Haushaltsexperte der Grünen, Sven-Christian Kindler, forderte die Bundesregierung auf, die Finanzierung dafür sicherzustellen.

Die Digitalisierung der Schiene ist für den Staatskonzern ein Großprojekt. Die Stellwerke spielen eine zentrale Rolle: Dort werden Signale und Weichen per Hebel, Tasten oder Mauseklick gesteuert. Bis 2035 sollen sämtliche Stellwerke im Netz umgerüstet werden. So lautete zumindest die Ankündigung im vergangenen Jahr. Die Bundesregierung hat dafür im Konjunkturpaket aus 2020 noch einmal 500 Millionen Euro vorgesehen.

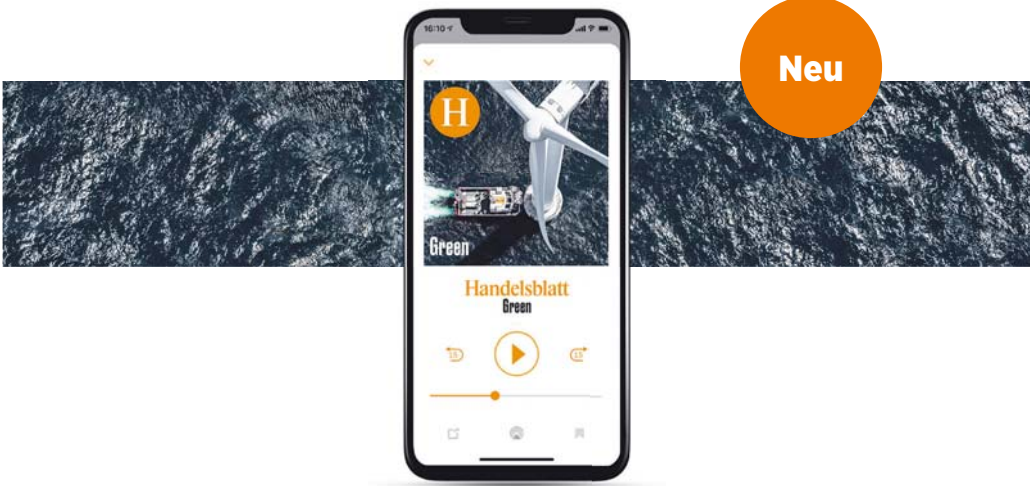
Die Digitalisierung soll nicht nur dafür sorgen, dass die Bahn pünktlicher wird, sondern auch dafür, dass sie mehr Züge einsetzen und so mehr Fahrgäste befördern kann. Wie genau und in welchem Zeitplan die Stellwerke erneuert werden sollen, geht aus der Antwort der Bundesregierung nicht hervor. „Die Umrüstplanung wird erarbeitet“, schreibt das Verkehrsministerium.

Haushaltsexperte Kindler will wissen, wie die Großsanierung finanziert wird. Die Digitalisierung der Bahninfrastruktur dürfe nach früheren Schätzungen etwa 32 Milliarden Euro kosten. Die Grünen schlagen einen Investitionsfonds vor. Dieser soll etwa mit den Einnahmen aus der Lkw-Maut gefüllt werden. Diese würden an anderer Stelle fehlen. Zudem wollen die Grünen die Schuldenbremse aufweichen. Union und die FDP lehnen dies ab. Die SPD hält sich bedeckt. Jan Hildebrand

Anzeige

# Handelsblatt Green

Der Podcast zu den Themen Nachhaltigkeit, Klima und Energiewende



Wie lassen sich nachhaltige Wertschöpfungsketten mit globalem Konkurrenz- und Kostendruck vereinbaren und wie könnte eine Welt ohne fossile Rohstoffe aussehen? Diese und weitere Fragen rund um das Thema Nachhaltigkeit durchleuchten wir in unserem neuen Podcast und sprechen dazu mit Unternehmern, Politikern, Ökonomen, Wissenschaftlern und anderen Experten. Ab sofort überall, wo es Podcasts gibt.



Initiativpartner:



Handelsblatt Substanz entscheidet.

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Herausgeberbeirat: Prof. Dr. Bert Rürup, Katharina Borchert, Hans-Jürgen Jakobs, Dr. Josef Joffe, Prof. Dr. Katharina Anna Zweig

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes  
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors  
Stv. Chefredakteurin: Kirsten Ludowig

Autoren: Hans-Jürgen Jakobs

Textchef: Christian Rickens

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Markus Fasse, Jürgen Flauger (Unternehmen), Kathrin Jones (Finanzen), Nicole Bastian, Dr. Jens Münchtrath (Ausland & Meinung), Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Tobias Döring, Tom Körkemeier, Marc Renner, Claus Baumann (Print), Susanne Wesch (Print)

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents: Mathias Brüggmann, Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,  
E-Mail: info@handelsblatt-research.com  
Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup (Präsident),  
Dr. Christian Sellmann (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth

Verantwortlich für Herstellung

und Anzeigen: Christian Wiebe

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.  
Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:  
Postfach Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0  
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte  
Manuskripte, Unterlagen und Fotos.  
Aval Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,  
Im Teublrich 100, 45219 Essen; Pressdruck Potsdam GmbH,  
Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;  
Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH,  
Zamdorfer Str. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:

Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,  
Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602  
E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com  
Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung  
übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH  
& Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:

Anzeigenverkauf Handelsblatt  
Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59  
E-Mail: info@qm.de, Internet: www.qm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt  
Tel.: 0211 - 887-26 26, Fax: 0211 - 887-97 26 56  
E-Mail: info@qdigital.de, Internet: www.qdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen  
Tel.: 040-3280 5800  
E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de  
Internet: https://alent.zeit.de/

Anzeigendisposition Handelsblatt  
Tel.: 0211 - 887 - 26 60, Fax: 0211 - 887 - 97 26 60  
E-Mail: dispo.hb@qm.de

Redaktion:  
Telefax: 0211 - 887-97 12 40  
E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik  
Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887-97 80 27  
E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen  
Tel.: 0211 - 87-13 65, Fax: 0211 - 887-97 12 40  
E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen  
Tel.: 0211 - 887-4002, Fax: 0211 - 887-97 41 90  
E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen  
Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887 43-40 00  
E-Mail: info@eurorforum.com  
www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital  
vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.  
Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung  
des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter  
dieses Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per  
Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die  
Vervielfältigung auf CD-ROM.

Artikelanfragen: Club-Mitglieder erhalten einen Artikel  
kostenlos. Telefon: 0800 223110  
E-Mail: artikelanfragen@vhb.de

Nutzungsrechte:  
Telefon: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen  
Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail:  
nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdruck:  
Tel.: 0211 - 887-1748, Fax: 0211 - 887-97-1748  
E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:  
monatlich € 66,70 (Inland inkl. € 4,36 MwSt./EU zzgl. der  
jeweiligen MwSt.), Jahresvorzugspreis: € 799,- (Inland inkl. €  
52,27 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.), Vorzugspreis für  
Studenten (gegen Vorlage einer gültigen Bescheinigung):  
Monatlich € 33,30 (Inland inkl. € 2,18 MwSt./EU zzgl. der  
jeweiligen MwSt.), Jahresvorzugspreis € 399,- (Inland inkl. €  
26,10 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.), Lieferung jeweils  
frei Haus. Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.  
Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Abonnementkündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von  
21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich,  
solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer  
Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder  
Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand:  
Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte  
Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von  
Artikeln in interne elektronische Presseprojekte erhalten Sie die  
erforderlichen Rechte über die PMO Presse-Monitor GmbH. Telefon:  
030/284930 oder www.presse-monitor.de.  
Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296



Adidas-Werbung zur WM  
2006: Die 65 Meter breite  
„Oliver-Kahn-Brücke“  
über der Autobahn zum  
Münchener Flughafen.

Sommermärchen

# „Flankierender Einsatz“

Es gibt kaum noch Zweifel, dass die Fußballweltmeisterschaft 2006 gekauft war. Ein neuer Untersuchungsbericht schildert die Rolle von Adidas und des FC Bayern München.

René Bender, Sönke Iwersen,  
Martin Murphy Berlin, Düsseldorf,  
München

Die Affäre um mutmaßliche Bestechung bei der Vergabe der Fußballweltmeisterschaft 2006 hat eine neue Facette: den FC Bayern München. Ein vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) in Auftrag gegebener Bericht kommt zu dem Schluss, der deutsche Serienmeister sei maßgeblich an der Bewerbung um das größte Fußballturnier der Welt beteiligt gewesen.

Mittel zum Zweck sollen dabei sportlich wie wirtschaftlich sinnlose Freundschaftsspiele in Ländern gewesen sein, deren Stimme Deutschland für den WM-Zuschlag brauchte. „Der flankierende Einsatz des FC Bayern München und damit in Zusammenhang stehende Zahlungen im Bewerbungsverfahren wirkten sich vermutlich entscheidend für den Sieg aus“, heißt es laut Insidern in dem Bericht.

Erstellt hat ihn die Firma Esecon, eine auf Sicherheitsfragen spezialisierte Unternehmensberatung aus Berlin. Ihr Bericht sollte eigentlich längst veröffentlicht sein. Dann entschied sich das DFB-Präsidium mit 8:1 Stimmen dagegen.

Der DFB äußert sich auf Anfrage nicht zu den Untersuchungsergebnissen. Er verweist auf eine Pressemitteilung von Ende Juli, wonach er die Ergebnisse der Untersuchung aus Haftungsgründen nicht veröffentlichen wolle. Nur die ermittelnden Behörden sollen den Bericht erhalten.

Geht es nach Deutschlands mächtigsten Fußballfunktionären, ist die Affäre um die Weltmeisterschaft 2006 damit beendet. Deutschland hatte sein Sommermärchen, die versprochene Aufarbeitung ist geleistet. Nun ist

Schluss. Fast niemand beim DFB hat ein Interesse, nach dem eigenen Gesichtungsverlust zwei weitere Aushängeschilder des deutschen Fußballsports zu belasten: Rekordmeister Bayern München und Ausrüster Adidas.

Beide, dies ergibt sich aus dem gut 120-seitigen Untersuchungsbericht, sind Teil der Affäre rund um das sogenannte Sommermärchen. Für Adidas bedeutete die Weltmeisterschaft im Heimatmarkt eine mehrwöchige Werbekampagne und riesige Sonderumsätze. Der FC Bayern brauchte demnach die Weltmeisterschaft in Deutschland zur Umsetzung handfester eigener wirtschaftlicher Interessen.

Die Ausgangslage war schlecht. Vor der Abstimmung am 6. Juli 2000 hatte Deutschland nur acht bis neun Stimmen auf seiner Seite, der Rival Südafrika kam auf zwölf. Obwohl Fußballikone Franz Beckenbauer als WM-Botschafter monatelang um den Globus geflogen war, sprach alles dafür, dass 2006 die erste Weltmeisterschaft auf afrikanischem Boden stattfinden würde.

Dem FC Bayern passte das laut Bericht nicht ins Konzept. Die Vereinsoberen wollten demnach ein modernes Stadion – das alte Olympiastadion hatte im Laufe der Jahre den Spitzenplatz in Deutschland verloren. Die Stadt München aber machte die Genehmigung eines neuen Stadions laut Beteiligten von einer erfolgreichen WM-Bewerbung abhängig. Die Bayern sahen sich unter Zugzwang.

Dies galt umso mehr, als dass ein neues Stadion nur Teil ihrer Pläne war. Ende der 1990er-Jahre überlegte der FC Bayern, aus der gemeinsamen Vermarktung mit den anderen Bundesligisten auszuscheren.

Der Verein wollte selbst über seine Fernsehrechte verhandeln – und mehr

”

Natürlich hat der DFB nicht nur wegen der schönen Augen von Franz Beckenbauer die Weltmeisterschaft bekommen.

Guido Tognoni  
Fifa-Funktionär

Geld herauschlagen. Dies beunruhigte den Medienunternehmer Leo Kirch, der die Bundesligarechte zur Finanzierung seines Bezahlsenders Premiere brauchte.

Noch 1999 schloss Kirch deshalb einen Geheimvertrag mit den Bayern. In den ersten drei Jahren sollten sie bis zu 30 Millionen Mark erhalten, von der Saison 2003/2004 an wären bis zu 50 Millionen Mark pro Spielzeit fällig gewesen. Die Liga erfuhr davon zunächst nichts.

Nach der Vertragsunterzeichnung setzte sich Bayern-Manager Uli Hoenes in Liga-Ausschuss dafür ein, dass die Kirch-Gruppe die TV-Rechte für die ganze Liga erhielt. Als Jahre später die Nebenabsprache der Bayern mit Kirch öffentlich wurde, schimpften die anderen Klubs über eine nicht akzeptable Wettbewerbsverzerrung.

Der Schaden war nicht mehr zu beheben. Kirch fiel als Ansprechpartner aus – Premiere meldete 2002 Insolvenz an. Die Bayern hatten ihr Geld – und damit die Grundlage für eine absolute Dominanz in Fußballdeutschland. Seither gewannen sie 15 von 20 Titeln in der Bundesliga und nahmen mit einer einzigen Ausnahme jedes Jahr an der Champions-League teil – mit Zugang zu weiteren Geldtöpfen.

Vor seiner Insolvenz betrachtete auch Leo Kirch die Weltmeisterschaft in Deutschland als Muss. Als TV-Vermarkter wäre für sein Medienimperium ein Turnier in Deutschland 250 Millionen Euro mehr wert als in Südafrika. Zur WM-Bewerbung bildete sich deshalb eine mächtige Allianz: Adidas, der FC Bayern München und Kirch.

„Ich bitte zu überprüfen, zu welchen Mitgliedern Adidas besondere Beziehungen hat und wo möglicherweise dezent, aber effektiv Einfluss in

unserem Sinne ausgeübt werden kann“, schrieb Fedor Radmann am 3. März 1999 an Adidas-Vorstand Erich Stamminger. Radmann war früher selbst einmal sportpolitischer Direktor bei Adidas und zum Zeitpunkt seines Schreibens Vizepräsident des von Franz Beckenbauer geleiteten Organisationskomitees der Fußball-WM 2006.

Anfang Oktober 1999 präsentierte Radmann in Malaysia ein Adidas-Ausrüstungspaket für 25 finanzschwache Mitgliedsverbände der asiatischen Fußball-Konföderation AFC. Adidas übernahm laut Bericht drei Viertel der Kosten von 1,5 Millionen Euro, den Rest zahlte der DFB.

Wenige Tage vor der Entscheidung über die WM-Vergabe gab es einen weiteren Vertrag. Der Nord- und Mittelamerika-Verband Concacaf sollte rund zehn Millionen Mark vom DFB erhalten, darunter Adidas-Ausrüstung im Wert von vier Millionen Dollar. Im DFB-Untersuchungsbericht wird das Abkommen unter „stimmensichernde Maßnahmen/Last-Minute-Aktionen“ geführt.

Nach Angaben von Adidas gehörte „die Lieferung von Produkten an regionale Verbände zur Förderung des Fußballs, insbesondere auf Jugendebene“, sowohl „damals wie heute zum industriellen Sponsoring-Engagement“ des Konzerns.

Das Unternehmen sei offiziell nationaler Förderer der WM-Bewerbung 2006 gewesen und habe ansonsten „keine Rolle in der WM-Bewerbung“ gespielt und „daher auch keinerlei Einfluss auf die Entscheidung über die WM-Vergabe“ gehabt. Dass Adidas in Bestechung im Zusammenhang mit der Turnierbewerbung eingebunden gewesen sein könnte, weise man entschieden zurück.

Der DFB-Untersuchungsbericht betont die Grauzone. Es liege nahe, dass über Adidas in Form von Sachleis-



Image Images/ULMER Pressebildagentur

Wolfgang Niersbach: Als Mitglied des WM-Bewerbskomitees erhielt er einen Bonus in Höhe von 150.000 Mark für die erfolgreiche Bewerbung.

tungen weitere geldwerte Vorteile im Rahmen der WM-Bewerbung flossen. Die Gesamtdimension sei aber ungeklärt. Eine Aussage, ob dies im Rahmen „des Üblichen“ erfolgte, sei nicht möglich.

In der Affäre um die gekaufte WM gibt es aber auch ganz andere Akteure. Kirch Media etwa zahlte dem Libanesen Elias Zaccour zehn Millionen Schweizer Franken für Medienberatung. Zaccour war Fifa-Insider, hatte aber keinerlei Medienerfahrung.

Zaccour sei „mit hoher Wahrscheinlichkeit ausschließlich Verteiler von Bestechungsgeldern“, gewesen, folgert der DFB-Bericht. Kirch Media

und das deutsche WM-Komitee hätten dabei Hand in Hand gearbeitet.

„Herr Radmann bittet darum, dass die erste Rate von USD 250.000 sofort überwiesen wird. Die Kontonummer von Herrn Zaccour ist in §2 angefügt“, heißt es in einem Schreiben vom 6. Juni 2006. In einem Vertrag ist vermerkt, Zaccour solle eine der Millionen „frühestens einen Tag nach der WM-Abstimmung“ erhalten. Radmann will sich auf Nachfrage nicht dazu äußern, weist aber Vorwürfe, dass er an Stimmentkauf mitgewirkt habe, per Anwalt zurück.

Die Bayern absolvieren Testkicks ohne Wert

Der FC Bayern war für Leistungen zuständig, die man sich nicht so einfach kaufen konnte. Zwar waren Devisen beliebt bei den Fifa-Funktionären, die Darstellung des eigenen Einflusses galt jedoch ebenfalls als wichtig. Im Fußball gab es dafür kaum bessere Beweise als ein Besuch der Bayern im eigenen Stadion.

Zwischen dem 3. Juni 2000 und dem 17. Januar 2001 reiste die Mannschaft um Oliver Kahn und Stefan Effenberg nach Thailand, Malta und Tunesien. Die Freundschaftsspiele hatten laut Bericht weder sportlichen noch wirtschaftlichen Sinn – die Partien waren bloße Gelegenheiten, die richtigen Hände zu füllen.

Zwei davon gehörten Joseph Mifsud, dem damaligen Präsidenten des maltesischen Fußballverbandes. Laut einer Aktennotiz vom 22. Februar 1999 wurde Mifsud dem DFB-Präsidenten Wolfgang Niersbach als „unsicherer Kandidat“ identifiziert, was sein Abstimmungsverhalten in der WM-Vergabe betraf.

Am 3. März 1999 schrieb Fedor Radmann an Adidas-Vorstand Stamminger, Mifsud gehöre zu denen, „an denen wir noch arbeiten müssen“. Im Juni 2000 erhielt Mifsud von einer Kirch-Firma die vertragliche Zusage über eine Million Schweizer Franken. Der FC Bayern ließ eine Anfrage zu den Hintergründen der Freundschaftsspiele unbeantwortet. Die geplanten Partien gegen Trinidad & Tobago sowie Costa Rica blieben der Mannschaft erspart. Ob trotzdem Geld floss, ist laut Bericht unklar. Im „Bewerbungsfinale“ sei der Einsatz des FC Bayern München „jedenfalls sehr wichtig gewesen.“

„Die bisher bekannten Sachverhalte legen überzeugend nahe, dass Stimmentkauf stattfand“, schließt der Bericht. Einen harten Beweis sollen auch die Esecon-Fahnder nicht gefunden haben. Allerdings sagte der erfahrene Fifa-Funktionär Guido Tognoni schon 2016: „Natürlich hat der DFB nicht nur wegen der schönen Augen von Franz Beckenbauer die Weltmeisterschaft bekommen.“

Er bedauere, so Tognoni, dass die Deutschen so taten, als ob sie die Einzigen wären, die sauber eine Weltmeisterschaft an Land geholt hätten. „Der DFB hätte doch von Anfang sagen sollen, der größte Teil der Mitglieder des Exekutivkomitees ist korrupt“, riet der Fifa-Mann. „Wir mussten da mitspielen. Wir haben mitgespielt, in welcher Form auch immer.“

Die Deutschen entschieden sich gegen eine solche Offenheit. Das „bis dato sehr defensive Verhalten aller befragten Beteiligten“ habe nicht dazu beigetragen, die Fragen zu klären, die man klären wollte, heißt eine Schlussfolgerung. Vor allem Franz Beckenbauer habe entscheidende Einzelheiten vergessen.

Chipmangel

## Weniger Neuwagen und höhere Preise

Auf dem deutschen Automarkt werden Neuwagen wegen der Halbleiterkrise zunehmend zur Mangelware. In der Folge steigen die Preise und die sonst üblichen Nachlässe fallen, berichtete das Duisburger CAR-Institut am Wochenende. „Im ersten Halbjahr ist die sinkende Produktion noch mithilfe der Lagerbestände bei Händlern und Importeuren abgedeckt worden“, sagte Autoprofessor Ferdinand Dudenhöffer. Die Rabatte gingen weiter zurück, die Zahl der Angebote werde kleiner und die Lieferzeiten würden länger. Hersteller und Händler hielten sich auch stark zurück bei Eigenzulassungen, die üblicherweise mit höheren Preisnachlässen in den Markt gedrückt werden. Nur noch 24,1 Prozent der gesamten Neuzulassungen und damit 1,9 Prozentpunkte weniger als im Vormonat gehen nach CAR-Angaben auf das Konto der Eigenzulassungen. dpa

Volkswagen

## Drittes Elektromodell für Kunden in China

Volkswagen bringt sein drittes rein batteriegetriebenes Elektromodell auf den chinesischen Markt. Wie der Autohersteller am Sonntag mitteilte, startet VW im vierten Quartal in China mit dem Verkauf seines ID.3. Dieses Kompaktmodell wird bislang nur in Europa angeboten. Wegen eines schleppenden Verkaufstarts mit seinen E-Modellen ist Marktführer VW in China unter Druck geraten. Die Wolfsburger müssen nun beweisen, dass sie in China nicht nur mit Benzinern punkten können, sondern auch mit E-Autos. Die Zahl der E-Auslieferungen ist in den vergangenen drei Monaten von 1500 Stück im Mai über 3000 im Juni auf 5800 im Juli gestiegen. Bis Ende des Jahres will VW 80.000 bis 100.000 Autos aus der elektrischen ID-Familie an chinesische Kunden verkaufen. Die Chipversorgung dürfe sich aber nicht weiter verschlechtern. zel

Anzeige

## EUROPEAN COMPLIANCE AND ETHICS CONFERENCE 2021

Europas größte Konferenz für Ethik- und Compliance-Themen

**6. - 7. OKTOBER 2021**

**4000+**  
Teilnehmer

**30+**  
Redner

**25+**  
Vorträge

[Live aus München](#)

[Virtuelle Networking-Session](#)

**Jetzt anmelden!**  
[www.ecec-conference.com](http://www.ecec-conference.com)

Medienpartner:

**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.

Premium Aerotec

# Konflikt um Airbus-Tochter spitzt sich zu

Die Arbeitnehmervertreter fordern für die Beschäftigten von Premium Aerotec einen Sozialplan. Notfalls will man den mit Arbeitskämpfen durchsetzen.

Jens Koenen Frankfurt

Im Konflikt um die Zukunft der deutschen Airbus-Tochter Premium Aerotec drohen die Gewerkschaft IG Metall und der Betriebsrat mit Warnstreiks. „Gemeinsam mit der Geschäftsführung müssen wir zu Lösungen kommen, mit denen der Abbau von Arbeitsplätzen und die Schließung von Standorten verhindert wird“, sagte Daniel Friedrich, Bezirksleiter IG Metall Küste, am Freitag: „Sollten wir in den Verhandlungen nicht weiterkommen, sind Warnstreiks für unsere Forderung nach einem Sozialtarifvertrag kurzfristig möglich.“

Airbus will die deutsche Tochter aufspalten – das sorgt bei den Beschäftigten für große Unruhe. Deshalb hat es in den vergangenen Wochen bereits mehrere Protestaktionen gegeben. Die Arbeitnehmervertreter verlangen nun einen Sozialtarifvertrag, in dem die Bedingungen für die betroffenen Mitarbeiter geregelt werden. Das beschloss die Tarifkommission am Freitag. Am 1. September sollen die Verhandlungen in Hamburg offiziell beginnen.

„Die Pläne des Airbus-Managements überzeugen uns nicht“, sagte Holger Junge, der Vorsitzende des Airbus-Konzernbetriebsrats. „Wir erwarten vom Arbeitgeber feste Zusagen für die heutigen Arbeitsanteile in bestehenden und vor allem zukünftigen Projekten und Programmen von Airbus Operations und Premium Aerotec, mit denen die Zukunft aller jetzigen Standorte und die Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.“

Dass sich der Konflikt um Premium Aerotec zuspitzen wird, zeichnet sich schon länger ab. Vor einigen Wochen hatte die IG Metall erstmals einen „heißen Herbst“ für das Airbus-Management angedeutet. Konzernchef Guillaume Faury will die Fertigungsstruktur des Flugzeugbauers umbauen und für die Zukunft fit machen. Die Entwicklung nachhaltiger Flugzeuge – also etwa mit Wasserstoff angetriebene Flugzeuge – erfordert völlig neue Konzepte.

Um diese schnell und effizient zur Marktreife bringen zu können, muss der Bau von großen Komponenten nach Ansicht des Top-Managements enger an den Konzern rücken. Nur so könnten schon bei der Entwicklung die notwendigen Voraussetzungen für die spätere Produktion einfließen.

## Schließung ganzer Werke befürchtet

Das hat Folgen für Premium Aerotec. Airbus will die Tochter aufteilen: Die großen Komponenten sollen enger an den Konzern gebunden, die Fertigung von Einzelteilen dagegen ausgegliedert und an Investoren verkauft werden. Das abgetrennte Unternehmen soll dann auch Teile für andere Hersteller bauen.

Die Airbus-Tochter Premium Aerotec beschäftigt an verschiedenen Standorten in Deutschland sowie in Rumänien insgesamt gut 7600 Mitarbeiter. Das Unternehmen entwickelt



gehend Arbeitsplätze und weite Teile der Produktion etwa nach Osteuropa verlagern wird.

Betriebsrat und IG Metall hatten deshalb Entgegenkommen bei den Fixkosten angeboten und das Management darum gebeten, eine Gegenrechnung mit einem Verbleib der Tochter in der Gruppe vorzunehmen.

Doch die hat laut Airbus zu keinem anderen Ergebnis geführt. In diesem Szenario seien bis zu 1000 Stellen bei der deutschen Tochter gefährdet, heißt es in einem kürzlich bekannt gewordenen Schreiben an die Personalvertretungen. „Unsere bevorzugte Lösung bleibt, einen starken, externen Partner für dieses Geschäft zu finden, der – davon sind wir überzeugt – langfristig ein nachhaltiges Geschäft für die Mitarbeiter und die Standorte sichern wird“, hieß es in einem Ende Juli verbreiteten Statement.

## Konflikt reißt alte Wunden bei Airbus auf

Die angekündigten Arbeitskämpfe treffen den Airbus-Konzern in einer sensiblen Phase. Nach der schweren Krise, ausgelöst durch die Pandemie, erholt sich das Unternehmen nun wieder und hat ehrgeizige Pläne entwickelt. So sollen bis Jahresende statt 566 nun 600 Verkehrsflugzeuge an die Kunden ausgeliefert werden.

Großen Anteil am Hochlauf der Fertigung haben die Kurz- und Mittelstreckenjets der A320-Familie. Konzernchef Faury will deren Produktion in diesem Jahr von 40 auf 45 Flugzeuge pro Monat steigern. 2023 sollen es dann 64 und 2025 sogar 75 Jets monatlich sein. So ein Hochlauf muss präzise vorbereitet sein, vor allem in der Lieferkette. Eine monatelange Auseinandersetzung mit immer neuen Arbeitsniederlegungen könnten die Pläne empfindlich stören.

Der seit Monaten schwelende Konflikt ist längst auch ein politisches Thema. Er reißt alte Wunden zwischen den beiden Großaktionären von Airbus, Deutschland und Frankreich, auf. Beide Länder halten Anteile am Flugzeugbauer, immer wieder wurde in der Vergangenheit über eine gerechte Verteilung von Jobs oder auch Lasten gestritten.

Der aktuelle Streit befeuert die Rivalität vor allem deshalb, weil die französische Tochter Stelia – mehr oder weniger das Pendant zu Premium Aerotec – komplett im Konzern verbleiben soll. Begründet wird das unter anderem mit einer besseren Kostenstruktur bei Stelia.

Die deutschen Arbeitnehmervertreter wollen das aber nicht so hinnehmen. „Statt Spaltung und Zerschlagung brauchen wir eine Stärkung der Wertschöpfungskette unter Einbeziehung aller Standorte“, so Thomas Busch, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von Premium Aerotec. „Airbus darf die Coronakrise nicht ausnutzen, um den Konzern auf Kosten der Beschäftigten und einzelner Standorte neu zu strukturieren. Wir brauchen Sicherheit für die Beschäftigten aller Standorte. Dafür treten wir in der Tarifbewegung an.“

und fertigt vor allem großflächige und komplexe Flugzeugkomponenten aus Aluminium, Titan und Kohlenstoffverbundwerkstoffen sowohl für zivile als auch militärische Flugzeuge. In Deutschland unterhält Premium Aerotec Standorte in Augsburg, Bremen, Hamburg Nordenham und Varel. In Rumänien fertigt das Unternehmen in Braşov. Hervorgegangen ist Premium Aerotec aus den ehemaligen Airbus-Werken in Nordenham und Varel so-

wie dem ehemaligen EADS-Werk in Augsburg.

Die jetzt von der Mutter Airbus geplante Aufspaltung und Neuorganisation der Produktion gefährdet in den Augen der Arbeitnehmervertreter Stellen und sogar ganze Werke wie zum Beispiel das in Augsburg oder in Varel. Das Augsburger Werk schreibt nach Unternehmensangaben schon länger Verluste. Gewerkschaftler fürchten deshalb, dass ein neuer Investor um-

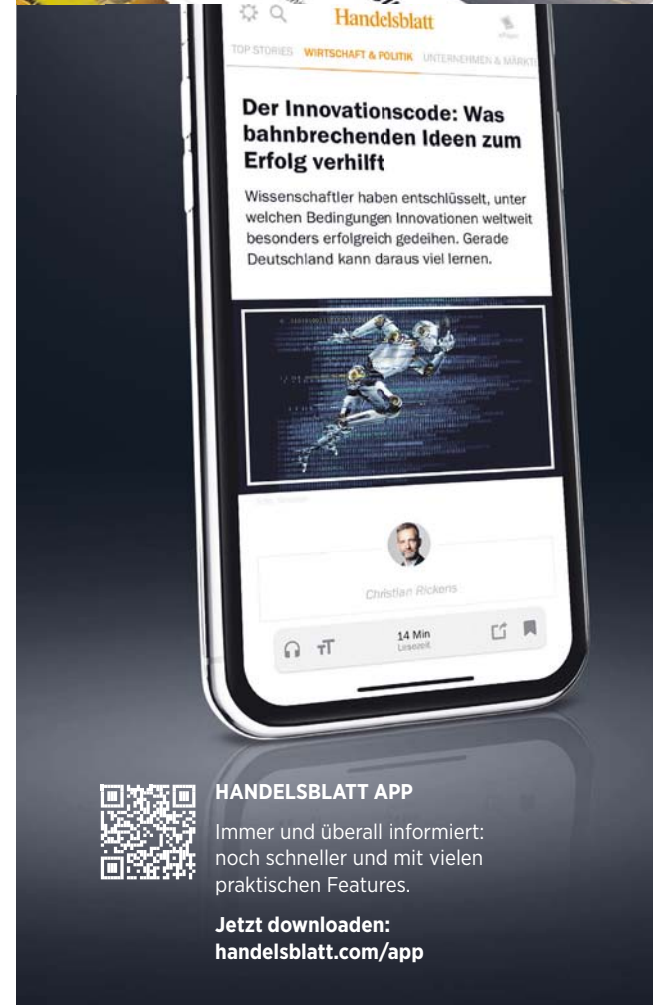
**Montage einer A320, Proteste in Hamburg:** Der geplante Konzernumbau sorgt für großen Unmut.



## HANDELSBLATT PRINT ODER DIGITAL

Klarheit für komplexe Themen: die wichtigsten News aus Wirtschaft, Politik und Finanzen.

Jetzt gedruckt oder digital lesen: handelsblatt.com/angebot



## HANDELSBLATT APP

Immer und überall informiert: noch schneller und mit vielen praktischen Features.

Jetzt downloaden: handelsblatt.com/app

# 24/7 unabhängiger Wirtschaftsjournalismus.

Entdecken Sie die ganze Welt des Handelsblatts.

**Handelsblatt**

Substanz entscheidet.



## HANDELSBLATT INSIDE GELDLANLAGE

Das exklusive Fachbriefing mit Finanztipps zum Thema persönliche Geldanlage.

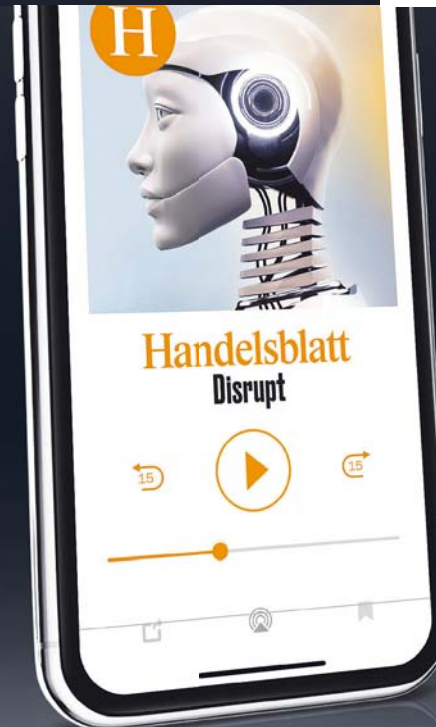
Jetzt testen: handelsblatt.com/geldanlage



## HANDELSBLATT MORNING BRIEFING

Informiert in den Tag starten: borsentaglich per E-Mail pünktlich um 6 Uhr.

Jetzt testen: handelsblatt.com/informiert



## HANDELSBLATT DISRUPT

Jeden Freitag: der Podcast über neue Ideen, Disruption und die Macher der digitalen Welt.

Jetzt reinhören: handelsblatt.com/disrupt



© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@handelsblattgroup.com](mailto:nutzungsrechte@handelsblattgroup.com)



Geldpolitik

## Biden sollte auf Powell setzen

Eine Wende in der US-Geldpolitik rückt näher. Der Fed-Chef ist der richtige Mann dafür.

US-Notenbankchef Jerome Powell hat mit seiner Rede auf der Jackson-Hole-Konferenz ein weiteres Signal für ein baldiges Auslaufen der Anleihekäufe in den USA gegeben. Damit rückt die Wende in der Geldpolitik dort näher.

Wer die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) durch diese Phase führen soll, ist noch offen. Powells Amtszeit läuft nächstes Jahr im Februar aus. US-Präsident Joe Biden hat noch nicht entschieden, ob er ihn für weitere vier Jahre nominiert oder auf eine andere Person im wichtigsten Amt für das globale Finanzsystem setzt. Die Personalie ist aktuell noch wichtiger als ohnehin, weil die Fed vor besonders kontroversen Entscheidungen steht.

Das zeigt sich bereits daran, dass die Positionen der Notenbanker über das weitere Vorgehen nun stärker auseinandergehen. In der Krise war für alle klar, welche Richtung die Fed einschlagen musste. Ihre Mitglieder entschieden meist mit großer Mehrheit. Seit die US-Wirtschaft aber wieder kräftig wächst, die Inflation hochgeschossen ist und die Märkte immer neue Rekorde erreichen, ist die Situation viel komplizierter geworden. Dadurch spielen unterschiedliche geldpolitische Orientierungen eine größere Rolle. Es geht viel stärker darum, wie der oder die Einzelne verschiedene Risiken abwägt.

Das gilt vor allem für die Inflation. Natürlich hängt ein Teil des aktuellen Preisanstiegs mit vorübergehenden Faktoren zusammen. Dass sich etwa Preise für Flugreisen oder Hotelübernachtungen deutlich verteuert haben, liegt daran, dass sie zu Beginn der Pandemie eingebrochen waren. Auch der hohe Preisanstieg für Autos und Gebrauchtwagen lässt



Angesichts der gestiegenen Inflation wäre ein Wechsel an der Fed-Spitze riskant.

Jan Mallien

sich darauf zurückführen, dass viele Autohersteller wegen des Chipmangels ihre Produktion nicht hochfahren können.

Richtig ist aber auch, dass die Fed mit ihren Inflationsprognosen für dieses Jahr weit danebenlag – und den starken Anstieg nicht vorhergesehen hat. Die Situation in den USA ist anders als die in Europa, weil dort die Regierung die Wirtschaft in viel größerem Umfang stützt; dadurch sind die Inflationsgefahren größer. So sind auch Immobilienpreise und Mieten deutlich gestiegen. Diese Preisanstiege dürften länger anhalten, denn sie lassen sich nicht durch eine kurzfristige Anhebung des Angebots bremsen. Zudem sprechen die zuletzt hohen Lohnzuwächse für länger anhaltende hohe Inflationsraten.

Auch die Debatte über die Lage am Arbeitsmarkt dürfte kontroverser werden. Die Arbeitslosenquote in den USA ist mit zuletzt 5,4 Prozent im Juli bereits recht niedrig. Darin sind aber viele Menschen gar nicht erfasst, weil sie schon länger arbeitslos sind und nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen. Einige Ökonomen sind daher überzeugt, dass die Fed ihre Geldpolitik noch deutlich länger sehr locker lassen sollte. In den kommenden vier Jahren steht die Fed also vor besonders kontroversen Debatten. Wer ist am besten geeignet, um sie durch diese Phase zu führen? US-Präsident Biden wäre gut beraten, weiter auf Amtsinhaber Powell zu setzen.

Powell hat seine politische Unabhängigkeit bewiesen. Seine wichtigste Leistung bestand darin, dass er den Angriffen von Bidens Amtsvorgänger Donald Trump auf die Fed widerstanden hat und ihre Unabhängigkeit verteidigte. Trump wollte niedrige Zinsen,

aber Powell folgte ihm nicht wie gewünscht. Außerdem hat sich Powell geldpolitisch bisher keine gravierenden Fehler zuschulden kommen lassen. Und er hat gezeigt, dass er zu schnellen Kurskorrekturen bereit ist, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen ändern. Nach seinem Amtsantritt 2018 erhöhte er die Zinsen, änderte dann aber die Richtung, als sich die Inflation 2019 abschwächte. Zu Beginn der Pandemie senkte er die Zinsen auf nahe null und leitete massive Käufe von Vermögenswerten ein, um die Märkte zu stabilisieren. Ein solcher Pragmatismus ist im aktuellen Umfeld großer Unsicherheit gefragt.

Angesichts der gestiegenen Inflation wäre ein Wechsel an der Fed-Spitze riskant. Andere Anwärter als Powell, wie Fed-Gouverneurin Lael Brainard, die der Demokratischen Partei angehört, haben den Ruf, dass sie für eine noch lockerere Geldpolitik stehen. Würde Powell, der als Republikaner gilt, durch Brainard ersetzt, könnte dies als Zeichen aufgefasst werden, dass die Fed künftig eine höhere Inflation in Kauf nimmt. Zudem wäre dies ein deutliches Signal für eine stärkere politische Einflussnahme auf die Fed.

Powell hat viel Zeit darauf verwendet, Kontakte zu beiden Seiten des politischen Lagers zu knüpfen. Er ist daher die beste Wahl, um zu verhindern, dass die extreme Polarisierung in der amerikanischen Politik auf die Notenbank übergreift. Mit ihm hat die Fed die besten Chancen, die Phase des Ausstiegs aus der lockeren Geldpolitik gut zu bewältigen.

Der Autor ist Korrespondent in Frankfurt. Sie erreichen ihn unter: mallien@handelsblatt.com



Für Apple geht es bei seinen App-Store-Gebühren um Macht und Geld.

Alexander Demling

iPhone-Konzern

## Gar nicht intuitiv

Bei seiner App-Store-Gebühr verrenkt sich Apple immer mehr

Alleine in der vergangenen Woche hat Apple zwei größere Änderungen an seinen App-Store-Regeln angekündigt: In einer außergerichtlichen Einigung gestand der iPhone-Hersteller App-Entwicklern zu, ihre über den App Store gewonnenen Nutzer per E-Mail über alternative Zahlungsmöglichkeiten für dort abgeschlossene Abos zu informieren – so können die App-Entwickler die 30-prozentige Gebühr umgehen, die Apple für Vermittlung, Zahlungsabwicklung und andere Dienstleistungen nimmt. Und dann hat Apple noch angekündigt, von Verlagen nur noch 15 Prozent zu nehmen, allerdings nur wenn diese an Apples ziemlich schlapp angelaufenem Nachrichten-Abo News+ teilnehmen.

Sollte ein deutscher Steuerberater eine neue Herausforderung suchen, kann er sich bald auf Apples Regelwerk spezialisieren. Für einen Konzern, der Intuition zum obersten Designprinzip seiner iPhones und iPads erklärt hat, ist das ziemlich peinlich. Für Apple geht es bei seinen App-Store-Gebühren natürlich nicht um Eleganz, sondern um Macht und Geld. Im Prozess gegen den Spieleentwickler Epic Games erklärte Tim Cook recht offen die Überlegung hinter dem Verbot, Nutzer auf alternative Zahlungsmethoden hinzuweisen: „Wir würden praktisch unsere Rendite auf unser geistiges Eigentum aufgeben.“

Gerechter wird es, ähnlich wie im deutschen Steuerrecht, aber nicht durch immer mehr Ausnahmen. Nehmen wir das nun leicht aufgeweichte Verbot, Nutzer über alternative Zahlungsweisen zu informieren. Dieses dürfen Entwickler mit einer Mail umgehen, nicht aber mit einem Hinweis in ihrer App selbst. Im Epic-Prozess verglich ein Apple-Anwalt das mit einem Schild, das Apple in einem Elektronikmarkt aufstellt, um auf die günstigeren Preise für das iPhone im Apple-Laden gegenüber hinzuweisen – was der Elektronikladen natürlich verbieten würde.

Der passende Vergleich wäre aber ein Elektronikladen, der selbst in Apple-Apps oder dem Safari-Browser rumschnüffelt, ob Apple dort Smartphones feilbietet, ohne dass der Markt Umsatz abbekommt.

Die meisten Nutzer werden einen Teufel tun, Spotify- oder Tinder-Abos über fremde Webseiten abzuschließen und dort ihre Bankverbindung einzutippen. Sie schätzen die Sicherheit und Einfachheit des App Stores oder sind einfach Gewohnheitstiere. Es stünde dem wertvollsten Konzern der Welt gut zu Gesicht, eigene konsequente Konzessionen zu machen statt sich von Regulierern dazu zwingen zu lassen.

Der Autor ist Korrespondent in San Francisco. Sie erreichen ihn unter: demling@handelsblatt.com

Vermögensverwaltung

## Ein Warnschuss

Ermittlungen im Fall DWS sind ein Signal für die ESG-Branche.



Es gibt keine einheitlichen Standards, die festlegen, welche Anlagen nachhaltig sind.

Yasmin Osman

In Kursverlust von fast 14 Prozent an einem Tag – für die erfolgsverwöhnte DWS ist der Verdacht, die Angaben zum nachhaltig verwalteten Fondsvermögen geschönt zu haben, ein veritabler Schlag ins Kontor. Das gilt völlig unabhängig davon, ob Behörden wie die US-Börsenaufsicht SEC die Vorwürfe einer im Unfrieden ausgeschiedenen DWS-Managerin am Ende teilen werden oder nicht.

Bei der Anlage in ökologische, soziale oder ethische Vermögenswerte, zusammengefasst im Kürzel ESG (Environment, Social, Governance), spielen das Vertrauen in den Anbieter eines Produkts mindestens eine ebenso große Rolle wie die erzielbare Rendite. Und allein die Untersuchungen der Aufsichtsbehörden machen deutlich, dass Greenwashing – also Schönfärberei bei Nachhaltigkeitsangaben – wohl bald kein Kavaliersdelikt mehr sein wird.

Für die Finanzbranche ist das Warnschuss und Chance zugleich. Das Risiko für die Branche liegt darin, dass es bislang keine einheitlichen Standards gibt, die festlegen, welche Anlagen eigentlich wirklich nachhaltig sind. Nachhaltigkeitskriterien sind erst im Entstehen, selten verbindlich und erst recht nicht einheitlich. Dieser Wildwuchs ist einerseits sehr bequem: Er verleitet dazu, auf möglichst breite Definitionen zu setzen und die dann möglichst großzügig auszulegen.

Der Nachteil: Ohne ESG-Goldstandard lassen sich Greenwashing-Vorwürfe auch nicht auf die Schnelle ausräumen. Man darf davon ausgehen, dass die DWS nicht der einzige Vermögensverwalter ist, der sich schnell mal in Verlegenheit bringen ließe, wenn man seine Nachhaltigkeitsangaben genau abklopfen würde.

Genau darin liegt aber auch eine Chance: Wenn sich nämlich Politik und Finanzbranche dazu aufraffen können, einen ESG-Goldstandard zu schaffen. Gerne darf es auch noch einen Silber- oder Bronze-Standard für feinere Abstufungen in der Nachhaltigkeit geben. Hauptsache, er ist möglichst breit akzeptiert, möglichst marketing-frei, möglichst verständlich, möglichst verbindlich.

Wie schwierig das ist, zeigt das Beispiel Atomkraft – in Deutschland als schmutzige Energieform verpönt, in Frankreich wegen des geringen Ausstoßes von Kohlendioxid bei der Spaltung von Uran hoch geschätzt. Die EU hat sich zu dieser Frage noch immer nicht positioniert. Eine Entschuldigung sind solche Schwierigkeiten aber nicht. Der Preis für reputationschädigende Ermittlungen – und womöglich noch peinlichere Strafen – ist im Zweifel noch höher.

Die Autorin ist Korrespondentin in Frankfurt. Sie erreichen sie unter: osman@handelsblatt.com

Außenansichten

LE FIGARO

Die französische Zeitung „Le Figaro“ kommentiert die Auswirkungen des Corona-Sanitätspasses auf die französische Bahn SNCF:

Die Auswirkungen des Sanitätspasses auf den Verkehr bei der SNCF im Sommer sind limitiert. Mehr als 97 Prozent der Reisenden haben einen gültigen Sanitätspass. Die Einführung des PASSES für Fernzüge hat den Verkehr in diesem Sommer nicht wesentlich reduziert. „Wir hatten einen guten Sommer mit fast 22 Millionen Personen, die wir befördert haben“, erklärte SNCF-Chef Jean-Pierre Farandou. Für fehlende Sanitätspässe hat die SNCF Partnerschaften mit Apotheken geschlossen, um schnell einen Test machen zu können. Bei den SNCF-Beamten kommt die Impfung voran, 70 Prozent sind geimpft. Ab Montag ist der Sanitätspass an öffentlichen Orten wie Restaurants, Museen, Kinos und Geschäftszentren für die Angestellten Pflicht. Die Angestellten, die sich nicht daran halten, werden nicht entlassen, können aber ohne Bezahlung freigestellt werden.

FT FINANCIAL TIMES

Die britische „Financial Times“ kommentiert den Aktienrückkauf von Spotify:

Für den schwedischen Streamingdienst der Musikindustrie ist der Rückkauf von Aktien im Wert von einer Milliarde US-Dollar – anstatt das Geld in Forschung und Entwicklung, Marketing oder Investitionen zu stecken – offensichtlich mit Vertrauen in die Wachstumsaussichten vereinbar. Es ergäbe vielleicht mehr Sinn für Spotify, das Vierfache des nachlaufenden freien Cashflows in einen Rückkauf zu stecken, wenn die Aktien ein Schnäppchen wären. Aber trotz eines Rückgangs von 44 Prozent seit seinen Höchstständen Anfang Februar handelt der Streamingriese immer noch mit dem Vierfachen des erwarteten Umsatzes. Und das bei einer Wachstumsrate von nur 18 Prozent und Bruttomargen von 26 Prozent. Das Problem dabei ist jedoch nicht so sehr der für die Spotify-Aktien gezahlte Preis, sondern was er über die Wachstumsaussichten aussagt. Wer Geld für Aktienrückkäufe übrig hat, hat offenbar keine interessanten Ziele für Investitionen mehr.

Bloomberg

Die Finanznachrichtendienst „Bloomberg“ kommentiert die Großspenden chinesischer Tech-Konzerne:

Man könnte es die kommunistische Dotcomblase nennen. Die Aktien des chinesischen Onlinehändlers Pinduoduo stiegen in den USA um 22 Prozent, nachdem sie als einer von mehreren Technologieriesen eine große Spende für soziale Projekte zugesagt hatten. Die Unternehmensführer des Landes reagieren auf das Streben von Präsident Xi Jinping nach „gemeinsamem Wohlstand“. Heutzutage scheint es: je mehr chinesische Internetunternehmen verschenken, desto mehr sind sie wert. Chinas Kommunistische Partei ist misstrauisch gegenüber dem wachsenden Reichtum und der Macht der Technologieindustrie. Gleichzeitig hat Xi seine Entschlossenheit gezeigt, die politische Kontrolle über die Wirtschaft wiederherzustellen und den Trend der zunehmenden Ungleichheit umzukehren. In diesem Umfeld ist es gut angelegtes Geld, Ressourcen bereitzustellen, um die Regulierungsbehörden zu beruhigen und die Ausrichtung an den sozioökonomischen Prioritäten der Regierung zu signalisieren.



**Jerome Powell:**  
Er versicherte, dass eine Reduktion der Anleihekäufe nicht als direktes Signal für baldige Zinserhöhungen zu verstehen sei.

Geldpolitik

# Fed bereitet die geldpolitische Wende vor

Der Chef der US-Notenbank sucht nach Wegen, die Anleihekäufe zu beenden, ohne die Märkte zu verschrecken. In seiner Rede auf der Jackson-Hole-Konferenz gibt Powell ein deutliches Signal dafür.

**Katharina Kort, Jan Mallien**  
New York, Frankfurt

Die US-Notenbank Fed könnte noch in diesem Jahr damit beginnen, ihre Anleihekäufe zurückzufahren. Das erklärte Fed-Chef Jerome Powell am Freitag auf der Jackson-Hole-Konferenz der Notenbank. Auf der Juli-Sitzung der Fed sei er wie die meisten seiner Kollegen der Auffassung gewesen, „dass es angemessen sein könnte, das Tempo der Wertpapierkäufe in diesem Jahr zu reduzieren, wenn sich die Wirtschaft im Großen und Ganzen wie erwartet entwickelt“. Seither habe es einen weiteren starken Arbeitsmarktbericht gegeben, es sei aber auch das Risiko durch die Delta-Variante des Coronavirus gestiegen. Damit steuert die Fed auf eine Wende in ihrer Geldpolitik zu. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sie ihre Leitzinsen bis nahe null gesenkt und kauft für monatlich 120 Milliarden Dollar Anleihen und Hypothekenscheine. Angesichts der starken Erholung der US-Wirtschaft drängen zuletzt mehrere Notenbankvertreter auf einen baldigen Kurswechsel. Der erste Schritt in diese Richtung wäre ein Herunterfahren (tapen) der Anleihekäufe.

Er gilt allerdings auch als besonders sensibel für die Märkte, weil Investoren daraus unter Umständen Rückschlüsse auf die Zinsentwicklung bis weit in die Zukunft ziehen. Powell versicherte in seiner Rede jedoch, dass eine Reduktion der Anleihekäufe nicht als direktes Signal für baldige Zinserhöhungen zu verstehen sei.

Anleger reagieren erleichtert

Vor allem diese Bemerkung kam an der Börse gut an. Der Dow Jones legte nach der Rede am Freitag zu und gewann 0,7 Prozent. Auch der technologielastige Nasdaq legte zu. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen gaben nach. Die Finanzierungsbedingungen wurden damit also eher lockerer als straffer. Der Chefvolkswirt des Internationalen Bankenverbands (IIF), Robin Brooks, reagierte verwundert auf die Marktreaktion. „Wenn das Ziel der Fed darin besteht, die Finanzbedingungen zu straffen, ist dies prekär“, schrieb er auf Twitter. Aus seiner Sicht erhöhen fallende Langfristrenditen das Risiko, dass die Fed früher die Zinsen anheben muss. Für Brent Schutte, Chef-Investmentstrategie von Northwestern Mutual Wealth Management, ist die Powell-Rede ein weiterer Beweis, dass die

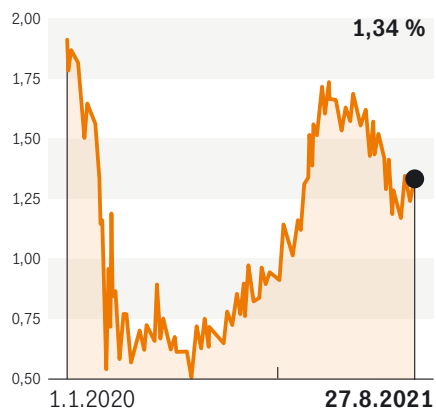
**”**  
Diese Fed ist dem Markt verpflichtet.

**Brent Schutte**  
Chef-Investmentstrategie von Northwestern Mutual Wealth Management

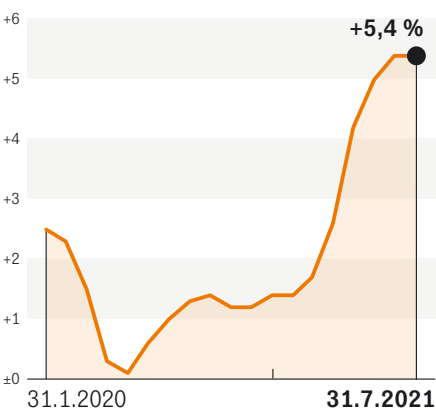
Fed für eine lockere Politik steht: „Diese Fed ist dem Markt verpflichtet“, sagte er gegenüber dem Wirtschaftssender CNBC. Die Fed wolle ganz offensichtlich den September abwarten, um zu sehen, wie der Arbeitsmarktreport während der zeitgleichen Ausbreitung der Delta-Variante ausfällt. Laut dem Devisenexperten der US-Großbank Citi, Ebrahim Rahbari, hält sich Powell alle Optionen offen. Seiner Ansicht nach auch die, bereits im September ein Tapering zu verkünden. Die US-Investmentbank Goldman Sachs bestätigte ihre Einschätzung, dass die Fed das Tapering wahrscheinlich im November verkünden wird. Powells Rede war mit besonderer Spannung erwartet worden. Traditionell gilt die Jackson-Hole-Konferenz als eines der wichtigsten Ereignisse der internationalen Geldpolitik. In diesem Jahr fand die Konferenz aber nur virtuell statt. Der Teilnehmerkreis beschränkte sich weitgehend auf US-Vertreter. Der Chef der Bank von England, Andrew Bailey, und EZB-Chefin Christine Lagarde waren nicht dabei. Letztere kommt erst an diesem Montag aus dem Urlaub zurück. So drehte sich die Debatte in diesem Jahr noch stärker als sonst um die amerikanische Geldpolitik.

Geldpolitik in den USA

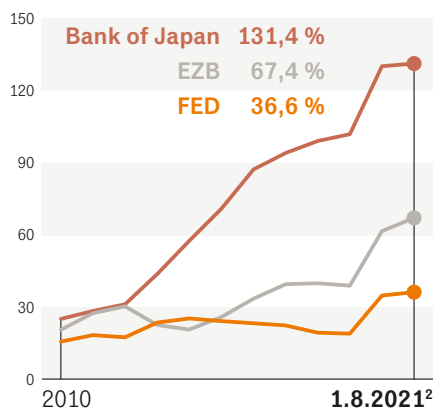
**10-jährige US-Staatsanleihe**  
Rendite in Prozent



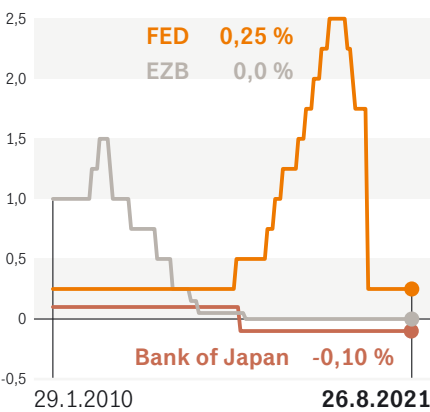
**US-Inflationsrate<sup>1</sup>**  
Veränderung zum Vorjahr in Prozent



**Bilanzsummen**  
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



**Leitzinsen**  
in Prozent



HANDELSBLATT

1) Konsumentenpreisindex (CPI); 2) BIP auf Basis der Prognose der Europäischen Kommission für 2021 • Quellen: Bloomberg, Europäische Kommission

Die US-Notenbank hat bisher stets als Kriterium für ein Tapering genannt, dass es „substantielle Fortschritte“ auf dem Weg zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität geben muss. Powell machte in seiner Rede deutlich, dass es zuletzt in beiden Punkten weitere Verbesserungen gegeben habe. Mit Blick auf die Preisstabilität war dabei lange Zeit eher zu niedrige als zu hohe Inflation das Problem. Das hat sich in diesem Jahr geändert.

Infolge der wirtschaftlichen Erholung von der Coronakrise ist die Inflation zuletzt kräftig gestiegen und lag deutlich über der angestrebten Preissteigerungsrate der Fed von zwei Prozent. Laut Powell hat die US-Notenbank ihr Preisstabilitätsziel inzwischen erreicht. Im Juli lag der Anstieg des Konsumentenpreisindex bei 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch das von der Fed präferierte Inflationsmaß, der Preisindex der privaten Konsumausgaben, stieg im gleichen Monat auf 4,2 Prozent – der höchste Wert seit 30 Jahren.

Die Fed war in ihren Inflationsprognosen für dieses Jahr von deutlich geringeren Werten ausgegangen. Sie hält aber an ihrer Position fest, dass es sich bei dem Preisanstieg weitgehend um ein vorübergehendes Phänomen handelt, das sie vor allem auf Sondereffekte durch die Pandemie zurückführt. In seiner Rede wies Powell darauf hin, dass sich die hohen Preissteigerungen hauptsächlich auf eine überschaubare Gruppe von Produkten beschränken, die davon stark beeinflusst gewesen seien. Zum Beispiel Hotelpreise, die in der Pandemie dramatisch gesunken waren und nun im Vergleich zum Vorjahr besonders stark gestiegen sind. Powell geht davon aus, dass dieser relative Anstieg nicht mehr lange andauern wird, da die Hotelpreise schon heute fast wieder auf dem Niveau der Zeit vor der Pandemie sind. Auch bei den zuletzt stark gestiegenen Gebrauchtwagenpreisen sieht er derzeit bereits einen Rückgang. Für 2022 prognostiziert die Fed wieder eine deutlich niedrigere Inflation.

Unterschiedliche Sicht über Inflation

Diese Sicht ist unter Ökonomen aber umstritten. So erwartet zum Beispiel der Chef des Washingtoner Peterson Institute, Adam Posen, dass die höhere Inflation länger anhalten wird. Dennoch plädiert er dafür, trotz einer höheren Inflation noch lange an der lockeren Geldpolitik festzuhalten. Er sieht nun eine Bewährungsprobe für die neue Strategie der Fed. Sie hatte im vergangenen Jahr angekündigt, dass sie künftig eine Inflation von über zwei Prozent anstreben will, wenn diese zuvor darunter lag.

Laut Posen hat Powell die weiter sehr lockere Geldpolitik bisher mit dem temporären Charakter des Inflationsanstiegs begründet. Dies bringe ihn in eine schwierige Position, wenn sich die Prognosen der Fed als falsch erweisen – und die Inflation auch im nächsten Jahr hoch bleibt. Denn dann würde die Öffentlichkeit eine schnellere Straffung der Geldpolitik erwarten.

Auch mit Blick auf das zweite Kriterium, den amerikanischen Arbeitsmarkt, stellte Powell fest, dass es dort mittlerweile weitere Fortschritte bei der Erholung gibt. Doch bereite die Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus Sorgen. „Die Delta-Variante bedeutet ein kurzfristiges Risiko, die Aussichten für weiteren Fortschritt in Richtung Vollbeschäftigung sind aber gut“, sagte er. Im Juli entstanden 943.000 neue Jobs außerhalb der Landwirtschaft, 5000 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote sank von 5,9 auf 5,4 Prozent im Juli. Der Rückgang fiel damit stärker aus, als erwartet worden war.

Kontroverse um Vollbeschäftigung

Eine Kontroverse dreht sich um die Frage, ab welchem Niveau Vollbeschäftigung erreicht ist. Auf dem Papier ist eine Arbeitslosenquote um fünf Prozent relativ niedrig. Powell verwies in seiner Rede jedoch auch darauf, dass dieser Wert die tatsächliche Arbeitslosigkeit unterschätzt. Die Arbeitslosenrate sei daher auf dem aktuellen Niveau nach wie vor viel zu hoch. Viele Menschen fallen

**New Yorker Börse:**  
Die Märkte reagierten positiv auf die Powell-Rede. Die Kurse legten zu.



aus der offiziellen Statistik heraus, weil sie zum Beispiel schon länger arbeitslos sind und nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen.

Auch wenn Powell in seiner Rede betonte, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Anleihekäufen und Zinserhöhungen besteht, hängen beide Elemente eng miteinander zusammen. Ein Grund für seine Äußerungen dürften die Erfahrungen aus dem Jahre 2013 sein. Als der frühere Fed-Chef Ben Bernanke damals ein schnelleres Herunterfahren der Anleihekäufe in Aussicht stellte, löste er schwere Turbulenzen an den Finanzmärkten aus, weil Investoren daraufhin frühere Zinserhöhungen erwarteten. Solange die Fed noch Anleihen kauft, gilt eine Zinserhöhung als nahezu ausgeschlossen. Das bedeutet jedoch im Umkehrschluss: Wenn die Anleihekäufe beendet sind, rückt eine Zinserhöhung näher.

Die Tücken des Ausstiegs

Aus Sicht von Adam Posen sind die massiven Anleihekäufe wirtschaftlich gar nicht mehr wichtig. Ihre Wirkung sei vor allem in Krisen stark, aber nicht in normalen Zeiten. Dennoch warnt er, dass ihr Auslaufen Probleme verursachen könne – nicht nur, wenn die Märkte dadurch frühere Zinserhöhungen erwarten. Daneben könnten auch öffentliche Äußerungen von Notenbankern über die Feinjustierung des Taperings zu Schwankungen an den Märkten führen. Zudem sieht er die Gefahr, dass es den Fed-Verantwortlichen während des Taper-Prozesses möglicherweise schwerer fällt einzugestehen, dass die Inflation länger hoch bleiben könnte.

Wie sich das Tapering auswirkt, wird auch davon abhängen, über welchen Zeitraum die Fed es streckt und wie sie dabei vorgeht. Sie muss abwägen, ob sie flexibel vorgeht oder sich darauf festlegt, in welchem Tempo sie die Käufe reduziert. Legt sie sich von vornherein fest, würde das die Unsicherheit reduzieren. Ein flexibles Vorgehen dagegen hätte den Vorteil, dass sie die Schritte an die wirtschaftlichen Bedingungen anpassen kann.

Die US-Investmentbank Goldman Sachs erwartet, dass die Fed ihre Anleihekäufe ab Dezember bei jedem ihrer Treffen um 15 Milliarden US-Dollar reduzieren wird. In diesem Fall wären die Käufe im Herbst 2022 beendet. Danach könnte die Notenbank aus Sicht von Goldman Sachs noch ein Jahr warten, bis sie die Zinsen erstmals anhebt. Der Chef der regionalen Fed von St. Louis, James Bullard, sprach sich hingegen dafür aus, die Käufe bereits innerhalb des ersten Quartals 2022 zu beenden.

Klar ist, dass die USA die wirtschaftliche Krise in der Pandemie überwunden haben. Damit dürften nun auch die geldpolitischen Entscheidungen wieder kontroverser werden. Das zeigt sich bereits daran, dass einzelne Fed-Vertreter sehr unterschiedliche Vorstellungen geäußert haben, wie die Notenbank beim Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik vorgehen sollte.

Susanne Schier Frankfurt

Es waren die ersten Quartalszahlen nach dem milliardenschweren Börsengang, und sie fielen nicht überzeugend aus. Der US-Neobroker Robinhood meldete zwar ein kräftiges Umsatzwachstum im zweiten Quartal, doch gleichzeitig musste das Unternehmen die Investitionen auf schwierigere Zeiten einstellen: Für die drei Monate bis Ende September 2021 rechnet Robinhood mit saisonalem Gegenwind und geringeren Handelsaktivitäten – mit Folgen für Umsatz und Kundenwachstum.

Ist diese Warnung auch für die deutschen Neobroker ein schlechtes Omen? Geht dem Hype um neue Anbieter wie Trade Republic, Scalable Capital und Smartbroker die Luft aus? Zwar sind saisonale Schwankungen wie die, vor denen Robinhood warnt, ein bekanntes Phänomen im Wertpapierhandel. Dennoch stehen die Neobroker vor einer Bewährungsprobe: In den nächsten Monaten müssen sie beweisen, dass sie sich dauerhaft als Alternative zu Direktbanken und Online-Brokern etablieren können.

Während des Lockdowns in der Corona-Pandemie profitierten die Neobroker von einer Sonderkonjunktur. Viele Menschen entdeckten ihr Interesse an den Aktienmärkten und fanden über die neuen Trading-Angebote mit ihren günstigen Preisen und intuitiven Benutzeroberflächen einen einfachen Zugang zur Börse. Der Ansturm von Kleinanlegern auf US-Aktien wie Gamestop, AMC und Blackberry brachte den Neobrokern im ersten Quartal 2021 zusätzliche Neukunden und ein starkes Geschäft.

Wir sind voll auf Kurs, bis zum Jahresende etwa eine halbe Million Kunden auf der Plattform zu haben.

Erik Podzuweit  
Mitgründer von Scalable Capital

Dass nach dieser außergewöhnlichen Entwicklung auch wieder schwächere Phasen kommen, war abzusehen. „Wenn der Lockdown zu Ende geht und die Menschen wieder mehr rausgehen können, werden viele die Lust an solchen Wetten verlieren“, hatte Erik Podzuweit, Mitgründer von Scalable Capital, bereits im Februar prognostiziert.

Auch Brokerage-Experte Philipp Bulis von der Beratungsgesellschaft Oliver Wyman hat „das Wiederabflachen der Handelsaktivität“ erwartet. Um das Wachstum aufrechtzuerhalten, hätte es weitere Ereignisse wie den Gamestop-Hype gebraucht, die „natürge-mäßig nicht regelmäßig vorkommen“. Alexander Braun vom Beratungsunternehmen Capco bezeichnet den Rückgang des Trading-Hypes, der wohl alle Broker und Neobroker trifft, nach den Rekorden aus dem ersten Quartal ebenfalls als „normale Entwicklung“.

Nun geht es darum, ob die Neobroker unabhängig von solchen Hypes wachsen können. Ganz einfach scheint das nicht: In dieser Woche überraschte der zur Wallstreet-Online-Gruppe gehörende Smartbroker mit einem deutlich schwächeren Kundenwachstum. Bis Ende 2020 hatte der Broker gut 80.000 Kunden gewonnen. Im Früh-

# Bewährungsprobe für die Neobroker

Der Trading-Hype ebbt ab. Nach einem sehr guten Jahresstart sind Kundenwachstum und Handelsaktivitäten derzeit wieder schwächer. Dennoch sehen sich die neuen Plattformen auf Kurs.



jahr waren es 135.000 Kunden. Bis Ende Juni erhöhte sich die Zahl dann nur noch auf 142.000.

Wallstreet-Online-Chef Matthias Hach sagt dazu: „Auch wenn die offiziellen Zahlen nach dem ersten Quartal des Jahres den Anschein geben, dass sich unser Kundenwachstum zuletzt abgeschwächt hat, sind wir sehr zuversichtlich, unsere Ziele zu erreichen.“ Er gehe davon aus, bis zum Jahresende 200.000 Kunden bei Smartbroker zu haben. Seine Einschätzung stützt er darauf, dass „der-

Computerspielerhändler Gamestop: Am Jahresanfang trieben Kleinanleger den Aktienkurs nach oben.

zeit zahlreiche Menschen Interesse an einer Kontoeröffnung zeigen oder bereits das Legitimationsverfahren durchlaufen.“

Positiv sticht zudem das betreute Vermögen mit 30.000 Euro pro Kunde hervor. So hatte Flatexdegiro zum Halbjahr ein betreutes Kundenvermögen von über 40 Milliarden Euro und gut 1,75 Millionen Kunden, was knapp 23.000 Euro pro Kunde entspricht. Der Online-Broker konnte von Januar bis Juni über 500.000 neue Kunden hinzu gewinnen.

Experten sehen bei Smartbroker aber einen wichtigen Nachteil. Dem Anbieter fehle eine Smartphone-App. Die einfach bedienbaren Apps der Konkurrenten und die damit verbundene Möglichkeit, überall zu handeln, gelten neben den niedrigen Gebühren als einer der Gründe, warum sich Anleger für einen Neobroker entscheiden. Hach stellt daher den Marktstart einer App für Anfang 2022 in Aussicht.

**Dennoch optimistisch**

Auch anderen Neobrokern dürfte es zuletzt schwerer gefallen sein, das hohe Kundenwachstum zu halten. Podzuweit von Scalable Capital bleibt dennoch optimistisch: „Wir sind voll auf Kurs, bis zum Jahresende etwa eine halbe Million Kunden auf der Plattform zu haben.“ Aktuell habe das Unternehmen, das auch in der digitalen Vermögensverwaltung aktiv ist, knapp 350.000 Kunden. Davon nutze die Mehrheit den Broker. Marktführer Trade Republic hatte bereits im Mai mehr als eine Million Kunden und gibt keine aktuelleren Zahlen bekannt.

Brokerage-Experte Bulis hält die Ziele der Neobroker zwar nicht für unrealistisch, aber für ambitioniert, solange es keine neuen Impulse an den Märkten gibt. Dass die Kunden derzeit weniger handeln als noch im Frühjahr, sehen auch die deutschen Anbieter vor allem in der Saisonalität begründet. „Traditionell ist im Wertpapiergeschäft das vierte und das erste Quartal am stärksten. Dass unsere Kunden derzeit weniger handeln, beunruhigt uns nicht“, betont Podzuweit. Er gehe davon aus, dass die Handelsaktivitäten im Herbst wieder anziehen. Und das auch ohne neuen Gamestop-Hype.

Zugleich legen die Neobroker Wert darauf, nicht als Zockerbuden wahrgenommen zu werden, auch wenn es für sie lukrativ ist, wenn die Kunden kräftig handeln. So gab Scalable Capital am Freitag bekannt, sein Sparplanangebot deutlich zu erweitern. Ab einer Rate von einem Euro können Anleger Aktien, Indexfonds und Kryptowährungen ohne Ordergebühren besparen.

Auch Trade Republic stellt sich als eine Plattform für das langfristige Sparen dar: „80 Prozent unserer Kunden haben mindestens einen Aktien- oder ETF-Sparplan“, sagte Mitgründer Christian Hecker vor Kurzem im Handelsblatt-Interview. Seiner Ansicht nach bleiben Kunden, die im Niedrigzinsumfeld eine Alternative für die Altersvorsorge suchen, auch längerfristig bei der Stange.

Laut Braun von Capco ist für den Erfolg der Neobroker in Deutschland daher entscheidend, wie anfällig sie aufgrund der Aufstellung ihrer Kundenbasis gegenüber Marktschwankungen sind, da insbesondere viele Börsenneulinge noch unzureichende Erfahrungen sowohl mit starken Kurseinbrüchen als auch mit nachhaltigen Anlagestrategien gemacht hätten. Fraglich sei daher, ob die Neobroker auch in einem Marktumfeld mit heftigeren Korrekturen Marktanteile gegenüber den etablierten Anbietern ausbauen können.

Bulis von Oliver Wyman ist unterdessen überzeugt, dass es einen Kundensockel gibt, der auch bei „schlechten“ Märkten bestehen bleiben wird. Im Jahr 2020 habe der Marktanteil von Neobrokern in Deutschland bei sieben bis acht Prozent gelegen. „Für 2023 haben wir einen Marktanteil von 20 bis 25 Prozent berechnet.“ Vorteile sieht er in der Ansprache junger Kunden und in der kostengünstigen Infrastruktur.

# Zusätzlicher Rettungsfonds für kriselnde Institute

Sparkassen und Landesbanken haben eine milliardenschwere Reform ihres Sicherungssystems auf den Weg gebracht. Die EZB muss allerdings noch zustimmen.

Nach monatelangem Streit haben sich die Sparkassen und Landesbanken auf einen Umbau ihres Sicherungssystems verständigt. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) stimmte am Freitag in Berlin einstimmig für eine grundlegende Reform sowie den Aufbau eines zusätzlichen Fonds zur Rettung kriselnder Geldhäuser.

„Es war ein intensiver Diskussionsprozess in unserer Gruppe, in dem berechnete, unterschiedliche Interessen engagiert vertreten wurden“, sagte DSGV-Präsident Helmut Schleweis. „Erst dadurch wurde es möglich, eine gemeinsame Lösung zu finden, die alle Beteiligten jetzt mittragen können.“

Die Sparkassen-Finanzgruppe kommt mit dem Umbau Forderungen der Aufsichtsbehörden EZB und Bafin nach, die zahlreiche Schwächen bei der Institutssicherung bemängelt und grundlegende Anpassungen gefordert hatten. Unter anderem verlangten sie, dass die Institute zusätzlich zu den bereits vorhandenen Mitteln im Sicherungssystem ab dem Jahr 2025 gut fünf Milliarden Euro in einen neuen Topf zur Rettung kriselnder Institute einzahlen. Der DSGV will die verabschiedeten Beschlüsse nun der Finanzaufsicht vorlegen, wie DSGV-Präsident Schleweis erklärte. „Wir sind optimistisch, die Gespräche mit der EZB bald abschließen zu können.“

Die Verhandlungen unter Sparkassen und Landesbanken waren hart, der jetzt gefundene Kompromiss ist tragfähig und wichtig.

Danyal Bayaz  
Finanzminister in Baden-Württemberg

Das öffentlich-rechtliche Sicherungssystem besteht seit den 1970er-Jahren und sieht vor, dass sich Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen im Krisenfall gegenseitig stützen. Die Institutssicherung gilt als maßgeblich für den Zusammenhalt der öffentlich-rechtlichen Institute, die zusammen Marktführer am deutschen Bankenmarkt sind.

Die Finanzaufsicht sieht die Institutssicherung schon länger kritisch, weil es bei der Rettung von Landesbanken wie der NordLB immer wieder zu monatelangen Hängepartien kam. Aktuell dienen die im Sicherungssystem hinterlegten Mittel nicht nur der Stützung kriselnder Institute, sondern auch zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung von Spareinlagen. Die Finanzaufsicht findet das problematisch und dringt deshalb auf zwei getrennte Töpfe.

Die Zielausstattung des neuen Fonds zur Rettung kriselnder Banken entspricht dabei 0,5 Prozent der Risikopositionen der beteiligten Institute. Da sich die sogenannten Risikoaktiva in der Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt auf gut eine Billion Euro



Sparkassen-Logo: Die Finanzgruppe kommt mit dem Umbau den Forderungen von EZB und Bafin nach.

belaufen, müssen die beteiligten Geldhäuser nach derzeitigen Berechnungen 5,2 Milliarden Euro in den Topf überweisen.

Nach aktuellen Schätzungen werden sich die Risikoaktiva der Landesbanken am Jahresende auf rund 300 Milliarden Euro belaufen und die der Sparkassen auf rund 700 Milliarden Euro. Basierend auf den Risikoaktiva hätten die Sparkassen also mehr zum neuen Stützungsfonds beitragen müssen als die Landesbanken. Da das Klumpenrisiko bei den Landesbanken höher ist, verständigten sich die Beteiligten am Ende jedoch auf eine 50:50-Lösung. Viele Landesbanker hätten sich eigentlich eine reine Orientierung an den Risikoaktiva gewünscht und tragen den nun gefundenen Kompromiss nur zähneknirschend mit. Am Ende konnten sie sich der Argumentation der Sparkassen, dass der Rettungsfonds in erster Linie für mögliche Schiefagen von Landesbanken geschaffen werden muss, jedoch nicht entziehen.

Das Land Baden-Württemberg, das mit 25 Prozent an der Stuttgarter Landesbank LBBW beteiligt ist, äußerte sich positiv zur gefundenen Vereinbarung. „Die Verhandlungen unter Sparkassen und Landesbanken waren hart, der jetzt gefundene Kompromiss ist tragfähig und wichtig“, sagte der baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz. „Vor diesem Hintergrund erwarte ich nun schon, dass die EZB diese Lösung auch akzeptiert.“

Ein Fortbestand des Haftungsverbands von Sparkassen und Landesbanken ist für den Sektor auch deshalb von großer Bedeutung, weil daran die sogenannten Verbundprivilegien gebunden sind. Diese erlauben den Instituten unter anderem, Beteiligungen innerhalb der Finanzgruppe nicht mit Eigenkapital zu unterlegen und keine Großkreditgrenzen beachten zu müssen.

Die Ratingagentur Scope sieht den Kompromiss auch noch aus anderen Gründen positiv. Wenn der zusätzliche Rettungsfonds 2032 komplett gefüllt sei, „wird er dank weniger komplexer Entscheidungsmechanismen in der Lage sein, auch eine größere Landesbank zeitnah in signifikantem Umfang zu stützen“, erklärte Scope-Direktor Christian van Beek. Aus seiner Sicht sinkt durch den neuen Fonds auch das Risiko, dass die EU-Wettbewerbsbehörden bei Stützungsmaßnahmen intervenie-

ren. An den Landesbanken sind neben den Sparkassen auch die jeweiligen Bundesländer beteiligt. Wenn diese sich an Bankenrettungen beteiligen, wird dies von der EU-Kommission stets überprüft, was den gesamten Prozess in die Länge zieht.

Scope weist allerdings auch darauf hin, dass der Aufbau des Rettungstopfes eine zusätzliche finanzielle Belastung für die öffentlich-rechtlichen Institute darstellt, „die wegen sinkender Zinsmargen und ihrer hohen Kostenbasis ohnehin unter Druck stehen“. Die Extra-Kosten seien für Sparkassen und Landesbanken aber verschmerzbar, da der neue Fonds über einen längeren Zeitraum hinweg und erst ab 2025 befüllt werden müsse, erklärte die Ratingagentur. Andreas Kröner

ANZEIGE

Die Anleger-Initiative von Deutsche Bank und Handelsblatt

Investment Live Digital Edition

Nachhaltige Investmentstrategien und Anlagemöglichkeiten in bewegten Zeiten: In exklusiver Runde geben unsere Expert:innen Tipps und beantworten Ihre Fragen.

Melden Sie sich jetzt für den 13. September ab 17:30 Uhr an.

IM LIVESTREAM

Katja Dofel  
NTV-Börsen-moderatorin

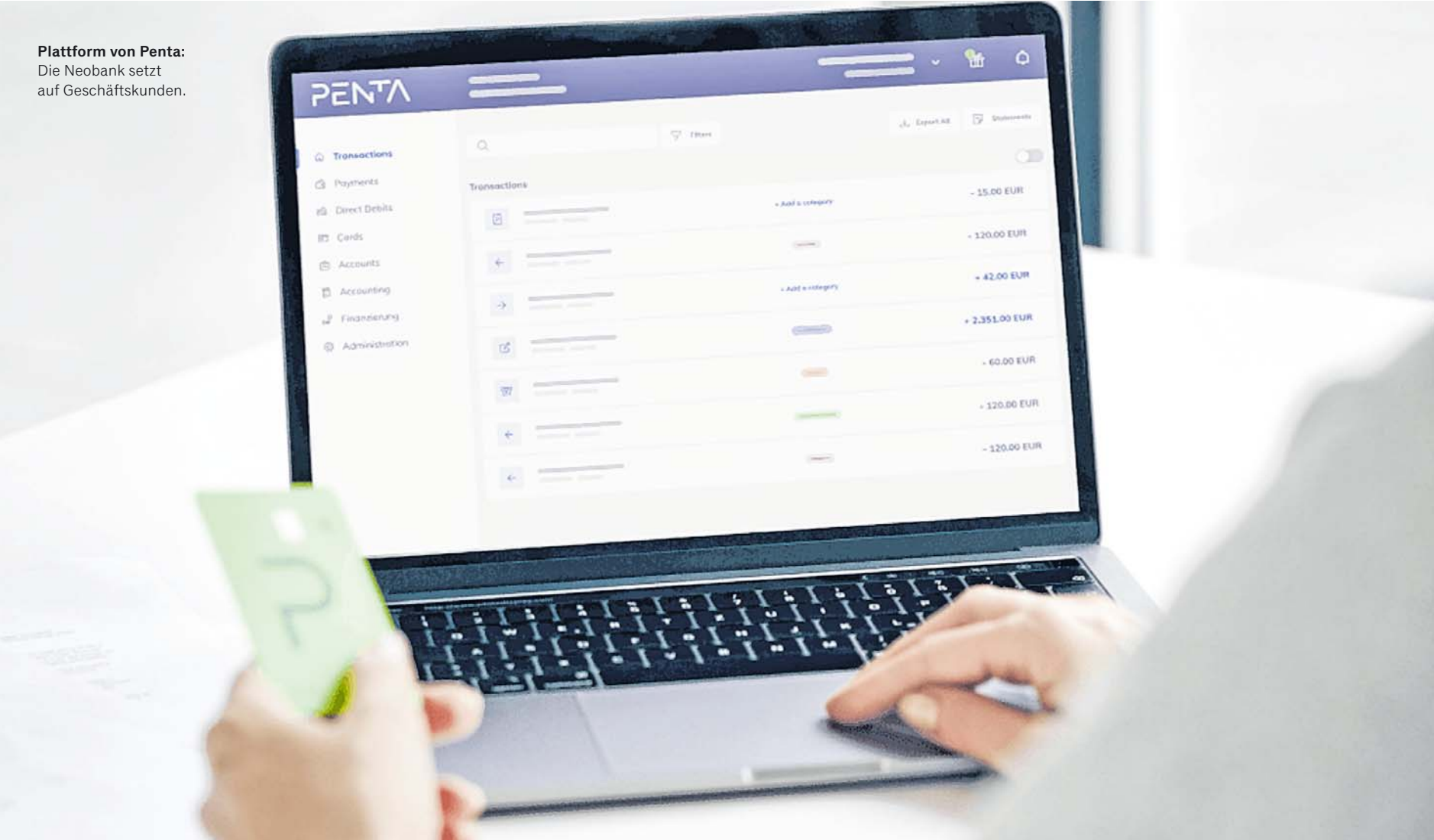
Sebastian Matthes  
Chef-Anlagestrategie Handelsblatt

Dr. Ulrich Stephan  
Chef-Anlagestrategie Privat- und Firmenkunden Deutsche Bank

Jetzt kostenlos anmelden:  
[handelsblatt.com/investmentlive](https://handelsblatt.com/investmentlive)

In Kooperation mit Deutsche Bank

Handelsblatt  
Substanz entscheidet.



Plattform von Penta:  
Die Neobank setzt  
auf Geschäftskunden.

Penta

Darlehensmarkt

# Neue Konkurrenz für etablierte Banken

Ex-Deutschbanker Markus Pertlwieser baut das Kreditangebot von Penta aus.

Frank M. Drost Berlin

Penta-CEO Markus Pertlwieser stellt beim Thema Kredite die ersten strategischen Weichen. „Wir werden in diesem Jahr unser Kreditangebot ausbauen“, kündigte Pertlwieser gegenüber dem Handelsblatt an. Mit einigen Großbanken sei man in fortgeschrittenen Gesprächen. Auch im Einlagenbereich will er den Kunden neue Angebote unterbreiten. „Wir werden keine zweistellige Anzahl von Partnern für unsere Plattform brauchen“, erklärt Pertlwieser. Aber wir benötigen je nach Risikoprofil unserer Kunden unterschiedliche Kreditgeber.“ Das Thema Dispokredit hat Penta ebenfalls im Visier. „Einen Dispokredit werden wir mit der Solarisbank anbieten, die auch für unsere Bank-Infrastruktur zuständig ist“, kündigt Pertlwieser an. Die Kreditangebote dürften im kommenden Jahr auf den Markt kommen. Selbst werde Penta aber keine Kredite auf die eigene Bilanz nehmen. Die Challenger-Bank bietet mithilfe von Kooperationspartnern bereits seit Ende vergangenen Jahres KfW-Schnelldarlehen an. Mit dem Kreditangebot hebt sich Penta derzeit von anderen Angeboten der Online-Geschäftsbanken ab. Aber Wettbewerber wie Holvi und Qonto liebäugeln ebenfalls mit entsprechenden Offerten für Geschäftskunden. Andere Anbieter wie Moss, Kontist oder

Finom dürften sich dem Sog schlecht entziehen können. Experten halten ein Kreditangebot für zentral: „Für Gründer und kleine und mittlere Betriebe sind Kredite in gewünschtem Volumen oder zu passenden Konditionen nicht immer leicht zu erhalten. Hier besteht Bedarf“, so Sven Korschinowski, Partner bei der Beratungsgesellschaft KPMG. Derzeit gibt es in Deutschland 3,5 Millionen Freiberufler, Solo-Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen. Diese Zielgruppe wird aus Sicht der Neo-Banken derzeit nicht optimal von etablierten Banken bedient. Das fängt bei der unkomplizierten Eröffnung eines Kontos an und hört bei Dienstleistungen auf, die das Leben der kleinen Mittelstands erleichtern, wie etwa Spesenverwaltung und Buchhaltungsfunktionen. Diese Lücke wollen die Neobanken füllen. „Wir sind für unsere Kunden der digitale Chief Financial Officer“, meint Pertlwieser etwa. Pertlwieser war bis September 2020 Digitalchef des Privatkundengeschäfts der Deutschen Bank. Dass Penta einen Hochkaräter aus der etablierten Bankenwelt verpflichtete, sorgt für Überraschung in der Branche. Von einem Kulturschock will der Wirtschaftsingenieur aber nichts wissen. „Es geht auch bei Penta darum, ein digitales Geschäftsmodell erfolgreich umzusetzen“, sagt Pertlwieser. Das sei auch der Schwerpunkt seiner Arbeit in den vergangenen Jahren gewesen. Aber die Umsetzungsgeschwindigkeit habe

sich verändert. „Ich bin bei einem Ozeanriesen von Bord gegangen und steuere jetzt ein Schnellboot.“

Eine zentrale Lücke soll geschlossen werden

Ein bedeutsames Thema hat der neue CEO schon geklärt. Jedes Management müsse sich die strategische Frage stellen, ob das Unternehmen selbst zur Plattform oder zu einer smarten Produktfabrik werden soll. Die Antwort des bekennenden Anhängers der Plattformökonomie fällt wenig überraschend aus: „Wir wollen unseren Kunden Zugang zu den besten Produkten und den besten Dienstleistungen bieten.“ Und mit dem Kreditangebot wird eine zentrale Lücke auf der Plattform geschlossen. Generell biete die Digitalisierung des Firmenkundensegments noch erhebliche Chancen. „Die Geschäftskunden klassischer Banken sind digital deutlich unterversorgt“, sagt Pertlwieser. Wie dieses Manko konkret in Kundenwachs-

tum für Penta umgemünzt werden kann, will der Manager nicht verraten. Das hat auch damit zu tun, dass Penta in der Vergangenheit eine Zahl von 50.000 Kunden als Ziel in den Raum gestellt hat, als das Unternehmen noch kostenlose Konten anbot. Diese Zeit ist vorbei. Derzeit hat Penta 30.000 zahlende Kunden und „wächst dynamisch“. An Ehrgeiz mangelt es dem ehemaligen Deutschbanker nicht. Er will Penta zur führenden digitalen Neobank für Geschäftskunden in Deutschland machen. „Das wird nicht gehen, ohne den klassischen Banken einen nennenswerten Marktanteil abzunehmen.“ Dafür sieht sich Penta vorerst gut kapitalisiert. Eine weitere Kapitalrunde spülte kürzlich 15 Millionen Euro in die Kassen und erhöhte das gesamte Funding auf 60 Millionen Euro. Das Unternehmen, das mehrheitlich zum Finleap-Universum gehört – wie beispielsweise die Solarisbank, Clark oder Elinvar –, hat noch keinen Einhorn-Status wie beispielsweise die Solarisbank. Finanzkreise bewerten das Unternehmen derzeit mit rund 180 Millionen Euro. Zum Thema Bewertung will sich Pertlwieser nicht äußern. Die nächste Kapitalrunde für Penta ist für 2022 avisiert. Dann dürfte auch das Thema Internationalisierung mehr in den Mittelpunkt rücken, erklärt Pertlwieser. „Das ist nicht nur für weiteres Wachstum relevant, sondern auch ein Thema, mit dem man attraktive Investoren und Top-Talente für sich gewinnt.“

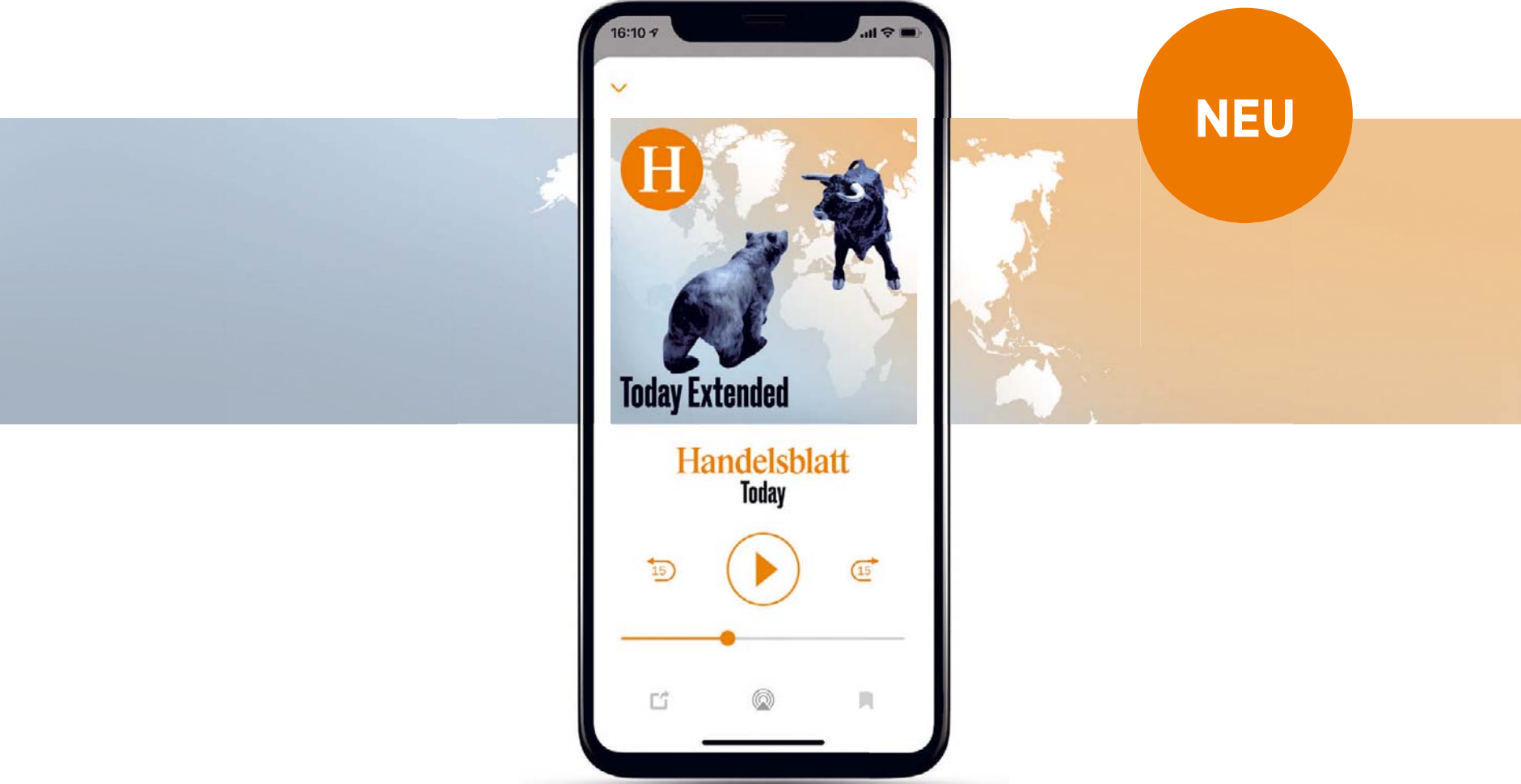


Markus Pertlwieser: Penta hat derzeit 30.000 zahlende Kunden.

Nils Broer für Handelsblatt

# Handelsblatt Today Extended

Der Geldanlage-Podcast mit Börsenexperte Ulf Sommer



NEU



Mary-Ann Abdelaziz-Ditzow

Ulf Sommer

Unsere Podcasts bekommen Zuwachs: Ergänzend zum börsentäglichen Podcast Handelsblatt Today liefern Mary-Ann Abdelaziz-Ditzow und Ulf Sommer im neuen Sonderformat vertiefende Analysen zu ausgewählten aktuellen Geldanlage-Themen. Jeden zweiten Sonntag ab 6 Uhr – überall, wo es Podcasts gibt.

Jetzt Reinhören:  
[handelsblatt.com/today](https://handelsblatt.com/today)



Handelsblatt  
Substanz entscheidet.

Ingo Narat Frankfurt

Das Top-Thema in der Finanzbranche heißt Nachhaltigkeit. Wie sehr es auch die Vermögensverwalter aufwühlt, belegt der Fall SEC und DWS. Die US-Börsenaufsicht überprüft aktuell, ob die Deutsche-Bank-Fondsgesellschaft bei den Angaben zu ihren nachhaltigen Anlagen übertrieben hat. Sie geht Anschuldigungen der ehemaligen DWS-Nachhaltigkeitschefin nach. Der Vermögensverwalter sprach am Freitag von „unbegründeten Vorwürfen“ und stellte klar: „Wir weisen die Anschuldigungen einer ehemaligen Mitarbeiterin entschieden zurück.“

Die Aufregung um die Vorwürfe zeigt auch, wie wichtig der Bereich für Asset-Manager und Anleger geworden ist. Mit dem grünen Gewissen lässt sich Geld verdienen – viel Geld. Wer vor knapp zehn Jahren Aktien von Vestas Wind Systems kaufte, der konnte sie beim Höchststand im Januar dieses Jahres zum 60-fachen Preis verkaufen. Und das Beispiel des dänischen Herstellers von Windkraftanlagen ist kein Einzelfall. Auch ähnliche Aktien sind teuer geworden. „Die Investoren kaufen, weil die Nachfrage nach erneuerbaren Energien steigt und weil die weltweiten regulatorischen Initiativen für eine nachhaltige Wirtschaft in diese Richtung drängen“, erklärt Norbert Keimling, Aktienstrategie beim Vermögensverwalter Taunus Trust. Er glaubt allerdings: „Irgendwann müssen sich die Bewertungen normalisieren.“

Am Markt hat sich eine Kluft aufgetan zwischen erneuerbaren und fossilen Energien. Das illustrieren die Aktienindizes: So gewann der „Clean Energy Index“ von S&P seit Beginn letzten Jahres deutlich – trotz des Corona-Börsencrashes im März. Der „World Energy Index“ von MSCI für Firmen aus dem fossilen Energiesektor hat zuletzt zwar ebenfalls zugelegt, liegt aber weit unter dem Niveau des vergangenen Jahres. Stark gewichtet ist im Clean Energy Index unter anderem Vestas, das mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 47 gehandelt wird. Unter den großen Positionen ist auch die amerikanische Enphase Energy. Anleger zahlen derzeit für Aktien des Anbieters von Solarstromtechnik das 86-Fache des Gewinns – eine extrem hohe Bewertung.

## Minderheit setzt auf fossile Energien

Anders verläuft die Entwicklung bei den Förderern fossiler Energien – maßgeblich mitverantwortlich für die Erderwärmung. Investoren trennen sich von solchen Firmen, was Kurse und Bewertungen drückt. Aktien europäischer Ölkonzerne wie Royal Dutch Shell oder BP werden zu Kurs-Gewinn-Verhältnissen von unter acht gehandelt – das sind sehr niedrige Bewertungen. Anleger können beide Indizes als Indexfonds kaufen und damit deren Wertentwicklungen direkt einfangen.

Bei erneuerbaren Energien ist das größte Produkt das Blackrock-Angebot „iShares Global Clean Energy Ucits ETF“ mit 4,8 Milliarden Euro Kapital. Bei fossilen Energien vereint die DWS-Offerte „Xtrackers MSCI World Energy Ucits ETF“ mit 1,2 Milliarden Euro das meiste Geld auf sich. Die verschiedenen Größenordnungen scheinen auch das unterschiedliche Interesse der Anleger widerzuspiegeln: Viele setzen auf die Zukunftshoffnungen. Eher eine Minderheit sucht Chancen bei den als Auslaufmodell geltenden Konzernen für fossile Energien – nicht zuletzt, weil die Titel billig sind.

Doch der Größenunterschied hat mehrere Gründe. „Die wachsende Kluft bei den Aktienbewertungen zwischen ‚grünen‘ und ‚braunen‘ Unternehmen ist auch regulierungsgetrieben“, sagt Ingo Speich. Den steigenden Druck erkennt der Nachhaltigkeitsexperte bei Deka Investment bei den Unternehmen der Realwirtschaft etwa durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung und für die Finanzbranche durch die Vorgaben bei ihren Anlagen. In beiden Sektoren steckt dahin-



Windpark: Mit dem grünen Gewissen lässt sich Geld verdienen – viel Geld.

Paul Langrock.de +49 172 3120 3

## Grüne Aktien

# Überbewertete Umweltretter

Immer mehr Investoren stecken ihr Geld in nachhaltige Unternehmen, weshalb die Kurse dieser Wertpapiere stark steigen. Andere Geldverwalter kaufen deshalb lieber billige Klimasünder. Eine Kluft hat sich aufgetan.



plaipicture/NOI Pictures/Van Lervai

Erdölförderung: Die Förderer fossiler Energien sind maßgeblich mitverantwortlich für die Erderwärmung.

ter die Absicht, das Klimazielen von Paris zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

„Uns betreffen vor allem die EU-Definitionen für nachhaltige Geschäftsaktivitäten in der sogenannten Taxonomie und die Vorgaben der deutschen Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin für nachhaltige Fonds“, sagt Speich. Im Sinne der Taxonomie gilt eine Wirtschaftsaktivität als konform, wenn sie wesentlich zu einem von sechs Umweltzielen beiträgt, ohne einem anderen zu widersprechen. Die Bafin wiederum will eine Mindestanlagequote von drei Vierteln der Gelder in nachhaltige Firmen bei jenen Fonds fordern, die sich als nachhaltig bezeichnen wollen.

Speich hält moderate Korrekturen bei den hochpreisigen Aktien aus dem Bereich der erneuerbaren Energie für möglich. Einen solchen Rückgang gab es bereits zu Jahresanfang. Eine Trendwende erkennt der Experte aber nicht. Die EU-Definitionen würden erst für einen Teil des Klimabereichs vorliegen, weitere für Umwelt und Soziales noch folgen. Außerdem beobachtet der Deka-Mann, dass andere wichtige Regionen einen ähnlichen Weg beschreiten wie Europa. „In den USA fordert die Börsenaufsicht von Unternehmen demnächst den Ausweis für Treibhausgasemissionen, in Hongkong und damit China werden ähnliche Anforderungen diskutiert“, sagt er. Sein Fazit: „Die Neubewertung bei den Aktien wird anhalten. Wir stehen erst am Anfang, denn der Druck durch das Klima wird weiter zunehmen.“

Großinvestoren reagieren darauf bereits, erklärt Taunus-Trust-Experte Keimling: „Portfolio manager denken um, sie legen eigene Nachhaltigkeitsfonds auf, bereinigen bisherige Depots um Titel mit einem schlechten Nachhaltigkeits-Rating.“ So entsteht ein gewaltiger Anlagemarkt mit Ansprüchen an Umwelt, Soziales und Unternehmensführung, in Finanzkreisen mit den englischen Begriffen Ecology, Social und Governance beschrieben und mit ESG abgekürzt. Das Vermögen nachhaltiger Fonds hat sich in Deutschland laut BVI binnen Jahresfrist bis Ende Juni verdreifacht und 361 Milliarden Euro erreicht. Der Finanzdatenanbieter Bloomberg Intelligence beziffert das nach Nachhaltigkeitskriterien verwaltete Vermögen Ende vergangenen Jahres auf weltweit 38 Billionen Dollar und erwartet in vier Jahren einen Anstieg auf 53 Billionen Dollar.

Auch unabhängige Beobachter erkennen die hohen Kurse der grünen Unternehmen. So sagt etwa Ali Masarwah, Fondsexperte bei der Online-Plattform Envestor: „Regulierung verstärkt die Überbewertung von Aktien grüner

”

Die wachsende Kluft bei den Aktienbewertungen zwischen ‚grünen‘ und ‚braunen‘ Unternehmen ist auch regulierungsgetrieben.

Ingo Speich  
Nachhaltigkeits-  
experte bei Deka  
Investment

Unternehmen.“ Eine vor dem Platzen stehende Spekulationsblase erkennt er jedoch nicht. Die meisten Staaten wollten sich von fossilen Energieträgern verabschieden. So sei wachsende Nachfrage nach den Alternativen programmiert.

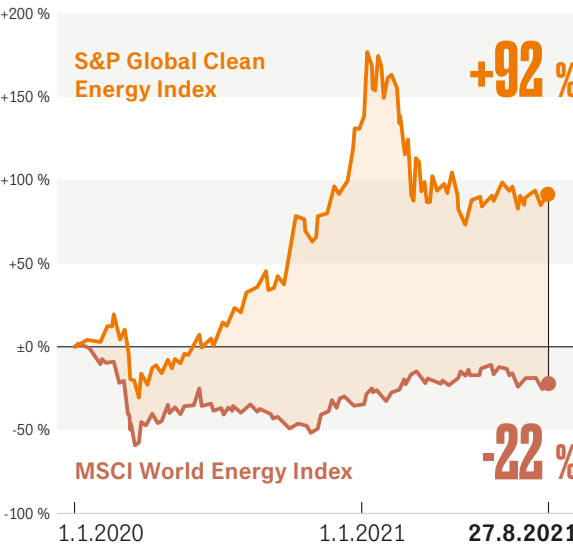
Diese Erwartung spiegle sich in den Börsenkursen wider. „Das absehbare Wachstum zieht einfach Investoren an, aber wann die Kurse überschießen, das ist weniger klar“, sagt Masarwah. Einen Vergleich lehnt er übrigens ab: „Wir sehen hier keine Mega-Blase wie Anfang des Jahrtausends bei den Internet-Aktien.“ Klassische Privatanleger können mit neuen Regeln ab März in Berührung gekommen sein. Seither gilt die sogenannte Offenlegungsverordnung für Investmentfonds und Altersvorsorgeprodukte – etwa von Versicherungen oder jenen im betrieblichen Rahmen. Danach müssen die Verwalter darstellen, inwieweit sie bei ihren einzelnen Angeboten Nachhaltigkeitsüberlegungen berücksichtigen. Ab Sommer kommenden Jahres werden die Bankberater über die europäische Finanzmarkttrichtlinie einbezogen. Sie müssen dann ihre Kunden im Gespräch aktiv auf das Thema Nachhaltigkeit ansprechen.

Die zunehmende Regulierung scheint bei manchen Großinvestoren Unmut zu erzeugen. „Verantwortliche für die Anlage von Geldern zur Altersvorsorge fühlen sich gedrängt, in ‚grüne‘ Firmen zu gehen und die ‚braunen‘ zu meiden“, erklärt ein Investorenberater. Das bereite ihnen Unbehagen. „Nach außen können sie das nicht sagen, weil sie sonst als Klimafeinde und als die Bösen dastehen würden“, ergänzt der Fachmann. Oft höre er, die Politik solle lieber die Realwirtschaft regulieren als die Finanzbranche.

Viele Vorsorge-Einrichtungen würden schon wegen der Nullzinswelt überzeugt sein, die Ertragsziele für ihre Beitragszahler zu verfehlen, also die versprochenen Rentenzahlungen nicht halten zu können. Jetzt komme die Regulierung mit zusätzlichen Einschränkungen des Anlage-Universums erschwerend hinzu. Solche Fragen beantwortet Aktienstrategie Keimling ganz anders. Der Taunus-Trust-Mann löst das Problem für die Vermögensverwaltung mit einem Ansatz jenseits des Mainstreams. Er reagiert aktiv auf die divergierenden Aktienbewertungen und kauft das, worauf andere jetzt verzichten: „Die Firmen im Bereich Öl und Gas sind zu billig, das bietet Anlagechancen, auch wenn wir Nachhaltigkeit für wichtig halten.“ Bei Taunus Trust sind sogar Aktien des russischen Gaskonzerns Gazprom in den Beständen. Die Aktie gilt rein aus Bewertungssicht als extrem billig.

## Die große Kluft

Relative Wertentwicklung Aktienindizes für erneuerbare und fossile Energie, Veränderung in Prozent



HANDELSBLATT

Top-5-Positionen des S&P Global Clean Energy Index  
Schätzung: Kurs-Gewinn-Verhältnis 2021

Enphase Energy	86,3
Vestas Wind Systems	46,9
Orsted	42,9
NextEra Energy	33,2
Xcel Energy	23,0

Top-5-Positionen des MSCI World Energy Index  
Schätzung: Kurs-Gewinn-Verhältnis 2021

Chevron	14,8
Exxon Mobil	12,9
TotalEnergies	8,7
Royal Dutch Shell	7,7
BP	7,6

Quellen: Bloomberg, MSCI, S&P



Cristiano Ronaldo: Er bewegt den Kryptomarkt.

## Kryptomarkt

# Ronaldo-Transfer lässt Fan-Token schwanken

Der Fußballstar wechselt nicht zu Manchester City, sondern zum Lokalrivalen United.

Wechselwirrwarr um Fußballstar Cristiano Ronaldo: Der Kapitän der portugiesischen Nationalmannschaft verlässt Juventus Turin und schließt sich Manchester United an, wie der englische Klub am Freitagabend auf seiner Internetseite mitteilte. Dabei hatten spanische und italienische Medien berichtet, der Angreifer stehe vor einem Wechsel zu Manchester City.

Juventus-Trainer Massimiliano Allegri hatte zuvor bestätigt, dass sich Ronaldo bereits von seinen Teamkollegen verabschiedet habe. Das Ziel des 36-Jährigen hatte er aber offengelassen. „Ich habe mit Cristiano gesprochen. Er hat mir gesagt, dass er nicht bei Juventus bleiben will“, sagte Allegri auf einer Pressekonferenz vor dem Heimspiel gegen den FC Empoli.

Die Entwicklung sorgte nicht nur in der Fußballwelt für Aufsehen, sondern auch am Kryptomarkt. Der Kurs des Manchester-City-Fan-Tokens reagierte auf den vermeintlich bevorstehenden Wechsel Ronaldos zu City laut Daten des Analysehauses Coinmarketcap zunächst mit einem Kurssprung von 39 Prozent auf bis zu 36 Euro. Die Nachricht vom geplatzten Wechsel schickte den Kurs dann auf Talfahrt. Am Sonntagnachmittag notierte der Fan-Token bei etwa 19 Euro. Das Handelsvolumen lag am Freitag auf 24-Stunden-Sicht bei knapp 150 Millionen Euro. Zum Start der vergangenen Woche waren nur Token im Wert von acht Millionen Euro gehandelt worden.

Fan-Token gehören zu den sogenannten Utility-Token – und werden bei Fußballklubs immer beliebter. Nicht nur Manchester City und Juventus Turin, sondern auch andere europäische Topklubs wie der FC Barcelona, Paris Saint-Germain und der AC Mailand haben einen Fan-Token ausgeben.

Der Käufer des Tokens erhält beispielsweise ein Vorkaufsrecht bei Tickets oder Rabatte auf Fanartikel. Auch Abstimmungen über kleinere Entscheidungen sind möglich, etwa über die Farbe der Auswärtstrikots oder den Spruch auf der Kapitänsbinde. Die Token können wie andere Kryptowährungen an verschiedenen Cyberbörsen gehandelt werden. Als Zahlungsmittel werden sie aber nicht eingesetzt – es sind Liebhaberwerte.

Siege, Niederlagen oder Transfergerüchte sorgen dabei für große Kursbewegungen. Als der argentinische Superstar Lionel Messi Anfang August vom FC Barcelona in die französische Hauptstadt wechselte, stieg der Kurs des Paris-Fan-Tokens durch die Spekulationen rund um den Transfer in der Spitze um fast 150 Prozent. Das tägliche Handelsvolumen schoss von rund 50 Millionen auf mehr als 600 Millionen Euro in die Höhe. Seitdem gab der Kurs wieder um 40 Prozent nach. Andreas Neuhaus, Marie Vandenhirt

Finanzmarktausblick

# Konjunktur als Risikofaktor

Das Wirtschaftswachstum könnte sich im Herbst abschwächen. Stärkere Schwankungen an den Börsen sind programmiert.

Susanne Schier Frankfurt

Mit seinen Aussagen zur US-Geldpolitik hat Notenbankchef Jerome Powell für einen positiven Wochenausklang an den Aktienmärkten gesorgt. An der Wall Street erreichten wichtige US-Indizes am Freitag neue Höchststände, zuvor hatte auch der deutsche Leitindex Dax im Plus geschlossen. Doch nun könnten weitere positive Impulse am Aktienmarkt fehlen. „Die vierte Corona-Welle, der Materialmangel, weniger Wachstum in China – am Konjunkturrhimmel sind dunkle Wolken aufgezogen“, sagt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. Anleger müssen daher wohl wieder mit größeren Schwankungen an den Börsen rechnen.

Fed-Chef Powell sagte zwar, dass die US-Notenbank noch in diesem Jahr damit beginnen könnte, das Tempo ihrer Anleihekäufe zurückzufahren. Er betonte aber, dass ein Beginn des sogenannten Taperings nicht als direktes Signal für baldige Zinserhöhungen zu verstehen sei. Diese Bemerkung kam bei den Anlegern gut an. Der Dax legte am Freitag um 0,4 Prozent auf 15.852 Punkte zu. Auf Wochensicht erzielte der deutsche Leitindex ein Plus von 0,3 Prozent. In den USA erreichten der marktbreite Index S&P 500 und der technologielastige Nasdaq-Index neue Höchststände. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,7 Prozent im Plus bei 35.456 Punkten.

## Arbeitsmarkt gerät in den Fokus

Weitere Hinweise auf den Zeitplan der US-Notenbank erhoffen sich die Beobachter von der nächsten geldpolitischen Sitzung Ende September. In der neuen Handelswoche werden Investoren aber erst einmal die neuen Arbeitsmarktzahlen aus den USA genau unter die Lupe nehmen. Der Arbeitsmarktbericht für August wird am kommenden Freitag veröffentlicht. Im Schnitt erwarten Analysten laut Datenanbieter Bloomberg, dass im August 787.000 neue Stellen außerhalb der Landwirtschaft entstanden sind. Im Vormonat



Handelsaal in Frankfurt: Ab September gibt es 40 Mitglieder im Dax.

Am Konjunkturrhimmel sind dunkle Wolken aufgezogen.

Jörg Krämer  
Commerzbank-  
Chefvolkswirt

waren es noch 943.000 gewesen. Einen ersten Hinweis zum US-amerikanischen Arbeitsmarkt liefern am Mittwoch bereits die ADP-Zahlen. Hierzulande stehen bereits am Montag die Verbraucherpreise für August auf der Agenda. Im Juli lag die Inflationsrate in Deutschland bei 3,8 Prozent. Am Dienstag folgen die entsprechenden Daten aus der Euro-Zone. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte ihren geldpolitischen Kurs trotz einer höheren Inflation fortsetzen. Da sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland und der Euro-Zone im vierten Quartal „massiv abschwächen“ dürfte, rechnet Krämer von der Commerzbank damit, dass die Notenbank ihr Anleihekaufprogramm über das Frühjahr 2022 hinaus verlängern könnte.

## Gewinndynamik lässt nach

Für Claudia Windt, Analystin bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), scheinen daher neue Rekorde im Dax erst einmal außer Sichtweite. Mitte August hatte der deutsche Leitindex sein bisheriges Rekordhoch bei 16.030 Punkten erreicht. Zwar stünden die erzielten Unternehmensgewinne neuen Rekordständen nicht im Wege. Die Berichtssaison zeige, dass die Firmen den

Einbruch aus dem vergangenen Jahr hinter sich gelassen haben. Starke Quartalszahlen haben den Aktienkursen zahlreicher Firmen in Deutschland zuletzt Rückenwind gegeben. „Mit Blick auf das zweite Halbjahr scheint aber die Skepsis der hiesigen Aktienanleger durchaus angebracht“, meint die Expertin. Eine Fortsetzung der Gewinndynamik sei vor dem Hintergrund von Lieferengpässen, mehr Infektionen sowie hoher Inflation eher zweifelhaft. Womöglich, so Windt, könnte diese Gemengelage die deutsche Konjunktur im zweiten Halbjahr beeinträchtigen, wie es der Ifo-Geschäftsklimaindex jüngst bereits angedeutet habe. Zuletzt hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft weiter eingetrübt. Die Erwartungen der Unternehmen, vor allem aus Gastronomie und Tourismus, sind wieder von weniger Optimismus geprägt.

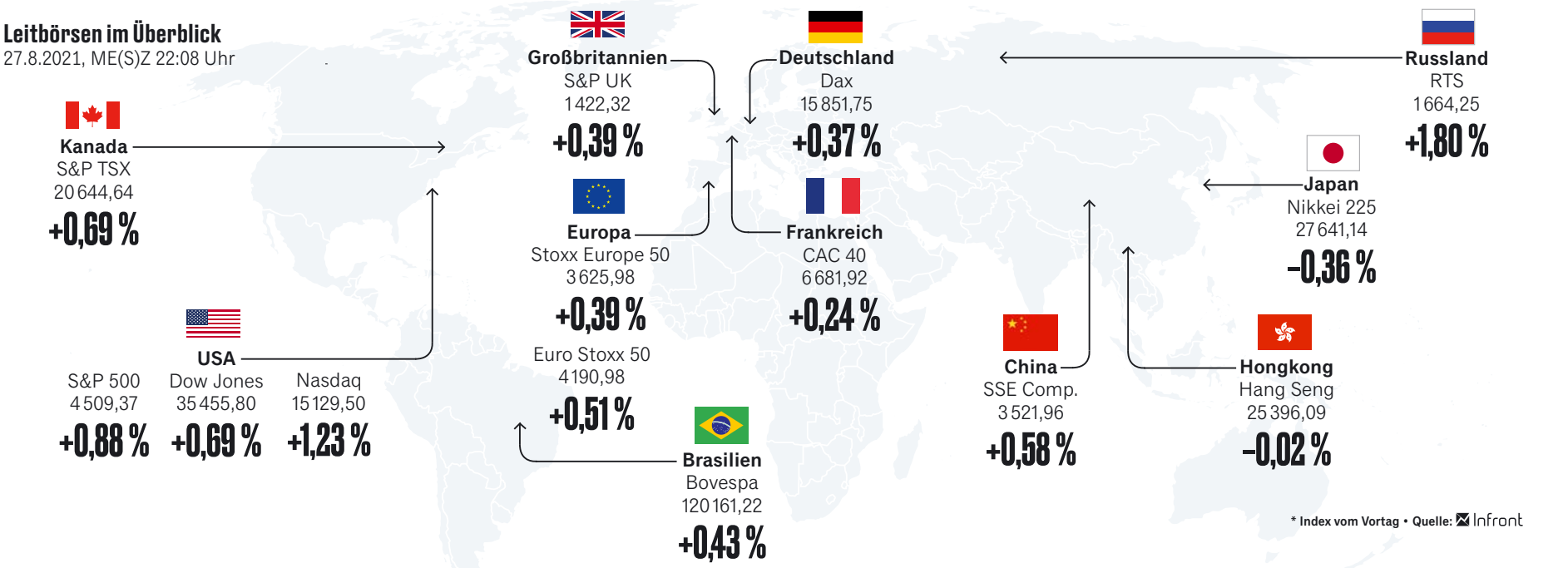
Auch Markus Wallner, Aktienstratege der Commerzbank, geht davon aus, dass sich der positive Trend bei den Unternehmensgewinnen im zweiten Halbjahr nicht fortsetzt: „Der anhaltende Mangel an Halbleitern beziehungsweise weiterhin teure Vorprodukte dürften die Ertragsqualität deutscher Unternehmen mindern.“

Exportstarke Sektoren wie die Automobilindustrie dürften im Herbst zudem ein schwächeres Wachstum der chinesischen Wirtschaft zu spüren bekommen. Er rechnet daher mit einer erhöhten Volatilität am Aktienmarkt. Zuversichtlicher ist DZ-Bank-Analyst Christian Kahler. Er räumt zwar ein, dass die Veränderungen bei den Wirtschaftsdaten seit Wochen auf eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hindeuten. Dennoch geht er davon aus, dass die Rekordjagd an den Börsen weitergeht. Als Gründe für seine Einschätzung nennt er neben den außergewöhnlich guten Unternehmensgewinnen eine günstige Liquiditätssituation. Dazu passe auch, dass die Stimmung an den Aktienmärkten keine Euphorie zeigt.

## Indexentscheid steht an

Hierzulande wirft am Freitagabend mit dem Indexentscheid der Deutschen Börse ein weiteres großes Ereignis seine Schatten voraus. Damit einher geht eine große Umstellung, da der Dax dann von 30 auf 40 Werte aufgestockt wird. Ein Ziel der Reform ist, die deutsche Unternehmenslandschaft noch besser abzubilden. Entscheidend für einen Aufstieg in die oberste deutsche Börsenliga ist die Marktkapitalisierung auf Basis der Rangliste von Ende August. Gute Chancen haben unter anderem Airbus, Zalando, Siemens Healthineers, Symrise und Hellofresh. Neue Dax-Mitglieder müssen künftig auch weitere Kriterien erfüllen, beispielsweise zwei Jahre vor der Aufnahme profitabel gewesen sein.

Der Index der mittelgroßen Unternehmen, der MDax, verkleinert sich dagegen von 60 auf 50 Firmen. Die Dax-Erweiterung gehe zwar zulasten des MDax, kommentiert die Fondsgesellschaft DWS. Nebenwerte böten jedoch für aktive Anleger mit Fokus auf Einzeltitel erhebliches Potenzial. So habe es der Primus unter den Dax-Titeln in den vergangenen zwölf Monaten auf ein Kursplus von 80 Prozent gebracht. Im MDax hätten sich dagegen vier Werte in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.



\* Index vom Vortag • Quelle: Infront

## Edelmetall

# Deutsche Anleger kaufen so viel Gold wie lange nicht

Der Absatz von Barren und Münzen boomt in Deutschland. Ein Grund sind steigende Inflationssorgen.

Mehr als 90 Tonnen Gold in Barren und Münzen – so viel Edelmetall haben die Deutschen im ersten Halbjahr 2021 gekauft. Das geht aus kürzlich veröffentlichten Daten des World Gold Council hervor. Es ist die größte Menge verkauften physischen Goldes in Deutschland innerhalb eines Halbjahres seit 2009. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Bloomberg darüber berichtet. Damit übertraf der Goldabsatz sogar den bisherigen Rekord von 90 Tonnen aus dem Corona-Halbjahr 2020. Weltweit kaufen derzeit nur die Chinesen mehr Gold. In Europa ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Gold-Absatzmarkt: Auf die deutschen Anleger entfielen im ersten Halbjahr knapp 60 Prozent des auf dem europäischen Kontinent verkauften Goldes.

Dahinter folgen die Schweiz und Österreich. Der Kaufrausch der Deutschen fällt in eine Zeit, in der die Inflationssorgen zunehmen. Im Juli stieg die Inflationsrate in Deutschland auf 3,8 Prozent – so viel wie seit fast 30 Jahren nicht mehr. Auch die Europäische Zentralbank geht davon aus, dass die Teuerungsrate mittelfristig erhöht bleibt. Nach wie vor hält die Notenbank den Preisanstieg in diesem Jahr aber hauptsächlich für ein vorübergehendes Phänomen. Gleichzeitig ist das reale Zinsniveau in Deutschland so gering wie nie: Die Rendite der zehnjährigen inflationsbereinigten Bundesanleihe handelt nahe ihrem Allzeittief bei rund minus zwei Prozent. Da Gold keine Zinsen abwirft, ist das Edelmetall aus Sicht deutscher Anleger eine attraktive Alternative.

Trotz des eigentlich günstigen Umfelds schwächt Gold derzeit. Der Preis notiert bei etwa 1800 Dollar pro Feinunze (rund 31,1 Gramm). Seit Jahresbeginn ist der Goldpreis um fünf Prozent gefallen. Insbesondere Profianleger in den USA halten sich aktuell mit Edelmetall-Investments zurück. Nur zögerlich fließt Investorengeld in Gold-ETFs. Als Grund sieht Daniel Briesemann, Rohstoffexperte der Commerzbank, Unsicherheit über die weitere Entwicklung der US-Zinsen: Er rechnet damit, dass die US-Notenbank Federal Reserve schon bald den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik vorbereitet. „Daher könnte es Gold unseres Erachtens schwer haben, deutlich und nachhaltig zu steigen, zumal schon seit Wochen die Unterstützung der ETF-Anleger fehlt“,

so Briesemann. Die Investorennachfrage könnte jedoch zurückkommen, wenn die gestiegene Inflation auf schwächerndes Wirtschaftswachstum trifft. Joe Foster, Portfoliomanager und Goldexperte beim Vermögensverwalter Van Eck, sagt: „Derzeit treiben Angebotsengpässe und die wachsende Nachfrage die Inflation an.“

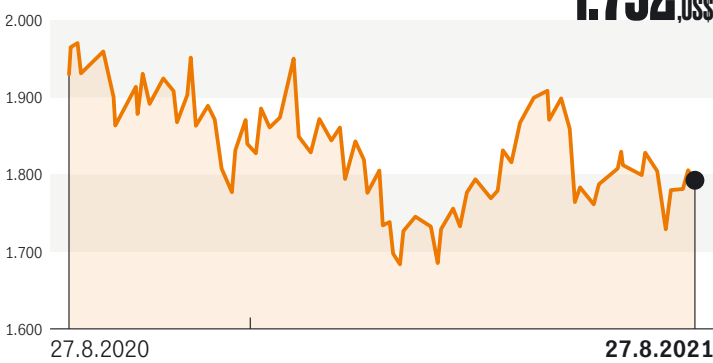
Doch die tiefen Anleiherenditen zeigten, dass die Märkte niedrigeres Wachstum in der Zukunft einpreisen. „Inflation stellt ein erhebliches Risiko dar, und wenn der Anleihemarkt die wirtschaftliche Schwäche richtig vorhersagt, dann wird die aktuelle Inflation eventuell irgendwann in eine Stagflation übergehen“, warnt Foster. Für genau diesen Fall scheinen die deutschen Goldkäufer vorzusorgen. Jakob Blume



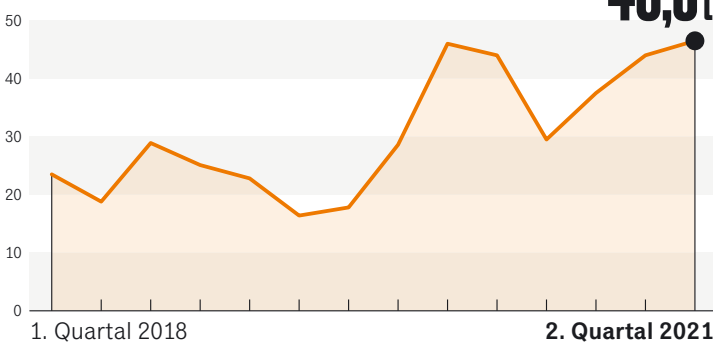
Gold-Verarbeitung: In Europa ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Gold-Absatzmarkt.

## Steigende Nachfrage

Goldpreis in US-Dollar je Feinunze



## Nachfrage nach Barren und Münzen in Deutschland in Tonnen



HANDELSBLATT

Quellen: Bloomberg, World Gold Council

## SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku (mittel)				7	4			
	5		1		8		9	
				6	9			2 8
	2	1		7	6			3
			9	5				8
	6	7			5	8		
		5					7 3	1
	1							
				2		4	9	

Sudoku (schwer)			5				4	
			6			9		
				8			5	
				4	3		2	6 1
					8			3
	3	9	5				2	4
	1				2			5
		2	7				4	9 8
							3	

## Lösungen vom 27.08.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: [www.handelsblatt.com/sudoku](http://www.handelsblatt.com/sudoku)

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.

Lösung (mittel)	6	8	1	3	7	5	2	9	4
	3	5	7	2	9	4	8	1	6
	2	9	4	6	1	8	5	3	7
	8	1	6	7	4	2	9	5	3
	7	3	5	8	6	9	1	4	2
	9	4	2	1	5	3	7	6	8
	1	6	3	9	8	7	4	2	5
	4	2	8	5	3	1	6	7	9
	5	7	9	4	2	6	3	8	1

Lösung (schwer)	3	2	1	8	7	5	6	4	9
	5	9	7	6	4	2	3	8	1
	4	8	6	3	9	1	5	7	2
	7	6	4	9	1	8	2	3	5
	2	1	9	4	5	3	7	6	8
	8	3	5	2	6	7	9	1	4
	6	5	2	7	8	4	1	9	3
	1	7	8	5	3	9	4	2	6
	9	4	3	1	2	6	8	5	7

Märkte heute

↗

Tops

Dax

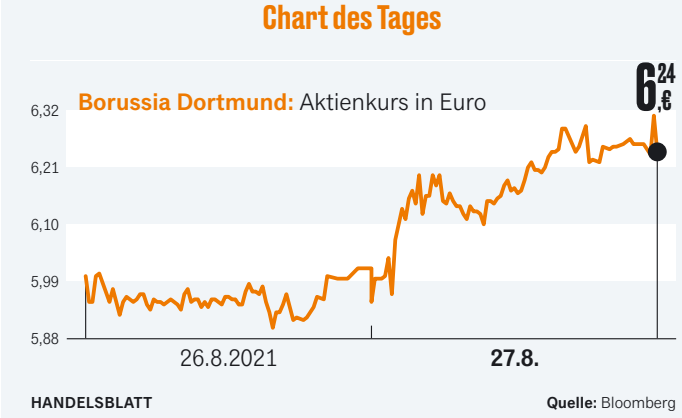
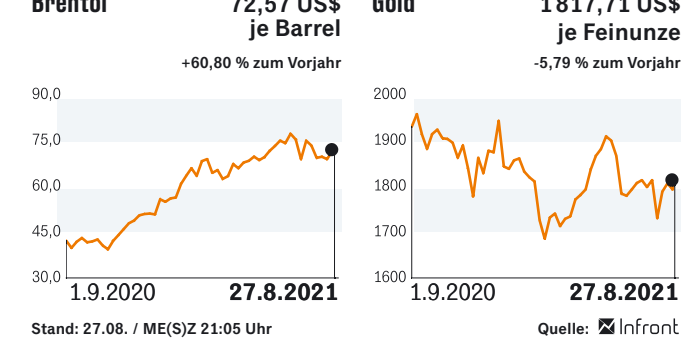
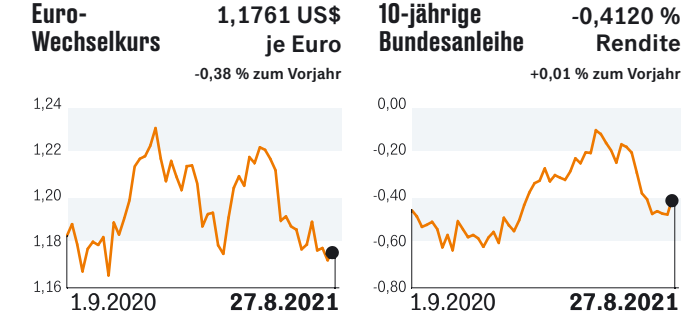
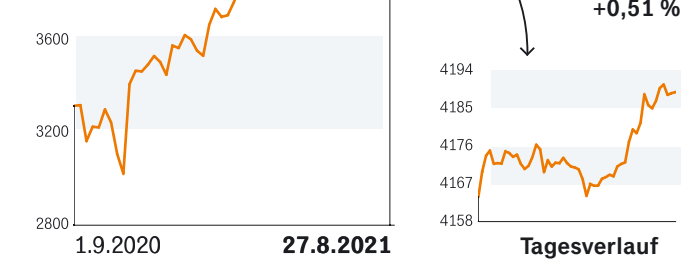
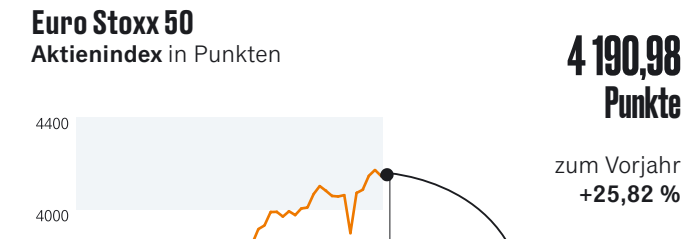
Flops

↘

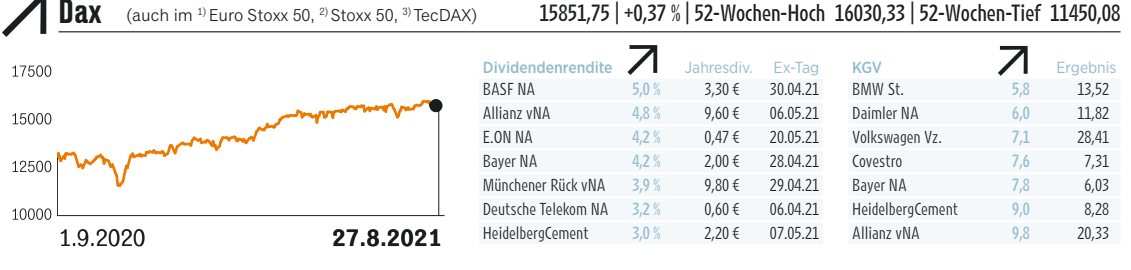
Infinion NA	+1,85 %	Fresenius M. C. St.	-1,75 %
Vonovia NA	+1,29 %	RWE St.	-0,76 %
Siemens NA	+1,16 %	Deutsche Bank NA	-0,47 %

MDax			
Aixtron NA	+3,29 %	HelloFresh	-2,41 %
Knorr-Bremse	+2,73 %	Symrise Inh.	-1,67 %
Qiagen	+2,50 %	Varta	-1,61 %

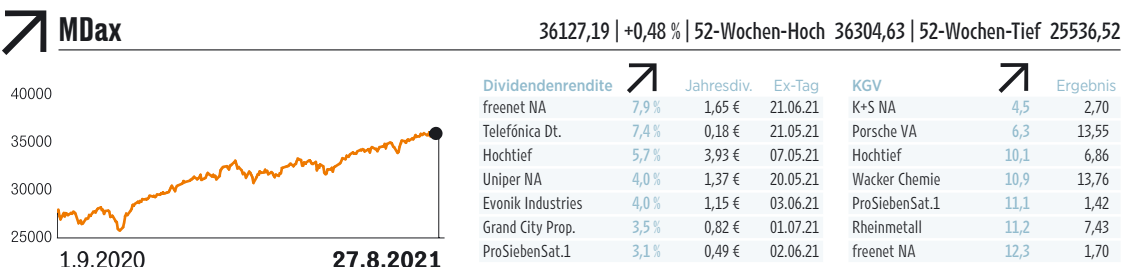
Euro Stoxx 50			
Adyen	+2,48 %	Flutter Entertain.	-1,52 %
ASML Hold.	+2,21 %	CRH	-0,92 %
Infineon NA	+1,85 %	Kering	-0,57 %



Die Aktie von Borussia Dortmund ist am Freitag um 5,5 Prozent auf 6,27 Euro gestiegen und hat sich damit an die Spitze des Kleinwertsindexes SDax gesetzt. Nicht nur Fußballfans, sondern auch Investoren gefiel die Auslösung der Gruppengegner in der Champions League. Mit Sporting Lissabon, Ajax Amsterdam und Besiktas Istanbul sehen die Anleger offenbar gute Chancen auf ein Weiterkommen.



	Hoch	Tief	Schluss	± %	1 Jahr		Hoch	Tief	Stück	UW.	Termin	Rend.	2021	2022	2023	in Mrd.	in %			
Aixtron NA <sup>1,2</sup>	306,60	302,65	304,25	+0,26	+19,03		336,25	250,20	247.385	3,00	12,05	2,10	3,30	7,81	10,20	38,96	29,83	61,0	87	
Adidas NA <sup>1,2</sup>	199,04	197,42	199,00	+0,06	+8,12		223,50	148,60	569.990	2,60	04,05	2,22	4,80	20,33	21,23	39,7	93,7	82,0	93	
Allianz vNA <sup>1,2</sup>	66,66	65,63	66,50	+0,14	+28,4		72,88	45,92	1.215.087	9,00	20,44	5,20	3,40	6,22	5,55	10,69	11,98	61,1	94	
Bayer NA <sup>1,2</sup>	47,49	47,01	47,21	+0,06	+16,32		51,73	39,91	1.068.979	2,00	29,04	2,22	2,00	6,03	6,46	7,85	7,17	46,5	94	
BMW St. <sup>1</sup>	78,49	77,34	78,28	+0,44	+31,34		96,39	57,25	743.213	1,90	11,05	2,22	5,40	4,00	3,52	12,79	5,79	6,12	47,1	54
Continental	115,02	113,38	114,90	+1,14	+25,85		132,68	84,34	233.140	k.A.	29,04	2,22	k.A.	2,38	7,61	11,51	15,10	9,97	23,0	54
Covestro	55,58	55,00	55,50	+0,84	+38,33		63,24	39,50	416.986	1,30	21,04	2,22	2,3	7,31	5,86	7,59	9,47	10,7	100	
Daimler NA <sup>1,2</sup>	71,40	70,43	71,21	+0,72	+65,6		80,41	41,77	1.222.370	1,35	10,10	2,11	1,9	5,40	11,82	14,4	6,02	6,22	76,2	73
Delivery Hero	120,65	117,75	120,00	+0,63	+32,13		145,40	85,24	359.706	k.A.	16,06	2,11	0,00	-4,61	-3,38	0,00	0,00	29,9	67	70
Deutsche Bank NA	10,56	10,35	10,52	+0,47	+27,06		12,56	6,75	6.699.828	k.A.	19,05	2,22	0,40	0,20	1,02	1,28	10,32	8,22	21,7	94
Deutsche Börse NA <sup>1</sup>	149,40	148,15	148,80	+0,44	+6,36		160,20	124,85	196.512	3,00	18,05	2,22	3,20	6,55	7,13	22,72	20,87	28,3	93	
Deutsche Telekom NA <sup>1</sup>	57,29	56,80	57,24	+0,2	+50,09		60,15	37,27	1.128.005	1,35	06,05	2,22	3,16	3,78	3,86	15,67	15,35	73,4	74	
Deutsche Post NA <sup>1</sup>	18,49	18,38	18,47	+0,14	+21,99		18,92	12,59	3.115.172	0,60	07,04	2,22	3,0	0,60	1,14	1,29	16,20	14,32	87,9	86
Deutsche Wohnen Inh.	11,16	11,05	11,06	+0,22	+10,64		11,43	8,27	3.496.965	0,47	12,05	2,22	4,2	0,49	0,82	0,89	13,42	12,63	39,2	10
E.ON NA	45,09	44,81	45,03	+0,38	+1,75		47,60	30,13	524.473	0,88	21,05	2,11	2,0	0,90	3,27	3,69	12,77	12,20	25,1	73
Fresenius	17,12	16,66	16,16	+0,22	+9,2		17,58	15,18	350.921	1,34	20,05	2,11	2,0	1,21	3,63	4,26	18,23	15,53	19,4	68
Fresenius Medical Care St.	74,32	73,38	74,18	+0,6	+39,86		81,04	47,35	261.892	2,00	06,05	2,11	3,0	2,44	8,28	8,60	9,56	8,61	14,7	70
HeidelbergCement	36,14	35,39	36,09	+1,85	+54,56		39,50	81,40	378.329	1,85	04,04	2,22	2,2	1,85	4,66	5,01	17,79	16,55	14,8	100
Henkel VZ	261,40	259,29	260,30	+1,05	+44,22		273,91	212,90	263.907	81,06	26,07	2,11	4,24	16,185	11,115	30,86	28,28	138,6	100	
Infinion NA <sup>1,3</sup>	267,50	265,40	266,30	+0,32	+24,85		270,90	183,15	316.397	81,06	26,07	2,11	4,24	16,185	11,115	30,86	28,28	138,6	100	
Merck	201,10	198,70	199,70	+0,15	+75,48		207,60	111,85	209.965	1,40	22,04	2,22	0,7	0,50	0,81	0,87	74,81	72,38	25,8	93
MTU Aero Engines NA	197,75	195,85	197,30	+0,2	+22,97		224,90	129,95	157.311	1,25	21,04	2,11	3,00	5,91	8,1	33,38	24,33	10,5	85	
Münchener Rück vNA <sup>1</sup>	252,30	250,35	251,95	+0,16	+4,41		269,30	194,10	180.075	9,80	28,04	2,22	3,9	10,40	20,45	23,90	12,32	15,4	35,3	94
RWE St.	33,04	32,78	32,88	+0,76	+10,4		38,65	28,39	1.062.092	0,85	28,04	2,22	2,6	0,90	1,76	1,83	18,64	17,92	22,2	94
SAP AG	126,38	124,52	125,76	+0,29	+10,4		143,32	89,93	986.245	1,85	18,05	2,22	1,5	1,86	5,58	5,17	22,54	24,32	15,5	94
Siemens Energy	24,21	23,97	24,28	+0,16	+10,4		24,88	22,36	1.186.968	0,44	01,02	2,22	1,4	0,13	0,42	0,40	56,47	24,8	12,6	70
Siemens NA <sup>1,2</sup>	140,68	137,94	140,68	+1,16	+24,78		150,96	98,50	1.081.778	3,50	03,02	2,11	2,5	3,60	7,12	5,59	19,76	18,53	119,6	88
Volkswagen VZ <sup>1</sup>	200,80	198,70	200,75	+0,38	+43,27		252,20	122,96	458.406	4,86	22,07	2,11	2,4	7,56	28,41	32,16	7,07	6,24	41,4	94
Vonovia NA <sup>1</sup>	58,36	57,50	58,30	+1,29	+1,85		62,74	48,57	741.725	1,69	16,04	2,11	2,9	1,77	2,75	2,66	21,20	21,92	33,5	90



27.8.2021	Tages			Dividendenrendite	Jahresdiv.	Ex-Tag	KGW	Ergebnis	52 Wochen	Umsatz	Letzte	HV	Div.	Divs.	Ergebnis	KGW	Marktkt.Streub.			
	Hoch	Tief	Schluss	± %	1 Jahr		Hoch	Tief	Stück	Termin	Rend.		Rend.		2021	2022	in Mrd. in %			
Airbus <sup>1,2</sup>	115,64	113,48	115,02	+0,12	+59,59		120,92	57,87	52.987	k.A.	14,04	2,11	0,75	3,25	4,70	35,39	24,47	90,4	78	
Aixtron NA <sup>1</sup>	25,41	24,55	25,41	+3,29	+149,98		25,41	8,84	629.184	0,11	19,05	2,11	0,4	0,13	0,66	0,75	38,50	33,88	2,9	100
Alstria Office	17,72	17,27	17,72	+1,9	+37,68		18,84	10,50	255.374	0,53	06,05	2,11	0,30	0,54	0,62	0,74	28,58	23,95	3,2	82
Aroundtown	6,53	6,33	6,52	+2,32	+40,89		7,16	3,86	2.888.879	0,07	30,62	2,11	1,1	0,23	0,33	0,45	19,76	14,49	10,0	84
Auris	73,36	72,30	73,36	+0,8	+26,7		82,74	54,72	112.692	1,30	11,02	2,11	1,8	1,50	5,48	5,63	13,39	13,07	3,3	70
Autol Group	38,68	38,00	38,28	+1,09	+0		56,76	34,46	128.709	k.A.	24,06	2,11	0,00	-0,77	-0,64	0,00	0,00	8,1	50	
Beechle	61,86	60,46	61,66	+1,51	+8,69		63,56	47,86	118.712	0,45	02,06	2,22	0,7	0,50	1,76	1,93	35,03	31,95	23,3	51
Beiersdorf	104,10	102,35	103,30	+0,63	+6,12		108,05	81,86	190.137	0,70	01,04	2,11	0,7	0,70	3,05	3,32	33,87	31,11	26,0	49
Brenntag NA	86,46	85,74	86,44	+0,32	+64,4		87,08	51,28	165.339	1,35	10,06	2,11	1,6	1,45	4,09	4,25	21,34	20,34	13,4	95
Cancom	55,58	54,44	55,40	+1,38	+21,55		57,66	32,98	96.954	0,75	29,06	2,11	1,4	0,75	1,54	1,64	36,04	33,84	2,1	80
Carl Zeiss Meditec <sup>1</sup>	187,25	183,80	186,90	+1	+9,15		200,00	91,75	45.498	0,50	27,05	2,11	0,83	2,76	2,90	6,72	64,45	66,7	36	76
Commerzbank	5,30	5,21	5,27	+0,12	+2,93		5,82	3,92	2.487.833	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,50	0,00	10,54	10,6	1,6	80
CompUGroup Med. <sup>1</sup>	79,15	78,40	78,80	+0,13	+6,27		85,40	59,40	49.028	0,50	19,05	2,11	0,6	0,60	1,94	2,24	40,62	35,18	4,2	54
CIS Eventim	55,02	54,48	54,88	+2,31	+36,18		60,86	37,14	105.369	k.A.	07,05	2,11	0,4	0,60	1,24	1,25	0,00	43,90	5,3	61
Datt	42,12	40,82	41,90	+2,29	+54,5		44,08	23,72	93.624	0,30	06,05	2,22	0,7	0,65	1,68	2,50	24,94	16,76	2,9	74
Encavis	15,79	15,51	15,78	+0,25	+4,92		25,55	13,26	179.901	0,28	27,05	2,11	1,8	0,30	0,36	0,40	43,83	39,45	2,2	74
Evonik Industries	29,03	28,77	29,00	+0,45	+18,08		31,00	20,49	59.791	1,15	25,05	2,22	4,0	1,15	1,89	2,13	15,32	14,22	1,6	71
Evotec	42,89	42,10	42,69	+0,87	+91,18		44,05	21,36	194.133	k.A.	15,06	2,11	0,4	0,00	0,33	0,28	12,9	15,2	7,0	64
Faport	56,26	55,02	56,12	+1,85	+51,84		64,76	30,26	162.406	k.A.	01,06	2,11	0,4	0,00	-1,37	2,82	0,00	11,90	5,2	40
freeton NA <sup>1</sup>	20,94	20,64	20,93	+0,87	+14,78		22,90	15,12	376.463	1,65	18,06	2,11	7,9	1,50	1,70	1,88	12,31	11,31	2,7	100
GAUCH Petrolul VZ	42,70	42,16	42,66	+0,95	+8,27		49,70	37,58	95.360	0,99	03,05	2,22	2,3	1,03	1,81	1,99	23,57	21,24	3,0	100
F&F Group	39,65	38,73	39,60	+0,61	+29,5		42,55	30,73	253.830	0,85	28,04	2,22	2,1	0,85	1,57	1,78	25,22	22,25	7,1	77
Gerresheimer	92,58	90,84	92,56	+0,99	+8,24		109,70	81,30	41.990	1,25	09,06	2,11	1,4	1,30	4,35	4,97	20,62	18,05	2,8	85
Grand City Prop.	23,38	23,10	23,34	+0,86	+8,26		24,14	18,93	290.836	0,82	30,06	2,11	3,5	0,84	1,31	1,34	17,			
Greiner Vöck	15,60	15,60	15,60	+0,00	+15,80		15,60	15,60	20.422	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	100
Healthcare <sup>1</sup>	59,60	59,18	59,40	+0,03	+55,82		61,50	35,38	330.085	0,80	11,02	2,12	1,3	0,88	1,91	2,02	31,19	24,71	6,0	25
Hella	60,70	60,42	60,62	+0,17	+6,94		62,72	36,56	404.901	0,96	30,09	2,12	1,6	0,81	3,22	3,24	18,83	18,21	6,7	40
Hellfresch	96,74	92,02	93,86	+2,41	+114,19		97,38	36,20	489.369	k.A.	26,05	2,14	0,8	1,04	2,16	5,01	43,45	16,3	89	89
Hochtitel	69,14	68,00	69,14	+1,11	+10,96		88,55	60,75	74.613	3,93	06,05	2,17	3,98	6,86	7,79	10,08	8,88	4,9	39	
Hugo Boss NA	97,11	47,26	47,47	+0,53	+111,52		53,46	19,40	141.624	0,04	11,05	2,11	0,58	1,36	2,26	35,09	21,12	34	76	
KFS NA	12,16	11,89	12,11	+0,14	+6,38		13,35	5,13	94.797	k.A.	12,05	2,14	0,18	0,70	0,93	4,48	13,02	23	100	100
Knauf	20,24	20,10	20,20	+0,28	+12,82		20,24	19,88	100.000	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	100
Kron-Brense	101,70	98,76	101,70	+2,73	+18,81		117,24	89,88	184.230	1,52	20,05	2,15	1,78	3,87	4,98	4,46	24,28	22,12	16,4	81
Knorr	60,10	58,68	60,00	+1,28	+18,81		62,78	42,34	42.411	1,00	19,05	2,17	1,05	4,18	4,35	16,35	12,45	5,2	45	
LEMO Immobilien	136,65	134,60	136,65	+0,41	+11,46		139,80	110,18	62.739	3,78	27,05	2,28	4,09	5,63	5,96	12,22	22,29	10,0	100	
Lufthansa NA	8,81	8,62	8,75	+0,11	+2,62		12,96	6,85	313.566	k.A.	04,05	2,14	0,00	-3,72	-0,12	0,00	72,91	5,0	83	
Morphysys <sup>1</sup>	50,14	48,79	49,37	+0,49	+55,23		117,90	45,28	246.769	k.A.	13,05	2,14	0,00	-4,17	-0,00	0,00	0,00	0,0	17	94
Naxos	62,48	61,78	62,48	+0,00	+8,34		62,48	55,28	111.000	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	100
Nordex <sup>1</sup>	16,10	15,77	16,25	+0,56	+56,92		27,26	9,51	346.708	k.A.	05,05	2,14	0,00	-4,02	-0,76	0,00	23,36	2,7	74	74
Porsche VA	86,14	86,76	85,94	+0,51	+63,88		102,00	44,45	260.080	2,21	23,07	2,21	3,61	3,35	15,58	6,34	5,52	13,2	100	
ProSiebenSat.1	15,75	15,52	15,73	+0,16	+6,39		19,00	9,91	542.008	0,49	01,06	2,13	1,69	1,42	1,59	11,07	9,89	3,7	76	
Puma	105,50	105,14	105,10	+0,05	+49,89		110,09	67,96	146.261	0,16	05,05	2,12	0,60	1,96	2,85	5,32	18,88	15,9	62	
QJen <sup>1</sup>	27,56	26,22	27,47	+0,62	+7,57		30,41	20,86	21.421	k.A.	20,06	2,14	0,00	2,45	2,04	1,95	3,27	11,0	62	62
QJen <sup>1</sup>	94,60	97,00	94,00	+1,38	+7,57		109,35	52,42	4.418	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	100
Rheinmetall	83,58	80,84	83,56	+0,99	+5,11		93,80	61,08	113.946	2,20	11,05	2,14	2,50	7,43	9,32	11,25	8,97	3,6	100	
Sartorius VZ <sup>1</sup>	55,60	54,04	55,60	+1,31	+59,77		57,80	31,90	35.265	0,61	26,33	2,11	1,39	7,28	7,57	76,37	73,95	20,8	74	
Scout24 NA	71,78	71,18	71,50	-0,31	+9,1		79,80	60,30	68.680	0,82	08,27	2,11	0,79	1,50	1,79	47,72	39,98	6,6	89	
Shop Apotheke	152,50	148,00	150,00	+0,31	+4,51		169,20	116,50	69.690	k.A.	21,94	2,14	0,18	0,18	-0,19	0,00	79,2	7,7	25	25
St. Gallen	42,27	42,14	42,27	+0,09	+4,51		42,27	42,14	30.000	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	100
Strömberg	69,15	67,40	68,95	+1,7	+2,22		82,50	59,60	56.514	2,00	30,09	2,19	2,00	2,74	2,94	25,16	19,21	3,9	39	
Synce Inc.	121,85	117,80	120,65	+1,67	+4,14		127,15	95,88	29.952	0,97	05,05	2,08	1,06	2,79	3,02	42,34	39,55	16,3	84	
TAG Immobilien	29,02	28,86	29,02	+2,04	+15,34		29,37	23,10	163.642	0,88	11,05	2,10	0,92	1,24	1,57	23,40	18,48	4,3	87	
TeamViewer <sup>1</sup>	29,10	28,15	29,07	+0,28	+36,77		49,64	25,16	68.023	k.A.	15,06	2,14	0,00	0,52	0,86	5,51	33,34	5,8	75	
Telefonica <sup>1</sup>	2,44	2,41	2,43	+1,04	+2,02		2,63	2,01	28.937	0,18	20,05	2,14	0,18	0,04	0,02	0,68	1,31	12,2	31	31
Telefonica <sup>1</sup>	9,00	9,00	9,14	+0,00	+1,00		9,14	9,00	17.325	0,00	0,00	2,22	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	100
Uniper NA	24,12	23,77	23,83	+0,88	+24,83		24,25	21,88	143.309	1,37	18,05	2,22	1,37	2,03	1,75	16,67	19,32	12,4	25	25
United Internet NA <sup>1</sup>	36,68	36,29	36,68	+1,05	+11,51		42,58	29,35	92.711	0,50	27,05	2,14	0,50	2,18	2,27	38,82	16,16	7,1	47	
Varia <sup>1</sup>	133,80	129,50	131,40	+1,61	+10,8		181,90	99,20	166.091	2,48	17,06	2,19	0,53	3,44	4,28	16,20	23,33	5,3	44	
Wacker Chemie	150,25	147,15	149,95	+1,32	+81,19		150,25	75,38	77.421	2,00	12,05	2,13	4,34	13,76	8,83	10,90	16,98	7,8	34	
Zalando	94,44	92,94	94,12	+0,25	+27,53		105,90	70,72	280.262	k.A.	19,05	2,14	0,00	1,17	1,93	9,19	8,40	24,6	68	68





Neues Shampoo von „Wild Beauty“: Nach den Einbrüchen während der Coronakrise zieht der Direktverkauf über Friseure wieder an.

Noah Wild

# Jedem Kopf sein eigenes Shampoo

Noah Wild ist exklusiver Vertriebspartner des US-Konzerns Paul Mitchell. Nun entdeckt der Unternehmer ein neues Geschäftsfeld: individuell gemischte Haarpflege.

Florian Kolf Düsseldorf

Für viele Friseure ist der Verkauf von Pflegeprodukten eine wichtige zweite Einnahmequelle. Doch als die Salons im Lockdown geschlossen waren, haben sich viele Kunden daran gewöhnt, ihr Shampoo oder den Conditioner wieder in der Drogerie zu kaufen – zu einem Bruchteil des Preises.

Nun müssen die Friseure ihre Kunden wieder mühsam davon überzeugen, für ein Profi-Produkt bei ihnen mehr als das Dreifache auszugeben. „Das ist ein ganz wichtiges Zusatzgeschäft“, bestätigt Sylvia Fischer, die in München den Salon „House of Hair“ betreibt. Bei manchem Friseur entscheidet es über Gewinn oder Verlust.

Der Unternehmer Noah Wild will den Friseuren jetzt ein wichtiges Argument in diesen Gesprächen mit den Kunden liefern: Ein Shampoo, das individuell auf die Bedürfnisse der weiblichen Kunden zugeschnitten ist, zusammengemischt aus bis zu 50 möglichen Komponenten in der Manufaktur seines Unternehmens „Wild Beauty“ in Seeheim-Jugenheim.

„Der Fachhandel sitzt in der Vergleichbarkeitsfalle, er hat zu wenig Exklusivität“, sagt Wild. Damit gerate er in die direkte Konkurrenz nicht nur zu den Drogerien, sondern auch zum Onlinehandel. „Er muss etwas bieten, was kein anderer hat.“

Für Wild Beauty ist die Kooperation mit den Friseursalons von zentraler Bedeutung. Die sollen die Kunden beraten und mit ihnen gemeinsam einen Fragebogen ausfüllen, nach dem dann das Produkt im Werk zusammengestellt und dem Kunden geschickt wird. Der Anreiz für den



Unternehmenschef Noah Wild: Mit neuen Produkten kommt beim Mittelständler neuer Optimismus auf.

Friseur: Immer, wenn ein Shampoo von einem Kunden aus seinem Postleitzahlenbezirk gekauft wird, erhält er eine Provision.

Die enge Partnerschaft mit den Friseuren hat bei Wild Beauty lange Tradition. 1994 gründete Noahs Vater Reinhold Wild das Unternehmen als exklusiven Vertriebspartner von Paul Mitchell, einer Haarpflegemarke, die ausschließlich in Friseursalons vertrieben wird.

2004 trat Noah Wild in den Vorstand ein und kümmerte sich als Erstes um einen Relaunch des Internetauftritts. Seit dem Tod des Vaters 2017 führt er das Unternehmen gemeinsam mit seiner Schwester Mira.

Mit einem Nettoumsatz von rund 28 Millionen Euro ist das Unternehmen heute nach L'Oréal, Wella und Goldwell fast gleichauf mit Schwarzkopf, der Nummer fünf im Marktsegment der Friseurprodukte. Dabei ist Wild Beauty das einzige Unternehmen, dessen Produkte ausschließlich über Friseursalons vertrieben werden.

Und das wird auch so bleiben: 2004 hat John Paul DeJoria, Chef und Mitgründer von John Paul Mitchell Systems (JPMS), seinen Firmenanteil in eine Stiftung überführt, die sicherstellt, dass die Anteile nicht verkauft werden können und der exklusive Verkauf über Friseursalons für 360 Jahre garantiert wird. Mit diesem Geschäft macht JPMS mittlerweile einen Umsatz von mehr als einer Milliarde US-Dollar.

Die Bindung an die Friseure hat sich nicht nur in der Zeit der Coronakrise bewährt, als Noah Wild durch intensive Lobbyarbeit über die Verbände mit dazu beigetragen hat, dass die Betriebe in der zweiten Welle nicht wieder schlie-

ßen mussten. Sie ist auch ein wichtiger Faktor beim Verkauf der personalisierten Produkte, die Wild unter dem Namen „Yours Truly“ anbietet.

„Anders als Marken, die sich online direkt an Endkunden wenden, müssen wir uns die Kunden nicht für viel Geld kaufen“, erklärt Noah Wild. „Wir haben ein Vertriebsnetz von 5000 Friseuren.“ Deswegen verdiene das Unternehmen mit jedem Kunden schon beim ersten Kauf Geld.

Auch die Idee der personalisierten Pflegeprodukte wurde in enger Abstimmung mit dem Friseurhandwerk entwickelt. Konstantin Schick, der einen Friseursalon in Seeheim-Jugenheim führt, war einer der Unternehmer, die von Anfang an dabei waren. „In der Entwicklung haben wir zimal Rezepturen verworfen, weil sie nicht unseren Ansprüchen genügt haben“, erzählt er. „Wir wollten ein Produkt entwickeln, hinter dem wir hundertprozentig stehen und das wir authentisch an die Kunden bringen können.“ Wild Beauty habe dabei immer die Qualität und Nachhaltigkeit in den Vordergrund gestellt.

Schick setzt große Hoffnungen in die personalisierten Produkte. „Wir zelebrieren das ja schon seit Jahrzehnten im Bereich der Haarfarbe“, sagt er. „Wenn jemand glücklich ist mit seiner Haarfarbe, dann wechselt er nicht so einfach seinen Stylisten.“ Dies glaubt er auch auf die anderen Pflegeprodukte übertragen zu können.

Auch Friseurin Sylvia Fischer sieht gute Chancen für personalisierte Produkte. In ersten Gesprächen mit ihren Kundinnen hat sie großes Interesse dafür gespürt. Immer mehr Kundinnen interessieren sich sehr genau für die Inhaltsstoffe und die Bereitschaft wachse, für ein genau passendes Produkt auch mehr Geld auszugeben.

## Paul Mitchell arbeitet auch an Personalisierung

Das müssen sie auch. Der Preis für ein individualisiertes Shampoo der Marke Yours Truly mit einem Inhalt von 200 Millilitern beginnt bei 29 Euro. Und dass das Geschäft kein Selbstläufer ist, musste bereits die Kosmetikmarke Rituals erleben. Auch sie hatte den Verkauf von individuell gemischten Shampoos gestartet, aber nach kurzer Zeit wieder eingestellt.

In den USA dagegen boomt das Modell aktuell. So hat das Unternehmen Function of Beauty, das personalisierte Haar- und Körperpflege anbietet, vor Kurzem eine 150-Millionen-Dollar-Finanzierung vom Private-Equity-Unternehmen L Catterton erhalten.

„Bei der Personalisierung steht nicht das nächste Produkt im Vordergrund. Vielmehr ermöglicht sie ein ganz neues Geschäftsmodell“, sagt Wild. „Mit Yours Truly haben wir, aber auch die Friseursalons die Möglichkeit, ganz neue Kunden zu gewinnen“, hofft er. Geplant ist, künftig zehn bis 20 Prozent des Umsatzes mit personalisierten Produkten zu machen.

Ein weiterer Vorteil für die Salons: Bei anderen Marken müssen sie erst die Produkte kaufen und sich ins Regal stellen – in der Hoffnung, sie auch zu verkaufen. Das war gerade in der Coronakrise eine zusätzliche Belastung. „Der Lockdown hat das zentrale Problem vieler Geschäfte offengelegt: Sie haben zu viel Kapital in Ware gebunden“, sagt Wild. Für den Vertrieb der Produkte von Yours Truly dagegen müssen sie keine Investitionen tätigen.

Ganz zentral aber ist für Unternehmer Wild: Sein wichtigster Geschäftspartner, John Paul Mitchell Systems, steht voll hinter der Entwicklung der personalisierten Produkte und ist selber an dem Geschäft interessiert.

„Heutzutage wird es für Marken wichtiger denn je, den sich ständig ändernden Erwartungen der Verbraucher gerecht zu werden“, sagt Jason Yates, der bei JPMS das globale Tagesgeschäft verantwortet. „Personalisierung ist kein Trend, sondern eine neue Erwartung, von der wir glauben, dass sie bei den Verbrauchern weiter an Dynamik gewinnen wird.“

JPMS arbeite bereits daran, eine Lösung zu finden, wie sie in diesem sehr wichtigen Geschäft eine Rolle spielen können, betont er. Unternehmer Wild wäre darauf vorbereitet. Er hat Yours Truly bereits in ein eigenes Unternehmen ausgegliedert, an dem sich der Konzern JPMS bei Interesse beteiligen könnte.

Wild Beauty

Hanns-Peter Knaebel

# Röchling verliert seinen Chef

Der CEO will sein Amt aus persönlichen Gründen kurzfristig aufgeben. Nun muss vorübergehend jemand aus dem Beirat des Kunststoffspezialisten einspringen.

Überraschende Personalie beim Mannheimer Familienunternehmen Röchling: Hanns-Peter Knaebel, seit vier Jahren an der Spitze des Kunststoffspezialisten, will das Unternehmen Ende September verlassen – aus persönlichen Gründen, wie es heißt. Weitere Details wurden nicht genannt. Der Wunsch des 52-jährigen muss aber auch den Beirat des Unternehmens kalt erwisch haben. Bis ein Nachfolger gefunden ist, wird nun Beiratsmitglied Rainer Schulz die Rolle des CEO übernehmen.

Johannes Freiherr von Salmuth, der Vorsitzende der Aufsichtsgremien von Röchling und Vertreter der Röchling-Familie, hatte sich vor vier Jahren persönlich dafür eingesetzt, dass Knaebel zu Röchling wechselte. Der promovierte Arzt war Vorsitzender des Vorstands der Aesculap AG, die wiederum zur B. Braun Melsungen AG gehört. Eine zentrale Aufgabe Knaebels war es, die noch recht kleine Medizinsparte von Röchling auszubauen – was auch gelang, unter anderem durch Zukäufe.

„Wir verlieren mit ihm eine geschätzte Persönlichkeit, die sich in den vergangenen Jahren um die Röchling-Gruppe verdient gemacht hat“, wird Freiherr von Salmuth in einer Mitteilung des Unternehmens zitiert. Der Beirat hätte die erfolgreiche Zusammenarbeit gern auch in den kommenden Jahren fortgeführt, man habe aber dennoch der Vertragsauflösung zum 30. September 2021 zugestimmt. „Wir bedauern die Entscheidung von Professor Knaebel, haben aber Verständnis für seinen Schritt. Wir wünschen ihm für seinen beruflichen und insbesondere seinen privaten Lebensweg Glück und Erfolg“, so von Salmuth.

PR, Martin Joppen

Das Familienunternehmen Röchling ist ein Hersteller von Spezialkunststoffen, der Kunden in den Bereichen Automobil, Industrie und Medizin mit Komponenten beliefert. Die Gruppe ging aus einer Stahldynastie hervor, konzentrierte sich aber nach 2004 auf den modernen Werkstoff.

Vor allem in der Automobilsparte spürte das Unternehmen im vergangenen Jahr sowohl die Pandemie als auch die Produktionsausfälle, die durch den Halbleitermangel verursacht wurden. So sackte der Umsatz in der Sparte Automotive 2020 von 1,34 Milliarden Euro auf gut eine Milliarde Euro ab. Insgesamt betrug der Umsatz der Gruppe im vergangenen Jahr gut zwei Milliarden Euro, ein Minus von 13 Prozent. Das Ergebnis vor Steuern (EBT) hat nach Firmenangaben 2,3 Millionen Euro betragen. Rund die Hälfte des



Wir verlieren eine geschätzte Persönlichkeit, die sich um Röchling verdient gemacht hat.

Frhr. v. Salmuth  
Beiratsvorsitzender



Hanns-Peter Knaebel: Die Mannheimer Röchling-Gruppe verliert überraschend ihren Chef.

Umsatzes steuert der Autobereich bei, 40 Prozent stammen aus der Sparte Industrielösungen, der Rest entfällt auf die kleinste Sparte, die Medizin.

Angesichts der Herausforderungen im Automobilbereich hatte Knaebel ein umfassendes Sparprogramm gestartet. Diese Aufgabe wird nun der bisherige Finanzchef der Sparte von Knaebel übernehmen, Raphael Wolfram. Er wurde zum CEO des Bereichs ernannt.

„Ich bin sehr dankbar für die Zeit, die ich in der Röchling-Gruppe wirken durfte“, wird Knaebel in der Mitteilung von Röchling zitiert. Man habe das Unternehmen in den vergangenen Jahren zukunfts fest gemacht, trotz der mitunter schwierigen Rahmenbedingungen durch die aktuelle Corona-Pandemie. „Ich möchte mich bei den Gesellschaftern, dem Beirat und vor allem bei

den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen bedanken“, so Knaebel weiter. „Ich bin mir sicher, dass die Röchling-Gruppe auf einem guten Weg in das dritte Jahrhundert ihrer Unternehmensgeschichte ist.“

Wohin ihn sein Weg nun führen wird, bleibt vorerst offen. Knaebel hat seine große Leidenschaft für die Medizin und die Forschung nie verloren. So ist er Mitglied des Universitätsrates der Universität Heidelberg, war dort zwölf Jahre als Arzt in der chirurgischen Universitätsklinik aktiv. Ein großes Thema ist und war für ihn die Qualitätssicherung in der Medizin und vor allem in der Chirurgie.

Interims-CEO Schulz verfügt laut Röchling über langjährige Erfahrung in sämtlichen Bereichen der Kunststoff verarbeitenden Industrie. Zuletzt sei der 56-Jährige mehr als 17 Jahre bei der Rehau-Gruppe tätig gewesen, ebenfalls ein Kunststoffspezialist. Wolfram, der nun die Sparte Automotive führen wird, ist seit Mai 2019 Finanzchef des Bereichs. Von 2007 bis 2012 war er für Goldman Sachs International in Zürich und London tätig. 2012 wechselte der gebürtige Wiener zur österreichischen Greiner-Gruppe, auch das ein Kunststoffspezialist.

„Ich freue mich, dass die beiden Herren bereit sind, diese so wichtigen Positionen zu übernehmen. Ich wünsche Rainer Schulz eine glückliche Hand bei der Führung der Röchling-Gruppe zusammen mit Evelyn Thome und Franz Lübbers beziehungsweise Raphael Wolfram bei Röchling Automotive gemeinsam mit Andrea Rocca“, so Freiherr von Salmuth. Jens Koenen

# Die Zukunft ist digital. Unsere Angebote für Unternehmen sind es auch.

Sichern Sie sich und Ihren Kolleg:innen die besten Informationen für erfolgreiches Handeln in einer Welt im Wandel. Mit einem **unternehmensweiten Handelsblatt-Zugang** machen Sie Ihre Mitarbeiter:innen fit für die Herausforderungen der Zukunft.

**Jetzt informieren:**  
[digitalbusiness.handelsblatt.com](https://digitalbusiness.handelsblatt.com)

**Oder nehmen Sie direkt Kontakt zu uns auf:** 0211 887-1550  
[business-solutions@handelsblattgroup.com](mailto:business-solutions@handelsblattgroup.com)



Tim Cook  
Apple-Chef versilbert  
Aktien

Seit zehn Jahren steht Tim Cook an der Spitze des US-Technologiekonzerns Apple – vergangene Woche hat er die letzte von zehn Tranchen Aktien erhalten, die Teil der 2011 vereinbarten Vergütung waren. Die Auszahlung der Aktien war jeweils an die Bedingung geknüpft, dass der Kurs der Apple-Aktie sich besser entwickelt als der Großteil der Unternehmen im Aktienindex S&P 500. Seit Cooks Amtsantritt im Jahr 2011 hat die Apple-Aktie mehr als 1200 Prozent gewonnen.

Das aktuelle Paket hatte nach Angaben der Nachrichtenagentur Bloomberg einen Wert von rund 750 Millionen Dollar. Laut einer Veröffentlichung der US-Börsenaufsicht SEC verkaufte Cook die Aktien am Dienstag und Mittwoch vergangener Woche. Der 60-Jährige ist inzwischen Milliardär, nach Bloomberg-Schätzungen kommt er auf ein Vermögen von rund 1,5 Milliarden Dollar. Er will nach eigener Aussage sein gesamtes Vermögen für wohltätige Zwecke spenden. Allein vergangene Woche spendete er laut SEC zehn Millionen Apple-Aktien an eine nicht genannte Organisation. Auch Cooks neue Gehaltsvereinbarung aus dem vergangenen Jahr, die bis 2026 läuft, sieht nach Konzernangaben zum großen Teil eine Vergütung in Form von Aktien vor. HB



Tim Cook: Mit Apple-Aktien zum Milliardär geworden.

Ugur Sahin  
Biontech erwägt  
Produktion in Afrika

Das deutsche Biotechnologieunternehmen Biontech prüft den Aufbau einer Impfstoffproduktion in Ruanda und im Senegal. Dort könnten dann mRNA-Impfstoffe des Unternehmens gegen Malaria und Tuberkulose, die sich gegenwärtig noch in der Entwicklung befinden, hergestellt werden, teilte Biontech am Freitag mit. Die Ankündigung folgt einem Treffen von Vorstandschef Ugur Sahin mit den Präsidenten von Ruanda und Senegal, Paul Kagame und Macky Sall, sowie EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen in Berlin. „Unser Ziel ist es, in Afrika Impfstoffe zu entwickeln und nachhaltige Produktionskapazitäten für Impfstoffe aufzubauen, um gemeinsam die medizinische Versorgung zu verbessern“, erklärte Sahin. Biontech hatte im Juli angekündigt, die Entwicklung eines Impfstoffs gegen Malaria anzustreben und den Aufbau einer mRNA-Impfstoffproduktion auf dem afrikanischen Kontinent zu planen. Biontech hat unter anderem einen Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt. Reuters



Ugur Sahin: Medizinische Versorgung verbessern.



Robert Allbritton:  
Seine Herz schlägt  
fürs Medien-  
geschäft.

Robert Allbritton

Gespür für das Geschäft  
mit Politik-Junkies

Der „Politico“-Gründer macht mit dem Verkauf seines Spezialmediums an Springer den großen Deal. Das Handwerk lernte er vom Vater.

Katharina Kort New York

Wenn es jemanden gibt, der aus der Übernahme der Politik-Website „Politico“ durch den Medienkonzern Axel Springer auf jeden Fall ein Geschäft gemacht hat, dann ist es Robert Allbritton. Der 52-jährige Gründer des erfolgreichen Spezialmediums hat seine Schöpfung für geschätzt mehr als eine Milliarde Dollar an die Deutschen verkauft. Schon vorher war Springer als Joint-Venture-Partner in Europa an Bord. Jetzt übernehmen die Berliner das US-Medium komplett.

Allbritton ist ein wenig beachteter Medienunternehmer mit Schwerpunkt auf Washington. Sein Vater Joe war ein Texaner, der es in Washington erst mit Immobilien und Finanzen zu einem Vermögen gebracht hatte und sich dann auf Medien spezialisierte. Als einziges Kind wuchs Robert in Washington auf, besuchte die besten Privatschulen und hatte Zugang zu den Mächtigen und Wissenden in der US-Hauptstadt. Sein Vater ihn zu Geschäftsessen und Treffen mit, so dass er schon als Jugendlicher lernte, wie man mit Menschen umgeht und verhandelt.

Nur vier Jahre nach seinem College-Abschluss an der Wesleyan University stieg der Sohn ins Familiengeschäft ein. Zunächst arbeitete er bei der Riggs Bank, die zum Imperium seines Vaters gehörte. Dort langweilte sich der junge Mann mit einem Faible für Computer und Politik schnell. Er kündigte und machte einen Pilotenschein, bevor er bei den Fernsehstationen von Allbritton Communications ins Familiengeschäft zurückkehrte. Das war Mitte der 90er-Jahre, und der 25-jährige Allbritton junior lernte als CEO viel über Medien und Politik und den Fernsehmarkt. Unter seiner Führung kaufte Allbritton Communications verschiedene Fernsehstationen hinzu.

Zunächst wollte er nach ein paar Jahren noch einen MBA draufsatteln. Doch dazu kam es nicht, weil der Vater an Krebs erkrankte und seinem Sohn 2001 neben dem Chefposten bei Allbritton Communications den CEO-Posten der Riggs Bank übertrug.

Damit tat der Vater seinem Zögling allerdings keinen Gefallen. Denn nach den Terroranschlägen 2001 schauten sich die Bankenaufscher die Transparenz der Banken ganz genau an, auch die von Riggs – Allbritton hatte ein Geldwäscheproblem geerbt, für das die Bank 25 Millionen Dollar Strafe zahlen musste.

Doch Robert Allbrittons Herz schlug stets fürs Mediengeschäft. Wohl auch deshalb verkaufte er die Riggs Bank 2005 für 652 Millionen Dollar an PNC Financial. Mit gefüllten Kassen überlegte er kurz darauf, mehrere Fernsehstationen zu kaufen, die die „New York Times“ loswerden wollte. Doch er entschied sich dagegen – im Nachhinein betrachtet eine seiner besten Entscheidungen. Damit hatte er das Geld, um seinen Traum von einem Spezialmedium für Politik-Junkies zu realisieren.

Potenzial bei Online- und Spezialmedien

Aufgewachsen und bestens verdrahtet in Washington, baute er 2007 das Online-Magazin „Politico“ auf, das sich schon bald mit exzellenten Journalisten und vielen Insider-Geschichten in der Metropole Washington einen Namen machte. Das Magazin „The New Republic“ schrieb über Allbritton, er habe „die Art, wie wir Politik verfolgen, neu geformt“. Nach Angaben des Gründers war „Politico“ stets profitabel.

Sieben Jahre später expandierte Allbritton nach Europa und gründete die europäische „Politico“-Ausgabe aus Brüssel heraus. Es war ein Joint Venture mit Springer, an dem beide Seiten 50 Prozent hielten. Die europäische Ausgabe kommt wöchentlich auch auf Papier heraus und fand unter den Politik-Junkies in Europa schnell zahlungskräftige Anhänger. Heute hat „Politico“ in Amerika und Europa mehr als 700 Beschäftigte.

Dem Fernsehen dagegen hat Allbritton den Rücken gekehrt: 2014 verkaufte er die Sinclair Broadcast Group für knapp eine Milliarde Dollar. Damals sagte Allbritton, er wolle das Geld nutzen, um weiter in „Politico“ und andere Onlinemedien zu investieren. Bei Onlinemedien und spezialisierten Newslettern sieht er noch viel Potenzial. Erst im Dezember kaufte „Politico“ den Informationsdienst E&E, der sich auf die Energiebranche spezialisiert hat. Außerdem wurde Allbritton zuletzt auch Interesse an einer Übernahme des US-Konkurrenten Axios nachgesagt, der 2016 von zwei der drei Ex-Reporter der „Washington Post“ gestartet wurde, die zehn Jahre zuvor schon „Politico“ gründeten.

Auch nach dem Verkauf von „Politico“ bleibt Allbritton den Plänen zufolge Verleger (Publisher) von „Politico“ und des Technologie-Portals „Protocol“, das ebenfalls in den Besitz von Springer übergeht. Aber seine unternehmerischen Ambitionen werden damit wohl enden.

Monsieur Brexit will  
Präsident werden

Der frühere Großbritannien-Verhandler der EU will für Frankreichs konservative Republikaner antreten. Aber erst mal muss er sich bei parteiinternen Vorwahlen durchsetzen.

Michel Barnier

Barnier ist niemand,  
der sich  
unterkriegen lässt.

Le Monde



Anne Hidalgo:  
Die Pariser Bürgermeisterin  
macht noch ein  
Geheimnis darum, ob sie  
kandidieren wird.

Bisher war Michel Barnier als Frankreichs Mann für Europa bekannt. Doch nun will der 70-jährige ehemalige EU-Kommissar für den Binnenmarkt in Frankreichs Innenpolitik aktiv werden. Der große, grauhaarige Politiker, den nichts aus der Ruhe zu bringen scheint, hat sich überraschend als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im kommenden Frühjahr gemeldet. Damit stellen sich bei den konservativen Republikanern vier Kandidaten zur Vorwahl. Außer Barnier sind bislang die ehemalige Budgetministerin Valérie Pécresse, der Ex-Europaabgeordnete Philippe Juvin und der französische Abgeordnete Eric Ciotti dabei.

Barnier, der mehrmals Minister war, ist überzeugter Europäer und hat eine der größten Verhandlungen in der Geschichte der EU geführt: die Brexit-Verhandlung. Auf dem Posten des „Monsieur Brexit“ hat er die „Anerkennung eines Staatschefs erfahren“, urteilte der französische Europa-Staatssekretär Clément Beaune vor einigen Monaten. Barnier hat durch seine Geduld überzeugt und ist nie an der komplizierten Aufgabe verzweifelt.

Dabei war der Franzose vor seinem Erfolg als Brexit-Verhandler eigentlich schon fast in Vergessenheit geraten. Sein Mandat als EU-Kommissar für den Binnenmarkt ging 2014 zu Ende. Von da an arbeitete er als Berater für den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Er wäre 2019 gern dessen Nachfolger geworden, unterlag aber gegen Ursula von der Leyen, die auch von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron unterstützt wurde.

Doch die erfolgreiche Brexit-Verhandlung brachte ihn wieder ins Rampenlicht. „Barnier ist niemand, der sich unterkriegen lässt“ schrieb die Tageszeitung „Le Monde“ über ihn. Er geht langsam, aber methodisch voran, was bei den Brexit-Verhandlungen richtig war. „Ich bin ein Bergbewohner“, sagt Barnier über sich und seine Strategie in der Politik. Er stammt aus La Tronche in den französischen Alpen und hat seine Karriere nach einem Wirtschaftsstudium an der Pariser Eliteschule ESCP als französischer Abgeordneter 1978 auch dort, in den Alpen, begonnen. Damals war er der jüngste Abgeordnete in der Nationalversammlung. Er war unter anderem Minister für Umwelt, Ausland, Europa und Landwirtschaft. Er gilt als ehrgeizig – und er glaubt an sich selbst.

Allerdings heißt es oft über ihn, es fehle ihm Charisma. Das gleicht er durch sein riesiges Adressbuch aus.

„Patrioten und Europäer“

Seit seinen Erfolgen in Europa sieht er sich offenbar wieder in Frankreich. Barnier hat eine Arbeitsgruppe gegründet, die seine politische Ausrichtung klar macht: Sie nennt sich „Patrioten und Europäer“. Die Teams, mit denen Barnier gearbeitet hat, beschreiben ihn als „entschieden“, „kompetent“ und „jemanden, der um sich versammeln kann“. Dem französischen Sender TF1 sagte Barnier: „Vor uns liegen herausfordernde und ernste Zeiten. Ich habe den Anspruch, der Präsident eines versöhnten Frankreichs zu sein.“

Aber einfach wird es für den Politiker nicht, weil die Kandidatenauswahl im rechten Lager sehr groß ist. Als Kandidatin mit Chancen gilt vor allem Valérie Pécresse. Sie steht seit 2015 als Präsidentin des Regionalrats der Île-de-France, der Region um Paris, im Rampenlicht. Ein weiterer Anwärter auf das Präsidentenamt mit guten Chancen ist der ehemalige Arbeitsminister Xavier Bertrand, Präsident der nordfranzösischen Region Hauts-de-France. Er wird Barnier allerdings in der parteiinternen Vorwahl am 25. September noch nicht Konkurrenz machen – Bertrand hat die Partei 2017 verlassen.

Und schon lange haben sich zwei weitere Kandidaten für das höchste Staatsamt ins Spiel ge-

bracht: die Rechtsextreme Marine Le Pen und der Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon.

Präsident Macron dagegen wartet offenbar erst einmal ab, wie die anderen Kandidaten auftreten. Es gilt als sicher, dass er eine zweite Amtszeit anstrebt. Ein erneutes Duell Macron–Le Pen im zweiten Wahlgang wie 2017 wird von vielen als wahrscheinlich angesehen, die Umfragen sprechen dafür.

Doch im linken Lager könnte es noch spannend werden. Die Aussicht, eine einheitliche Liste mit den Grünen zu schaffen, wie es die sozialistische Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo erhofft hat, rückt immer weiter in die Ferne. Bei den Grünen werden wohl fünf Kandidaten in einer Vorwahl im Laufe des Septembers antreten, darunter der Europaabgeordnete Yannick Jadot und die ehemalige Umweltministerin Delphine Batho.

Aber alle Augen sind auf Anne Hidalgo gerichtet. Es wird erwartet, dass sie ihre Kandidatur vor dem Parteitag der Sozialisten, der am 18. September beginnt, ankündigt. Beim Sommertreffen der Sozialisten in Blois an der Loire am Freitag erwähnte sie zwar nur geheimnisvoll „ein schönes demokratisches Abenteuer“. Doch ihre mögliche Kandidatur war das große Thema der Medien, auch weil Hidalgo sonst selten zu Treffen der Sozialisten erscheint. Befragt über ihre Absichten erklärte sie nur: „Gedulden Sie sich.“ Am 15. September veröffentlicht Hidalgo ihr Buch „Une femme française“, in dem es um ihren politischen Weg und ihre Vision für Frankreich geht.

Olivier Faure, Generalsekretär der Sozialisten, machte in Blois kein Geheimnis daraus, dass er Hidalgo gern als Kandidatin sehen würde: „Ich bin überzeugt, dass sie es wird und dass sie bei den Wahlen ihren Weg gehen wird.“ Beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen jedenfalls käme Hidalgo laut Umfragen im Moment auf sieben Prozent der Stimmen. Tanja Kuchenbecker



Michel Barnier:  
Der Europapolitiker  
gilt als ehrgeizig  
und geduldig.



Angela Merkel: Afrika soll erneuerbare Energien produzieren.

Angela Merkel  
Afrikas Potenziale  
nutzen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat auf einem Afrika-Gipfel in Berlin für deutlich mehr Investitionen, aber auch Reformen auf Europas Nachbarkontinent gewonnen. „Afrika verfügt über so viele Marktpotenziale, die es aber auch besser zu nutzen gilt“, sagte sie am Freitag bei einer Konferenz der Sub-Sahara-Afrika-Initiative der Deutschen Wirtschaft. Ein Fokus müsse auf den erneuerbaren Energien liegen: „Ihr Ausbau ist von enormer Bedeutung dafür, dass wir unsere globalen Klimaziele auch wirklich erreichen können.“ Bei dem teils online organisierten Treffen der Initiative „G20 Compact with Africa“, der bisher zwölf afrikanische Länder angehörten, forderte Merkel zugleich mehr Engagement für eine eigenständige Produktion von Corona-Impfstoffen in Afrika. Sie seien auch ein Schlüssel für die Ankurbelung der Wirtschaft. Die Länder der Afrikanischen Union importierten nach Angaben der Gemeinschaft zuletzt 99 Prozent ihrer Impfstoffe. dpa



Anja Karliczek: Grundgesetzänderung für Kooperation zwischen Bund und Ländern.

Anja Karliczek  
Schulen schneller  
digitalisieren

Bei der Digitalisierung der Schulen hinken die Bundesländer nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek noch hinterher. „Das Tempo ist mir insgesamt zu langsam“, sagte die CDU-Politikerin der „Augsburger Allgemeinen“. Unter anderem warb die Ministerin für eine Änderung des Grundgesetzes, sodass Bund und Länder bei der Bildung stärker zusammenarbeiten. Der Bund stelle den Ländern für die Digitalisierung der Schulen 6,5 Milliarden Euro bis 2024 zur Verfügung. Zwar würden diese Mittel in jüngster Zeit auch mehr und mehr abgerufen. „Aber insgesamt muss ich gut zwei Jahre nach Start des Digitalpakts sagen: Die Digitalisierung der Schulen ist noch längst nicht da, wo sie sein sollte“, sagte die Ministerin. dpa

# Die Wirtschaft kann mehr Vielfalt schaffen

Vom Arbeiterkind zur Unternehmerin – warum wir uns stärker mit sozialer Herkunft beschäftigen müssen, erläutert **Tijen Onaran**.



imago/Mauersberger [M]

**E**s gibt eine Dimension von Diversität, über die im Diskurs um mehr Vielfalt in der Wirtschaft kaum diskutiert wird: soziale Herkunft. Denn soziale Herkunft ist nicht sichtbar und kaum greifbar. In der Regel sieht man es Menschen nicht einfach an, aus welchen familiären und sozioökonomischen Verhältnissen sie stammen oder wie sie aufgewachsen und sozialisiert sind.

Meine soziale Herkunft war mir lange Zeit gar nicht so bewusst. Rückblickend: Meine Mutter hatte immer mehrere Jobs, wir waren nie im Urlaub, und an ein Auslandssemester war erst gar nicht zu denken. Studium: Klar, darauf legte mein Vater großen Wert, aber nicht ohne Nebenjob. Beruflich relevante Kontakte: Fehlanzeige. Das musste ich mir in meinem Leben alles selbst hart erarbeiten – mittlerweile bin ich stolz darauf.

Ich bin die Erste in der Familie, die mehrere Unternehmen gegründet hat. Ich war die Erste in der Familie, die für ein politisches Mandat im Landtag kandidierte, und ich war oft die Einzige am Tisch, deren Eltern aus der Türkei eingewandert sind.

Wer wie ich aus einem Elternhaus stammt, in dem einem weder das Netzwerk noch das finanzielle Startkapital mit in die Wiege gelegt wurde, fühlt sich häufig fehl am Platz und muss sich vieles mühevoll erarbeiten.

”

Im öffentlichen Diversitätsdiskurs wird die Dimension soziale Herkunft meist vollkommen unterschätzt.

Ehrlich gesagt: Es dauert länger, es geht öfter schief, und es kostet sehr viel Kraft. Ich erinnere mich beispielsweise noch lebhaft an meine ersten Erfahrungen auf dem Weg zur Unternehmensgründung. Ich hatte einfach keine Ansprechpartner\*in, um eine Finanzierung zu bekommen.

Nicht weil die Idee nicht gut war, sondern schlicht, weil ich niemanden kannte, den ich hätte fragen können. Ich komme aus einem Umfeld, das sich mit diesen Dingen einfach nicht auskennt. Ein Hindernis, an dem viele gute Ideen und Gründungen, aber auch Karrieren scheitern. Wir müssen uns dem Thema soziale Herkunft deshalb dringend widmen, Nachteile ausgleichen und vor allem die unterschiedlichen Startbedingungen berücksichtigen.

Erschwerend kommt hinzu: Das Thema ist für viele Menschen ein Tabu – sowohl für diejenigen, die sich ihrer privilegierten Position bewusst sind, als auch für jene, die aus „niedrigen“ sozialen Schichten kommen. Doch oft sind es gerade Letztere, die für Veränderung stehen, wertvolle Perspektiven einbringen, außerordent-

lich motiviert und leistungsbereit sind und neue Entwicklungen vorantreiben.

Dass soziale Herkunft überhaupt als eine Dimension von Diversität anerkannt wird, ist relativ neu. Erst vor wenigen Monaten wurde soziale Herkunft neben Alter, Nationalität, Geschlecht, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung sowie sexueller Orientierung als siebte Diversitätsdimension in die „Charta der Vielfalt“ unseres gleichnamigen Vereins aufgenommen. Es dürfte kein Zufall sein, dass gerade die soziale Herkunft so spät in dieser Liste auftaucht. Das unterstreicht ihren unsichtbaren und wenig greifbaren Charakter.

Soziale Herkunft ist definiert als die sozioökonomische Stellung des familiären Umfelds. Hinzu kommen die Umstände der Sozialisation in der Jugend, schulische Bildung und auch ethnische Herkunft. All diese Faktoren haben Einfluss darauf, wie wir uns verhalten, wie wir sprechen, welchen Hobbys oder Sportarten wir nachgehen, und damit letzten Endes, zu welchen gesellschaftlichen Kreisen wir Zugang erhalten. Viel zu häufig wird soziale Herkunft zugespitzt auf Menschen mit „Migrationshintergrund“. Dabei werden zahlreiche andere Gruppen vergessen – beispielsweise Menschen aus Arbeiterfamilien.

Wie sehr die soziale Herkunft der blinde Fleck ist, wenn es um Vielfalt geht, zeigt sich mit Blick auf Ostdeutsche in den Führungs- und Vorstandsetagen deutscher Unternehmen. In den 30 Dax-Unternehmen kommt gerade einmal gut ein Prozent der Vorständ\*innen aus dem Osten Deutschlands: Es sind zwei von 183. Tendenz fallend.

Im Jahr 2019 stammten immerhin noch vier von damals 196 Vorstandsmitgliedern aus Ostdeutschland. Die Dax-Unternehmen sind dabei keine Ausnahme. Eine Studie der Universität Leipzig kommt zu dem Ergebnis, dass nur rund vier Prozent aller Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft mit Ostdeutschen besetzt sind.

Im öffentlichen Diversitätsdiskurs wird die Dimension soziale Herkunft meist vollkommen unterschätzt. Dabei entscheidet die soziale Herkunft über wichtige Grundvoraussetzungen für die Bildungs- und Berufslaufbahn. Angefangen beim Kapital, das für Schule und außerschulische Bildungsangebote vorhanden ist, über das Netzwerk, das die Eltern ihren Kindern mitgeben, bis hin zu Habitus, Sprachgewohnheiten und anderen Codes, die über die Zugehörigkeit zu bestimmten Kreisen entscheiden.

Wer neben Dingen wie Kapital bestimmte Fähigkeiten oder Verhaltensweise nicht von zu Hause mitbekommen hat, wird sich oft schwerer tun. Dies führt dazu, dass diese Menschen es gewohnt sind, die sprichwörtliche „Extrameile“ zu gehen und sich all das hart zu erarbeiten, was sie nicht durch ihre Sozialisation mit-

bekommen haben oder sich finanziell schlicht nicht leisten konnten.

Diese „Extrameile“ zeigt sich auch in der Art der Zusammenarbeit in Unternehmen und der Leistungsfähigkeit von Menschen aus sozial benachteiligten Familien. So fanden US-Forscherinnen heraus, dass Studierende aus „niedrigeren“ sozialen Schichten in Teamsituationen bessere Leistungen erbrachten als ihre sozial besser gestellten Kommilitonen. Der Hauptgrund: kooperativeres Verhalten, beispielsweise in Diskussionen.

”

Nach wie vor werden viele Spitzenposten nur innerhalb eines geschlossenen Netzwerks weitergegeben.

Nicht nur deshalb bringen diese Menschen einen Mehrwert für Wirtschaft und Gesellschaft. Da sie es sich nicht aussuchen konnten, ob sie einen Nebenjob brauchten oder vielleicht sogar zwei, definieren sie sich mehr über den Leistungsgedanken als andere. Sie müssen und wollen etwas nachholen und sind deshalb bereit, einfach mehr zu arbeiten.

Soziale Herkunft als Dimension von Vielfalt anzuerkennen und verstärkt sichtbar zu machen ist ein wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Hinzukommen müsste, dass sich „exklusive Kreise“ auch für „niedrigere“ soziale Schichten öffnen. Denn nach wie vor werden viele Spitzenposten nur innerhalb eines geschlossenen Netzwerks weitergegeben.

Das Problem dabei ist nicht nur, dass es so keine echte Diversität und Innovation gibt, sondern auch Fehler immer wieder reproduziert werden. Fehler, die darauf zurückzuführen sind, dass es keine Meinungsvielfalt gibt, da alle im Team gleich denken wie zuletzt bei Marketingkampagnen namhafter Unternehmen aus der Automobilbranche.

Allerdings zeichnet sich eine solche Öffnung auf breiter Front nicht ab. Darum bin ich selbst dazu übergegangen, meine eigene „Tischgesellschaft“ zu errichten und neue, diverse Netzwerke aufzubauen. Ich bin davon überzeugt: Nur so können echte Vielfalt und Teilhabe entstehen. Und nur so kann es letzten Endes zu tief greifenden Veränderungen kommen.

## Die Autorin

**Tijen Onaran** ist Geschäftsführerin von Global Digital Women und berät Unternehmen in Diversitätsfragen. Sie gehört laut Handelsblatt-Ranking zu den 100 Top-Frauen, die Deutschland voranbringen.